

B – lohnsteuerlicher Kennbuchstabe für Lohnbestandteile, die nach den Regeln über die → besondere Lohnsteuertabelle der Lohnsteuer unterworfen werden.

Bandenschmuggel – Es handelt sich um ein Zoll- und Steuerdelikt (§ 373 II Nr. 3 AO). Bandenschmuggel begeht, wer als Mitglied einer Bande (mind. zwei Personen), die sich zur fortgesetzten Begehung der Hinterziehung von → Einfuhrabgaben oder → Ausfuhrabgaben oder des → Bannbruchs verbunden hat, zusammen mit einem anderen Bandenmitglied die Tat ausführt. – *Strafe*: Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren. – Vgl. auch → Steuerhinterziehung.

Banderolensteuer – *Streifensteuer, Zeichensteuer*; mittels Verwendung von Banderolen (Papierstreifen) oder anderen Steuerzeichen erhobene Verbrauchssteuer auf ein verpacktes Konsumgut, z.B. → Tabaksteuer (auf Rauch-, Kau-, Schnupftabak, Zigarren, Zigaretten, Zigarettenpapier). Steuerschuldner ist der Hersteller.

Bankgeheimnis – 1. *Begriff*: Vertragspflicht der Bank, über sämtliche Tatsachen und Wertungen und somit über alle einen Kunden betreffenden Angelegenheiten Stillschweigen zu bewahren. Das Bankgeheimnis ist in Deutschland nicht als solches gesetzlich geschützt. Vielmehr handelt es sich um eine nebenvertragliche Pflicht im Verhältnis Bank – Kunde. Selbst Kenntnisse, die im Rahmen der Abwicklung eines Geschäftsvorfalles über einen Nichtkunden erlangt wurden, unterliegen dem Bankgeheimnis, sofern die Information in die Geheimhaltungspflicht einer anderen Bank fällt. Das Bankgeheimnis kann für Bankmitarbeiter im Zivilprozess gemäß § 383 I Nr. 6, § 384 Nr. 3 ZPO zu einem aus persönlichen oder sachlichen Gründen berechtigten Zeugnisverweigerungsrecht führen, im arbeits-, sozial-, verwaltungs- und insolvenzrechtlichen Verfahren gelten die zivilprozessualen Vorschriften entsprechend. – 2. Das Bankgeheimnis ist allerdings aufgrund *gesetzlicher Auskunftspflichten* durch zahlreiche weitere Vorschriften durchbrochen. So z.B. durch: a) die *Strafprozessordnung*: wenn strafprozessual ein Anfangsverdacht besteht, bestehen Auskunftspflichten gegenüber Staatsanwaltschaft, Ermittlungsrichter und Gericht (Aussagepflicht als Zeuge gemäß § 161a StPO); – b) das *Kreditwesengesetz* (KWG) aufgrund von Meldepflichten und Auskunftersuchen gemäß §§ 44 ff. KWG, die alle kundenbezogenen Daten erfassen; durch die Einführung des § 24c KWG im Jahr 2003, wonach die automatisierte Abrufbarkeit von wenigen, explizit aufgeführten Kontoinformationen bei Kreditinstituten für Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden

vorgeschrieben wird; – c) das *Geldwäschegesetz* (GwG), z.B. durch Verdachtsanzeigepflicht und Identifizierungspflichten – bes. des wirtschaftlich Berechtigten (§ 2 Geldwäschegesetz); – d) das *Wertpapierhandelsgesetz*, z.B. bei der Erfüllung von Meldepflichten und der laufenden Überwachung des Geschäfts in Insiderpapieren. – e) das *Steuerstrafverfahren*; Kreditinstitute sind gegenüber den Finanzbehörden auskunftspflichtig, wenn ein „hinreichender Anlass“ zur Annahme von Steuerhinterziehung besteht; Umsetzung Internationaler Embargoregelungen. – f) das *Außenwirtschaftsgesetz* (AWG); – g) → Anzeigepflicht beim Tod eines Kunden gegenüber dem für die → Erbschaftsteuer zuständigen Finanzamt, u.a. hinsichtlich der Guthabenkonten und Wertpapierdepots (§ 33 ErbStG). Bei Kenntnis vom Tode eines Kunden sind seitens der Bank alle Vermögensgegenstände dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen, jedoch nur, sofern 1.200 Euro überschritten werden (§ 1 ErbStDV). Schrankfächer, die an den Verstorbenen vermietet waren, sowie vom Verstorbenen hereingenommene Verwahrstücke sind ebenfalls zu melden. – Aus der Auflistung wird deutlich, dass Finanzmarktaufsichts- und Ermittlungsbehörden bei der Bekämpfung der Geldwäsche und bei Strafverfahren durch das privatrechtliche Bankgeheimnis in keinem Fall behindert werden. Insofern geht die Diskussion um die Gefahr der Einschränkung oder Abschaffung des Bankgeheimnisses oft von unzutreffenden Voraussetzungen aus. – 3. Ferner ist in § 30a AO das sog. *Steuergeheimnis* normiert, welches den Steuerbehörden den systematischen Einblick in die Geschäftsbeziehungen zwischen Bank und Kunde verbietet. Auch das Steuergeheimnis unterliegt zahlreichen Durchbrechungen: a) § 30a AO hat keine Geltung im Strafverfahren und im Bußgeldverfahren wegen Steuerordnungswidrigkeiten; – b) nach § 30a i.V. mit § 93 AO sind Einzelauskunftersuchen an Banken zulässig; – c) im Rahmen von Außenprüfungen beim Bankkunden; – d) nach §§ 93 VII, 93b AO i.V. mit § 24c KWG ist der automatisierte Abruf von bestimmten gespeicherten Konteninformationen zulässig (sog. → Kontenabruf).

Bankguthaben – Einlage auf einem Bankkonto; Forderungen von Bankkunden gegenüber Banken. Aktivierung zum Bilanzstichtag unter Berücksichtigung von Zinsen und Gebühren für die abgeschlossene Bilanzperiode. Ein vom Bankauszug abweichender eigener Kontostand durch zeitliche Verschiebung der Buchungsvorgänge (Laufzeit von Schecks etc.) ist möglich.

Bankumsätze – 1. *Umsatzsteuerfreie Bankumsätze* (auch wenn sie von Nichtbanken erbracht werden): (1) Gewährung, Vermittlung und Verwaltung von

Kreditoren sowie Verwaltung von Kreditsicherheiten; (2) Umsätze und Vermittlung der Umsätze von gesetzlichen Zahlungsmitteln; das gilt nicht, wenn die Zahlungsmittel wegen ihres Metallgehaltes oder ihres Sammlerwertes umgesetzt werden; (3) Umsätze im Geschäftsverkehr mit Geldförderungen und Vermittlung dieser Umsätze, ausgenommen die Einziehung von Forderungen; (4) Umsätze im Einlagengeschäft, im Kontokorrentverkehr, im Zahlungs- und Überweisungsverkehr und das Inkasso von Wertpapieren; (5) Umsätze im Geschäft mit Wertpapieren und die Vermittlung dieser Umsätze, ausgenommen die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren; (6) Umsätze und Vermittlung von Umsätzen von Anteilen an Gesellschaften und anderen Vereinigungen; (7) Übernahme von Verbindlichkeiten, von Bürgschaften und ähnlichen Sicherheiten sowie Vermittlung dieser Umsätze; (8) Verwaltung von Sondervermögen (ab 29.12.2007: Investmentvermögen) nach dem Investmentgesetz und die Verwaltung von Versorgungseinrichtungen i.S.d. Versicherungsaufsichtsgesetzes; (9) Umsätze von inländischen amtlichen Wertzeichen zum aufgedruckten Wert (§ 4 Nr. 8 UStG). → Verzicht auf Steuerbefreiung ist für (1) bis (7) möglich (§ 9 UStG). – 2. *Umsatzsteuerpflichtige Bankumsätze*: (1) Vermietung von Schrankfächern; (2) Umsätze und Vermittlung der Umsätze von Medaillen und Münzen, die wegen ihres Metallgehaltes oder Sammlerwertes erworben werden oder keine gesetzlichen Zahlungsmittel sind.

Bannbruch → Steuertraftat. Bannbruch begeht, wer Gegenstände entgegen einem Verbot ein-, aus- oder durchführt, ohne sie der zuständigen Zollstelle ordnungsgemäß anzuzeigen (§ 372 AO). Der Täter wird wegen → Steuerhinterziehung bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften als Zuwiderhandlung gegen ein Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot mit Strafe oder mit Geldbuße bedroht ist.

Bardividende – Begriff des → körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens, also v.a. wichtig für die ältere Fachliteratur (weil das Anrechnungsverfahren heute durch das → Halbeinkünfteverfahren und später das → Teileinkünfteverfahren bzw. die Abgeltungssteuer ersetzt worden ist). Die Bardividende entsprach dem handelsrechtlichen Dividendenbegriff (→ Dividende) und kennzeichnete den ausgeschütteten Gewinn nach Abzug der körperschaftsteuerlichen → Ausschüttungsbelastung, aber noch vor Abzug der → Kapitalertragsteuer. – Vgl. auch → Brutto-dividende.

Basisgesellschaften – I. Allgemeines: 1. *Begriff*: Kapitalgesellschaften oder andere Rechtsträger in ausländischen Staaten, die als zwischengeschaltete, von der Inlandsbesteuerung losgelöste Auslandsbasen dt. Unternehmen zum selbstständigen Träger von Einkommen und Vermögen gemacht werden (z.B. Holding-, Vermögensverwaltungs- und Finanzierungsgesellschaften etc.). – *Keine Basisgesellschaften*

in diesem Sinn sind reine Betriebsgesellschaften (→ Betriebsaufspaltung), die lediglich den Standortfaktor der niedrigeren Steuern nutzen; Gesellschaften, die nur im nationalen Bereich des ausländischen Staates tätig werden, sowie Unternehmen, die ihre Erzeugnisse zwar in mehrere Länder verkaufen, aber Sitz und Geschäftsleitung in dem ausländischen Staat haben. – 2. *Bedeutung*: Funktionen der Basisgesellschaften sind sehr mannigfaltig und reichen von reinen Briefkasten- bzw. → Domizilgesellschaften über geringe eigene wirtschaftliche Geschäftstätigkeit im Basisland bis zu international bedeutsamen Koordinierungs- und Steuerungsfunktionen. – 3. *Rechtsform*: a) I.Allg. Aktiengesellschaften (AG). Diese Gesellschaftsform ist bes. in der Schweiz und Liechtenstein sehr vielseitig, mit geringer Publizität ausgestattet und lässt den Kapitalgeber weitgehend anonym. – b) Basisgesellschaften als GmbH (Gesellschaft mit beschränkter Haftung) haben offenbar wegen steuerlicher Vorteile in der Schweiz an Zahl zugenommen. – c) Die Anstalt liechtensteinischen Rechts ist selbstständige Rechtsperson, die ihre Firma i.d.R. frei wählen kann. Das Kapital bleibt ungeteilt oder ist in Anteile zerlegt. Die Anonymität des Kapitalgebers kann weitgehend gewahrt werden. – d) Seltener sind Basisgesellschaften als Trusts. Diese rechtlich selbstständigen Treuhandgesellschaften haben eigenes, allein haftendes Vermögen und werden unter eigenem Namen betrieben. – e) → Stiftungen und Familienvereine als Basisgesellschaften nur in Ausnahmefällen.

II. *Steuerrecht*: 1. *Geschäftsleitung im Inland*: Ausländische Basisgesellschaften unterliegen der dt. → unbeschränkten Steuerpflicht, wenn sich der tatsächliche Ort der Geschäftsleitung (§ 10 AO) im Inland befindet. – 2. *Geschäftsleitung im Ausland*: a) Liegt der Ort der Geschäftsleitung im ausländischen Sitzstaat der Basisgesellschaft und übt die Basisgesellschaft eine → aktive Tätigkeit aus, deren Risiko sie trägt, so wird die steuerliche Abschirmwirkung der ausländischen Gesellschaft anerkannt: Das Ergebnis unterliegt nur insoweit der dt. Besteuerung, als es durch eine dt. → Betriebsstätte erzielt wird. – b) Übt eine ausländische Basisgesellschaft eine → passive Tätigkeit aus, so greift unter den Voraussetzungen des Außensteuergesetzes die Hinzurechnungsbesteuerung für → Zwischengesellschaften. – Liegen trotz passiver Tätigkeit die Voraussetzungen einer Zwischengesellschaft nicht vor, kann nur im Fall eines Scheingeschäftes (§ 41 II AO) oder eines Missbrauchs (§ 42 AO) die Abschirmwirkung der Basisgesellschaften durchbrochen werden. – 3. Zu beachten ist die weitgehend Verpflichtung von Steuerpflichtigen zur *Sachverhaltsaufklärung* bei Auslandsbeziehungen (§ 90 II, III AO).

Basisrente – Die „Basis- bzw. Rürup-Rente“ stellt ein staatlich geförderter privater Leibrentenvertrag dar. Die Basis- oder Rürup-Rente wird seit 2005 neben der „Riester-Rente“ als weitere Form der → Altersvorsorge vom Staat gefördert und ist daher

steuerlich begünstigt. Entwickelt wurde dieses „neue“ Vorsorgemodell in der Kommission zur nachhaltigen Finanzierung der Sozialversicherungssysteme. Den Vorsitz hatte Prof. Dr. Dr. h. c. Bert Rürup inne. Hier auf lässt sich auch der Name „→ Rürup-Rente“ zurückführen.

BASt – 1. Abk. für *Bundesanstalt für Straßenwesen*. – 2. Abk. für → Bauabzugsteuer.

Bauabzugsteuer (BASt) – 1. *Begriff*: Eine Quellensteuer (→ Abzugsteuer) zur Sicherung des Steueraufkommens im Bereich der Bauwirtschaft und zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung im Bau. – 2. *Rechtsgrundlage*: §§ 48 ff. EStG. – 3. *Gegenstand und Höhe der Steuer*: Die Bauabzugsteuer wird auf alle Gegenleistungen für Bauleistungen erhoben. Als Bauleistungen werden alle Leistungen angesehen, die der Herstellung, Instandsetzung, Instandhaltung, Änderung oder Beseitigung von Bauwerken dienen. Die Bauabzugsteuer beläuft sich auf 15 Prozent der Gegenleistung (Bruttoentgelt inkl. → Umsatzsteuer). – 4. *Erhebung der Bauabzugsteuer*: Diese Verpflichtung zur Einbehaltung eines Steuerabzugs von 15 Prozent und Abführung an das Finanzamt des Bauunternehmers ist dann gegeben, wenn der Auftraggeber ein Unternehmen oder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Folglich gilt dies nicht für Eigentümer von selbstgenutzten Objekten, aber Vermieter sind betroffen, sobald sie mehr als zwei Wohnungen vermieten. Der Steuerabzug kann unterbleiben, wenn das Bauunternehmen eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegt. – 5. *Fälligkeit*: Der einbehaltene Betrag ist bis zum zehnten Tag nach Ablauf des Monats, in dem die Gegenleistung (Zahlung oder Teilzahlung) erbracht wurde, auf amtlichem Vordruck gegenüber dem für die Bauleistenden zuständigen Finanzamt zu erklären und dorthin abzuführen, falls die Leistungen für ihr Unternehmen erbracht wurden. – 6. *Die Pflicht zum Einbehalt der Bauabzugsteuer* entfällt, wenn a) der Bauleistende eine Freistellungserklärung (§ 48b I S. 1 EStG) des zuständigen Finanzamts vorlegt oder b) die Bagatelgrenze nicht überschritten wird, und zwar von 15.000 Euro im Jahr, falls der Leistungsempfänger ausschließlich steuerfrei Umsätze aus Vermietung und Verpachtung (§ 4 Nr. 12 S. 1 UStG) erbringt oder von 5.000 Euro im Jahr in allen übrigen Fällen; c) nur zwei Wohnungen vermietet werden. – 7. Die einbehaltenen und angemeldeten Bauabzugsteuerbeiträge werden dem Leistenden gemäß § 48c EStG angerechnet auf a) die einbehaltenen und angemeldete Lohnsteuer (§ 41a I EStG), b) auf die Vorauszahlungen zur Einkommensteuer oder Kirchensteuer bzw. c) auf Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer des Veranlagungszeitraums, in dem die Leistungen erbracht wurden. – Beim Auftraggeber wird der Steuerabzugsbetrag als → Betriebsausgabe bzw. → Werbungskosten geltend gemacht, für den Bauunternehmer stellt er einen Anrechnungsbetrag auf die von ihm zu entrichtenden Steuern dar. Gegenüber jedem

betroffenen Bauunternehmer muss der Bauherr eine formgerechte Abrechnung über den Steuerabzug (§ 48a II EStG) erstellen. Der Auftraggeber haftet für die abzuführenden Beträge, wenn er den Steuerabzug unterlassen hat.

Baudarlehen – Baufinanzierung, → Arbeitsgeberdarlehen.

Bauherrnmodell – Konzept zur steuerbegünstigten Erstellung von Immobilieneigentum durch Schaffung einkommensmindernder Buchverluste (→ Verlustzuweisungsgesellschaften). Die dem Bauherrn zuzurechnenden Aufwendungen können u.U. während der Bauphase sofort als → Werbungskosten geltend gemacht werden. Je nach der persönlichen Einkommensteuerbelastung lassen sich dadurch große Teile des Eigenkapitals durch Steuervorteile finanzieren. Seit der Verschärfung der Besteuerung von Verlustzuweisungsgesellschaften 1999 sind Bauherrnmodelle weniger von Interesse. – *Sonderformen*: Bauträgermodell, Erwerbermodell.

Baukindergeld – bis 1996 eine einkommensteuerliche Begünstigung; bei Steuerpflichtigen, die die Steuerbegünstigungen nach § 10e I–V EStG in Anspruch nahmen, Ermäßigung der tariflichen Einkommensteuer um 1.000 DM (512 Euro) für jedes Kind des Steuerpflichtigen (§ 34f EStG). Diente der Förderung des selbst geschaffenen Wohneigentums. Seit 1996 ersetzt durch die → Kinderzulage, welche sich auf 767 Euro je Kind bzw. auf 800 Euro je Kind bei Anschaffung oder Herstellung nach dem 31.12.2003 beläuft. Seit dem 1.1.2006 werden die Kinderzulagen im Rahmen der Eigenheimzulage jedoch nicht mehr neu gewährt.

Baukostenzuschuss – 1. *Wesen*: Nicht rückzahlbare (verlorene) Zuwendung, auch Sach- und Arbeitsleistung des Mieters, die zur Deckung der Gesamtbaukosten dient. Nicht hierher rechnen sonstige Finanzierungsbeiträge wie Mieterdarlehen und Mietvorauszahlungen. – 2. *Steuerliche Behandlung*: Baukostenzuschüsse werden beim Zuschussgeber nicht als → Werbungskosten anerkannt und können i.d.R. auch nicht als → außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden.

Bausparkassenbeiträge – im Rahmen des Bausparens an die Bausparkasse geleistete Beiträge zur Erlangung eines Baudarlebens. – *Steuerrechtliche Behandlung*: 1. *Bausparkassenbeiträge vor Erlangung eines Baudarlebens (Zuteilung)*: Behandelt der Steuerpflichtige den Bausparvertrag als → gewillkürtes Betriebsvermögen oder soll mit seiner Hilfe ein Gebäude errichtet werden, das ausschließlich und unmittelbar eigenbetrieblichen Zwecken dienen soll, sind die → Bausparkassenbeiträge → Betriebsausgaben, soll ein Mietshaus errichtet werden, liegen Werbungskosten vor. Im typischen Fall (Eigenheimfinanzierung) liegen jedoch steuerlich nicht absetzbare Lebensführungskosten vor; eine frühere Förderung durch den Abzug als Sonderausgaben ist Ende 1995

entfallen. – 2. *Bausparkassenbeiträge nach Erlangung eines Baudarlehens (Nachzuteilung)*: Hinsichtlich ihrer Abzugsfähigkeit aufzuteilen: Als → Werbungskosten oder → Betriebsausgaben sind nur die in Bausparkassenbeiträgen enthaltenen Darlehenszinsen und Verwaltungskosten abzugsfähig, die Lebensversicherungsbeiträge gehören zu den Sonderausgaben. Nicht abzugsfähig sind die Tilgungsraten.

Bauunternehmer – Der Bauunternehmer unterhält i.d.R. einen Gewerbebetrieb und ist daher nach § 1 II HGB Istkaufmann (Kaufmann). Der Bauunternehmer wird tätig aufgrund der mit Bauherren abgeschlossenen Bauverträge (Werkvertrag), die Vorschriften der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) enthalten können; er kann die Sicherung seiner Bauforderungen vom Bauherrn verlangen. Ausführung von Bauaufträgen durch Bauunternehmer sind bis zur Bauabnahme schwebende Geschäfte. – *Besteuerung*: (1) *Einkommensteuer*: Von Zahlungen, die sich auf Bauleistungen beziehen, hat der Schuldner für Rechnung des Empfängers einen Abzug in Höhe von 15 Prozent, bezogen auf den Bruttowert, vorzunehmen (Bauabzugsteuer, § 48 ff. EStG); dieser Abschlag trifft Bauunternehmer in bes. Weise, da ihnen dadurch 15 Prozent der Vergütung solange vorenthalten bleiben, bis die Verrechnung mit der persönlichen Einkommensteuerschuld oder mit bestimmten anderen steuerlichen Verpflichtungen des Bauunternehmers erfolgen kann (§ 48c EStG). Diese gravierende Belastung der Liquidität lässt sich (nur) vermeiden, wenn der Bauunternehmer seinem Geschäftspartner eine Freistellungsbescheinigung gemäß den Vorgaben von § 48a EStG vorlegen kann, deren Echtheit dieser im Internet beim Bundeszentralamt für Steuern überprüfen kann. Liegt diese Bescheinigung nicht vor und unterlässt der Auftraggeber bei einer Zahlung den Abzug der Bauabzugsteuer, so haftet er für den nicht abgeführten Betrag. Mit Hinblick darauf ist es in der Praxis weit verbreitete Gepflogenheit, dass inländische Auftraggeber mit Rücksicht auf diese Verpflichtung einen Auftrag für eine Bauleistung erst dann definitiv erteilen, wenn ihnen eine gültige Freistellungsbescheinigung vorgelegt worden ist. (2) *Umsatzsteuer*: Die große Zahl der einzelnen Bauleistungen (Lieferung der Baumaterialien, Tätigkeit der Bauhandwerker) wird zu einer einheitlichen Werklieferung (Werklieferungsvertrag) zusammengefasst. Zuständig für die Besteuerung ist das Land, in dem die Bauleistung ausgeführt wurde (§ 3 VII UStG). (3) *Gewerbesteuer*: Wird durch Bauausführungen oder Montagen eine → Betriebsstätte begründet, was bei einer Dauer der Bauausführungen von mehr als sechs Monaten angenommen wird, so ist die betreffende Gemeinde hebeberechtigt für Gewerbesteuer nach dem Teil des Steuermessbetrages, der ihr aufgrund Zerlegungsbescheid zusteht (→ Zerlegung). (4) *Internationales Steuerrecht*: Besteht eine Baustelle oder Montage im Ausland, so ist nach den meisten Doppelbesteuerungsabkommen

der Gewinn aus dieser Baustelle zu versteuern, wenn die Baustelle mehr als zwölf Monate besteht (Art. 5 OECD-Musterabkommen).

BdSt – Abk. für → *Bund der Steuerzahler e. V.*

Beanstandung – 1. Beim Kauf, Werkvertrag und anderen Verträgen: Mängelrüge, Mängelanzeige. – 2. Bei Jahresabschlussprüfung durch Abschlussprüfer: → Bestätigungsvermerk. – 3. Bei Außenprüfung: → Schlussbesprechung.

Bedarfswert – 1. *Begriff* des Bewertungsgesetzes: so benannt, weil Bedarfswerte im Gegensatz zu den → Einheitswerten nicht turnusmäßig für alle Grundstücke erstellt werden, sondern nur bei Bedarf für das jeweilige Grundstück ermittelt werden (→ Grundstücksbewertung). Bedarfswerte sind relevant für die Bewertung von Grundbesitz für Zwecke der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer. – 2. *Rechtsgrundlagen und Verwaltungsvorschriften*: §§ 138–150 BewG; R 124–192 ErbStR. – 3. *Betroffene Grundstücke*: Bedarfswerte werden festgestellt für: a) *Land- und forstwirtschaftliches Vermögen*: Einbeziehung von Betriebsteil, Betriebswohnungen, Wohnteil, wobei der Betriebsteil mit in § 142 BewG pauschalieren Ertragswerten bewertet wird und die Betriebswohnungen und der Wohnteil nach den Vorschriften für bebaute Grundstücke angesetzt werden. – b) *Unbebaute Grundstücke*: Grundstücke, auf denen sich keine benutzbaren Gebäude befinden und auch keine zur Nutzung vorgesehenen Gebäude im Bau befindlich sind, werden nach Maßgabe derjenigen Bodenrichtwerte pro Quadratmeter bewertet (§ 196 BauGB), die für den 1.1.1996 (bis zum 31.12.2006) gelten. Seit 1.1.2007 ist der Stichtag für die Festsetzung des Bedarfswertes nun auf den jeweils 1.1. des laufenden Jahres bestimmt. Von diesem Wert ist ein Sicherheitsabschlag von 20 Prozent zu machen; ersatzweise zählt der gemeine Wert, wenn er niedriger ist und vom Steuerpflichtigen nachgewiesen werden kann. Unbebaute Grundstücke sind auch solche, die nur in nur unbedeutendem Umfang genutzt werden können (weniger als 1 Prozent der üblichen Jahresmiete erzielbar). In einer Entscheidung (BFH-Urt. v. 11.5.2005 – II R 21/02) hat der BFH noch einmal klargestellt, dass das Finanzamt bei der Bedarfsbewertung an den vom Gutachterausschuss veröffentlichten Bodenrichtwert gebunden ist. Dem Finanzamt ist es nicht erlaubt, diesen bei der Ermittlung des Grundbesitzwertes für die Erbschaftsteuer oder für die Grunderwerbsteuer an die Größe des zu bewertenden Grundstücks anzupassen, wenn der Gutachterausschuss hierfür keine Umrechnungsfaktoren vorgegeben hat. Auch § 145 III Satz 3 BewG ermöglicht nicht den Nachweis eines niedrigeren Bodenrichtwerts, sondern nur den Nachweis eines niedrigeren gemeinen Werts des fiktiv unbebauten Grundstücks. Führt der Steuerpflichtige diesen Nachweis nicht, kann das Finanzgericht der Wertfeststellung nicht von sich aus einen wie auch immer ermittelten niedrigeren gemeinen Wert zugrunde legen. – c)

Bebaute Grundstücke: Alle Grundstücke, die nicht unbebaut im Sinn des vorigen Abschnittes sind, werden auf Grundlage des 12,5-fachen der erzielten Jahresmiete bewertet. Von dem Wert wird ein Abschlag für die Wertminderung des Gebäudes von 0,5 Prozent pro Jahr, maximal aber 25 Prozent, gemacht. Bei bebauten Grundstücken, die ausschließlich Wohnzwecken dienen und nicht mehr als zwei Wohnungen enthalten, ist auf diesen Wert ein Zuschlag von 20 Prozent vorzunehmen. Mindestwert für das bebaute Grundstück ist jedoch der Wert desselben Grundstücks in unbebautem Zustand. Kann der Steuerpflichtige nachweisen, dass der gemeine Wert niedriger ist als der so ermittelte Wert, ist dieser als Bedarfswert anzusetzen. – d) *Sonderfälle:* Bes. Bewertungsregeln gelten für die Ermittlung des Bedarfswertes bei: (1) nicht ermittelbarer üblicher Jahresmiete, z.B. Gebäude zur Durchführung von Fertigungsverfahren, Spezialnutzung, Aufnahme bestimmter technischer Einrichtungen, wenn diese Gebäude nicht oder nur unter erheblichem Aufwand für andere Zwecke nutzbar sind (Ansatz von Bodenwertrichtlinien abzüglich 30 Prozent und des Gebäudewerts nach Steuerbilanz); (2) *Erbbauerechten* (bis zum 31.12.2006): Ansatz des 18,6-fachen des Erbbauszinses zählt als Bedarfswert des Grundstückes selbst, Wert des Erbbauerechts ist die Differenz zwischen dieser Zahl und dem nach den normalen Regeln ermittelten Wert seit dem 1.1.2007 wurde die Regelung hierzu geändert. Die Bewertung des Erbbauerechts und die des belasteten Grundstücks ist nunmehr abhängig von der Restlaufzeit des Erbbauerechts, wenn nach dem Zeitablauf (z.B. 99 Jahre) keine Entschädigung zu leisten ist. (3) Grundstücke im Zustand der Bebauung: vgl. § 149 BewG; (4) Gebäude für den Zivilschutz: bleiben unbewertet, soweit sie im Frieden nicht oder nur geringfügig für andere Zwecke nutzbar sind. – 4. *Erbschaftsteuerreform:* Vor dem Hintergrund, dass das bisherige Verfahren zur Ermittlung des Bedarfswerts nicht zu passenden Ergebnissen führte und die Bewertung nach dem Gesetz nicht dem Anspruch gerecht wurde, hat der BGH Anfang 2007 die Berechnungsgrundlagen für die Ermittlung des Bedarfswerts verworfen. Daraufhin wurden neue gesetzliche Vorschriften zur Erbschaft- und Schenkungsteuer zum 31.12.2008 erlassen. Das neue Recht kann wahlweise ab 2007 bei Erwerben von Todes wegen angewendet werden. Jedoch muss das Wahlrecht bis zur Unanfechtbarkeit der Steuerfestsetzung oder falls festgesetzt, vor Inkrafttreten des Gesetzes binnen 6 Monate nach dem Inkrafttreten, spätestens jedoch bis Ende 2008, ausgeübt werden. Die wesentlichen Änderungen umfassen die Bewertung von Grundvermögen, da hier die gleichheitsgerechte Annäherung der Bewertungsmethoden an den gemeinen Wert beabsichtigt waren. Die Bewertung soll dabei unter dem grundsätzlichen Rückgriff auf die anerkannten Verfahren zur Verkehrswertermittlung nach der Wertermittlungsverordnung (WertV vom 6.12.1988, BGBl. 1988 I S. 2209, geändert durch Art. 3 des Bau- und Raumordnungsgesetzes vom 18.8.1997,

BGBl. 1997 I S. 2081) erfolgen. Je nach Grundstückstyp ergibt sich folgende Zuordnung der steuerlichen Bewertungsverfahren: a) Vergleichswertverfahren für Wohnungseigentum, Teileigentum, Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser, b) Ertragswertverfahren für Mietwohngrundstücke und für Geschäftsgrundstücke und gemischt genutzte Grundstücke, für die sich auf dem örtlichen Grundstücksmarkt eine übliche Miete ermitteln lässt, c) Sachwertverfahren für Wohnungseigentum, Teileigentum, Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser, soweit ein Vergleichswert nicht vorliegt, und für Geschäftsgrundstücke sowie gemischt genutzte Grundstücke, für die sich auf dem örtlichen Grundstücksmarkt keine übliche Miete ermitteln lässt; aber auch für sonstige bebaute Grundstücke.

Bedingung – I. Bürgerliches Recht: 1. *Begriff:* Die einer Willenserklärung eingefügte Bestimmung, die die Wirkung des Rechtsgeschäfts von einem zukünftigen ungewissen Umstand abhängig macht (§§ 158 ff. BGB). – 2. *Arten:* a) *Auflösende Bedingung:* Die Rechtswirkungen treten sofort ein, fallen aber beim Eintritt der Bedingung wieder weg. – b) *Aufschiebende Bedingung:* Das Rechtsgeschäft wird erst mit dem Eintritt der Bedingung wirksam.

II. **Bewertungsgesetz:** Für die Berücksichtigung von → Wirtschaftsgütern oder Lasten bei der Ermittlung von Besteuerungsgrundlagen (z.B. → Gesamtvermögen) ist die Unterscheidung wichtig, ob der Erwerb von Wirtschaftsgütern bzw. die Entstehung einer Last unter einer Bedingung steht: (1) Die zu einem Zeitpunkt (z.B. → Feststellungszeitpunkt) unter einer *aufauflösenden Bedingung* stehenden Sachverhalte werden wie unbedingte Bedingungen berücksichtigt (§§ 5, 7 BewG). (2) Die unter einer *aufschiebenden Bedingung* stehenden Sachverhalte sind dagegen nicht einzubeziehen (§§ 4, 6 BewG). (3) Einer Bedingung sind bei der Beurteilung im Steuerrecht auch solche Fälle *gleichzustellen*, bei denen der Erwerb bzw. die Entstehung oder der Wegfall einer Last von einem sicheren Ereignis abhängt, bei dem lediglich der Zeitpunkt unbestimmt ist (§ 8 BewG). Die Ungewissheit muss sich dabei auf die Entstehung eines Rechts oder einer Last, nicht aber auf den Fälligkeitszeitpunkt beziehen.

Beerdigungskosten – Bestattungskosten. 1. *Begriff:* Kosten der Bestattung einschließlich der landesüblichen kirchlichen und bürgerlichen Leichenfeierlichkeiten und der Kosten eines angemessenen Grabdenkmals. – 2. *Steuerliche Behandlung:* Beerdigungskosten können von den Erben als → außergewöhnliche Belastung für die Einkommen- und Lohnsteuer geltend gemacht werden; ausgenommen: (1) Bei Ersatz der Beerdigungskosten durch eine Sterbekasse oder Krankenversicherung des Verstorbenen; (2) bei Deckung der Beerdigungskosten durch den Nachlass. Die Beerdigungskosten mindern dann als Nachlassverbindlichkeiten den erbschaftsteuerlichen Erwerb; soweit nicht höhere Kosten nachgewiesen

werden, erfolgt eine pauschale Berücksichtigung in Höhe von 10.300 Euro.

Beförderungsgeschäfte – *Transportgeschäfte, Verkehrsgeschäfte.*

I. Charakterisierung: Geschäfte, die der Beförderung von Gütern oder Personen gegen Entgelt dienen. Beförderungsgeschäfte sind rechtlich Werkverträge (§§ 631–650 BGB), da sie den Erfolg der Beförderung, nämlich die Herbeiführung einer Ortsveränderung, zum Inhalt haben. Für die einzelnen Beförderungsgeschäfte meist Sonderrecht. – Zahlreiche Beförderungsgeschäfte sind *Grundhandelsgeschäfte*, z.B. alle Beförderungsgeschäfte zur See, die Beförderungsgeschäfte der Frachtführer, der zur Personenbeförderung zur Lande oder auf Binnengewässern bestimmten Anstalten und der Schleppschiffahrtsunternehmer (§ 1 II 5 HGB). – Das Verkehrsgewerbe ist gewerbepolizeilich, verkehrswirtschaftlich und verkehrsgeschäftlich *bes. geregelt*.

II. Rechtliche Grundlagen der Teilbereiche: 1. *Güter-Beförderungsgeschäfte (Frachtgeschäfte)*: a) *Landfrachtgeschäfte*: Sonderrecht für Beförderungsgeschäfte mit Kraftfahrzeugen (Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG)); ferner gilt die Kraftverkehrsordnung (KVO) für den Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen. – b) *Flussfrachtgeschäft*: Binnenschiffsrecht. – c) *Seefrachtgeschäft*: In §§ 556 ff. HGB geregelt. – d) *Luftfrachtgeschäft*: Luftrecht. – 2. *Personen-Beförderungsgeschäfte*: a) Zu Lande (mit Ausnahme der Eisenbahn): Es gilt das Personenbeförderungsgesetz (PBefG). – b) Mit der Eisenbahn: ausführliche Regelung durch die Eisenbahn-Verkehrsordnung (EVO). Für den internationalen Verkehr gelten bes. Abkommen (z.B. COTIF). – c) Zur See: durch Überfahrts- oder Seepassagevertrag, geregelt in §§ 664–678 HGB, die durch das Werkvertragsrecht des BGB §§ 631–650 ergänzt werden. – d) Auf Binnengewässern: nach Werkvertragsrecht des BGB §§ 631–650. – e) In der Luft: Luftverkehr.

III. Umsatzsteuer: → Beförderungsleistungen.

Beförderungsleistungen – umsatzsteuerrechtlicher Begriff für → Beförderungsgeschäfte. Befördern ist jede Fortbewegung eines Gegenstandes, z.B. auch das Pumpen von Gas oder Flüssigkeiten durch eine Pipeline und die Fortbewegung eines Beförderungsmittels (z.B. Pkw) aus eigener Kraft. – 1. Beförderungsleistungen *unterliegen* als → sonstige Leistungen der → Umsatzsteuer. Ort der Beförderungsleistung (Beförderungsort) ist grundsätzlich dort, wo die Beförderung bewirkt wird (§ 3b Satz 1 UStG); bei grenzüberschreitenden Beförderungen ist daher das → Entgelt grundsätzlich aufzuteilen in den steuerbaren Teil für die Beförderungsleistungen im → Inland und den nicht steuerbaren Teil für die Beförderungsleistungen im → Ausland (Sonderregelungen in §§ 2–7 UStDV). Abweichend hiervon wird die innergemeinschaftliche Beförderung von Gegenständen grundsätzlich an dem Ort bewirkt, an dem die Beförderung

der Gegenstände beginnt. Verwendet der Leistungsempfänger allerdings die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer eines anderen Mitgliedsstaats, so gilt die innergemeinschaftliche Beförderung ab dem Gebiet dieses Mitgliedsstaats ausgeführt (§ 3b III UStG). – 2. *Umsatzsteuerfrei* sind grenzüberschreitende Beförderungen von Gegenständen, Beförderungen im internationalen Eisenbahnfrachtverkehr und andere sonstige Leistungen, wenn sie sich unmittelbar auf Gegenstände der Aus- oder Durchfuhr beziehen oder wenn sie Gegenstände der Einfuhr in das Gemeinschaftsgebiet betreffen und die Kosten der Beförderung bei der Einfuhrumsatzsteuer erfasst werden. – 3. *Ermäßigter Steuersatz* bei der Beförderung von Personen (1) mit Schiffen oder (2) bei anderen Beförderungsleistungen unter gewissen Voraussetzungen (innerhalb einer Gemeinde oder wenn die Beförderungsstrecke nicht mehr als 50 km beträgt, § 12 II Nr. 10 UStG bis 31.12.2011). – 4. Bei Beförderungen von Personen im Gelegenheitsverkehr mit nicht im Inland zugelassenen Kraftomnibussen wird die Umsatzsteuer auf die Beförderungsleistungen beim Grenzübertritt erhoben (sog. *Einzelbesteuerung*; § 16 V UStG), wenn eine Grenze zum Drittlandsgebiet überschritten wird. Bemessungsgrundlage ist dabei das *Durchschnittsbeförderungsentgelt* von zz. 4,43 Cent je Personenkilometer (§ 10 VI UStG, § 25 UStDV). – 5. *Soweit Fahrausweise* als Rechnung dienen, gelten bes. Bestimmungen (§§ 34, 35 UStDV). – 6. *Absehbare neue Rechtsentwicklungen*: Die ab 2010 beschlossene Einführung der Regelung über innergemeinschaftliche Dienstleistungen hat an der bestehenden Regelung über Beförderungsleistungen nur wenig geändert: a) Innergemeinschaftliche Beförderungen von Gütern im Auftrag einer Privatperson sind weiterhin dort zu versteuern, wo die Beförderung beginnt, b) die bisherige Sonderregelung für innergemeinschaftliche Güterbeförderungen im Auftrag eines anderen Unternehmers fällt zwar fort, diese werden aber nach der neuen Regelung über → innergemeinschaftliche Dienstleistungen weiterhin dort versteuert, wo der Auftraggeber seine USt-Identifikationsnummer erhalten hat, c) neu ist jedoch, dass in Zukunft auch grenzüberschreitende Fahrstrecken mit Anfangs- oder Zielpunkt im Drittland formal im Land des Auftraggebers steuerbar sind, wenn dieser Auftraggeber eine USt-Identifikationsnummer hat; da diese Leistungen jedoch steuerfrei bleiben, ändert sich materiell auch insoweit nichts.

Beförderungssteuer – mit Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes vom 29.5.1967 zum 1.1.1968 aufgehobene Steuer; belastete bes. die Beförderung von Personen und Gütern mittels Schienenbahn oder Kraftfahrzeug innerhalb des Bundesgebietes durch einen Unternehmer im Rahmen seines Unternehmens.

begleitendes Verwaltungsdokument (BVD) – Begleitdokument, das dazu dient, verbrauchersteuerepflichtige Waren (z.B. Schaumwein, Bier, Brantwein) unter Aussetzung der Steuer aus dem

Verbrauchtsteuergebiet der EU in ein Drittland zu befördern. Das BVD ist vom Versender auszufertigen und durch den Beförderer mitzuführen (vgl. EG-Verordnung 2719/92 und EG-Verordnung 3649/92).

Begründungsfrist – 1. Nach der *Abgabenordnung* besteht für die Einlegung von Einsprüchen grundsätzlich weder eine Begründungsfrist noch ein → Begründungszwang (§ 357 III AO). Allerdings kann die zuständige Finanzbehörde dem Einspruchsführer eine Begründungsfrist als → Ausschlussfrist setzen (§ 364b AO „Präklusionsfrist“). – 2. Auch im *finanzgerichtlichen Verfahren* kann gemäß § 65 II FGO eine – indes nicht anfechtbare – Begründungsfrist als Ausschlussfrist gesetzt werden. – Vgl. auch → Revision. – 3. Im *Zivilprozess*: Berufung, → Revision.

Begründungszwang – Nach der *Abgabenordnung* besteht für die Einlegung von Einsprüchen kein Begründungszwang. Es sollen allerdings die Tatsachen, die zur Begründung dienen, und die Beweismittel angeführt werden (§ 357 III AO). Bei Unklarheiten ist die zuständige Finanzbehörde gehalten, den angegriffenen → Verwaltungsakt und das Einspruchsbegehren durch Rückfragen zu ermitteln (§§ 88 II, 91 AO). – Die Finanzbehörde, die über den Einspruch entscheidet, hat grds. die Sache in vollem Umfang erneut zu prüfen (§ 367 II AO). Ohne konkrete Anhaltspunkte wird allerdings über die (bereits bekannte) Aktenlage hinaus nicht ermittelt.

Begutachtung – analytischer Prozess zur Erlangung eines fundierten Urteils über gegebene oder zukünftige Tatbestände oder Mittel zur Erreichung vorgegebener Ziele, wobei in den Wirtschaftswissenschaften entwickelte Theorien heranzuziehen sind. Die Begutachtung wird üblicherweise von einem unabhängigen Sachverständigen durchgeführt. Das fehlende Merkmal des Soll-Ist-Vergleichs grenzt die Begutachtung von einer → Prüfung ab. Im Gegensatz zur → Beratung hat die Begutachtung keine Handlungsempfehlung zum Inhalt. – *Anders*: → Gutachten.

Behinderten-Pauschbetrag → Pauschbetrag, den Behinderte mit einem Grad der Behinderung von mehr als 50 Prozent (unter zusätzlichen Bedingungen auch schon ab 25 Prozent) einkommensteuerlich ansetzen können, um die → außergewöhnlichen Belastungen aus der Behinderung steuerlich geltend zu machen. Die Höhe des Behinderten-Pauschbetrags richtet sich nach dem Grad der Behinderung (zwischen 310 und 1.420 Euro); für hilflose Personen beträgt der Behinderten-Pauschbetrag sogar 3.700 Euro. Der Behinderten-Pauschbetrag für ein Kind kann auf die Eltern des Kindes übertragen werden. Es ist möglich, anstelle des Behinderten-Pauschbetrags die tatsächlichen Aufwendungen ansetzen zu lassen (§ 33b EStG).

Beistand – 1. *Steuerrecht*: → Bevollmächtigter. – 2. *Verwaltungsverfahren*: Ein Beteiligter kann mit einem Beistand erscheinen (§ 14 VwVfG).

Beistandspflicht – Verpflichtung von Behörden und berufsständischen Vertretungen, den Finanzämtern jede zur Durchführung der Besteuerung, Prüfung und Aufsicht dienliche Hilfe zu leisten (§ 111 ff., § 93 AO). – Vgl. auch → Amtshilfe.

Beistellung – 1. *Begriff*: Auch im UStG bezeichnet Beistellung die Zurverfügungstellung bestimmter Güter oder Dienstleistungen an denjenigen, der eine Leistung erbringt, durch den Auftraggeber. – 2. *Umsatzsteuerliche Behandlung*: Die Beistellung dieser Güter oder Dienstleistungen stellt keine Lieferung oder Leistung des Auftraggebers an den Unternehmer dar, der den Auftrag ausführt, weil dieser an den beigestellten Waren oder Dienstleistungen keine Verfügungsmacht erlangt; ebenso stellt die Rückgabe der beigestellten Waren durch den Auftraggeber später keine Leistung des Unternehmers dar, weil diese ja schon immer dem Auftraggeber gehört hatten. Der Umfang des Leistungsaustauschs, d.h. der Leistung, die der Unternehmer an seinen Auftraggeber erbringt, beschränkt sich also nur auf die Güter oder Arbeitsleistungen, die dieser den beigestellten Waren oder Dienstleistungen hinzugefügt hat. – 3. *Umsatzsteuerliche Problematik*: Sobald ein Auftraggeber seinem Geschäftspartner Waren oder Dienstleistungen zur Verfügung stellt, die dieser nach eigenem Belieben einsetzen kann (also nicht nur zur Erledigung des Auftrages, sondern auch anderweitig), verschafft er dem Unternehmer daran Verfügungsmacht; dann liegt sehr wohl eine Lieferung oder Dienstleistung an den Unternehmer vor, und das gesamte Geschehen ist als täuschähnlicher Vorgang einzustufen (Erledigung eines umfangreichen Auftrages des Unternehmers; Zahlung durch den Auftraggeber teils durch Barzahlung, teils durch Verschaffung von Gütern oder Dienstleistungen). Insoweit ist bei Vorgängen mit Beistellung in der Praxis darauf zu achten, dass die Bedingungen für eine bloße Beistellung (= kein Übergang von Verfügungsmacht) eingehalten werden. – 4. *Formen*: → Leistungsbeistellung, → Materialbeistellung, → Personalbeistellung.

Beiträge – 1. *Öffentliches Recht/Finanzwissenschaft*: 1. *Begriff*: → Abgaben, die von der öffentlich-rechtlichen Körperschaft aufgrund spezieller gesetzlicher Ermächtigung zur Deckung des Aufwands für die Schaffung, Erweiterung oder Erneuerung öffentlicher Einrichtungen von demjenigen erhoben werden, dem die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser Einrichtungen nicht nur vorübergehende Vorteile bietet (z.B. § 8 II KAG NW). Beiträge werden neben Gebühren als verhältnismäßige Kostenbeteiligung an im öffentlichen Interesse liegenden Vorhaben erhoben. Im Gegensatz zur Gebühr gilt jedoch nur eine Gruppe als Ganzes, nicht jedoch jedes Einzelmitglied der Gruppe als Leistungsempfänger; der Beitrag wird von jedem Gruppenmitglied erhoben, das die Möglichkeit der Leistungsinanspruchnahme hat, d.h. auch bei (nur) potenzieller Inanspruchnahme (gruppenmäßige Äquivalenz,

→ Äquivalenzprinzip). – 2. *Beispiele*: (1) Eine Straße in einem Wohngebiet dient der Gesamtgemeinde, da diese allgemein an einem ausgebauten kommunalen Straßensystem interessiert ist, bes. aber den Anliegern dieser Straße. (2) Ein Deich schützt das gesamte Hinterland, v.a. aber die in einem Überschwemmungsgebiet siedelnden Landwirte. – 3. *Zurechnungsmaßstäbe* können nur als Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe formuliert werden (z.B. Frontmeterraßstab bei Straßen), weil Wirklichkeitsmaßstäbe nur unter größeren Schwierigkeiten zu finden sind. – *Anders*: Gebühren. Sie bilden eine Quelle ständiger Auseinandersetzungen zwischen Verwaltung und Bürger. – 4. *Systematik* nach Sektoren der Verwaltung; analog zur Gliederung der Gebühren.

II. Sozialversicherung: 1. *Begriff*: Geldbeträge, die von Arbeitnehmern (Arbeitnehmeranteil), deren Arbeitgebern (Arbeitgeberanteil) und sonstigen dazu verpflichteten Personengruppen an die Träger der Sozialversicherung gezahlt werden. – 2. *Beitragszahler*: Beiträge werden von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, freiwillig Versicherten sowie Arbeitgebern geleistet, wobei die Entrichtung (Quellenabzug) i. Allg. dem Arbeitgeber unterliegt. – 3. *Beitragshöhe*: Die Bemessung der Beiträge erfolgt im Fall der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung, der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung und der gesetzlichen Pflegeversicherung gemäß dem allgemeinen Beitragssatz multipliziert mit dem individuellen sozialversicherungspflichtigen Einkommen bis hin zu einer bestimmten Beitragsbemessungsgrenze. Die Berechnung der Höhe des Beitragssatzes erfolgt dabei entweder nach dem Umlageverfahren (Umlagefinanzierung) oder alternativ nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren. Im Fall der gesetzlichen Unfallversicherung bezahlt allein der Arbeitgeber i.d.R. nach seiner Lohnsumme und Gefahrenklasse. – 4. *Bedeutung*: Beiträge sind die Hauptform der Finanzierung der Sozialversicherung.

III. Privatversicherung: Versicherungsentgelt bei Mitgliedern von → Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit (VVG) und den Versicherungsnehmern von öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen. Im privatwirtschaftlichen Bereich werden Beiträge auch alternativ zu Prämien verwendet.

IV. Kostenrechnung: Beiträge werden meist in der gleichen Weise wie Steuern und Gebühren verrechnet und über ein bes. Beitragskonto der Kontenklasse 4 (GKR) bzw. Kontenklasse 6 (IKR) verbucht, wenn Beiträge nicht privaten Zwecken dienen oder wie die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung nur → durchlaufende Posten sind. Zeitliche Abgrenzung (Abgrenzung) für Beiträge, die für einen längeren Zeitraum im Voraus oder im Nachhinein bezahlt werden, über Kontenklasse 2 (GKR).

Beitragsrückerstattung – *Beitragsrückzahlung, in der Privatversicherung auch Beitragsrückgewähr, Prämienrückgewähr.*

I. Privatversicherung: 1. *Begriff*: Form der Beitragsermäßigung, bei der Versicherte einen Rückzahlungsbetrag erhalten, wenn sie (in der vergangenen Versicherungsperiode) keine Leistungen in Anspruch genommen haben. Unterschieden wird i.d.R. zwischen erfolgsabhängiger und erfolgsunabhängiger Beitragsrückerstattung. – 2. *Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung*: Eine vom Geschäftsergebnis des Versicherungsunternehmens abhängige Leistung. Als Arten der erfolgsabhängigen Beitragsrückerstattung werden üblicherweise praktiziert: a) Barausschüttung an diejenigen Versicherten, die in einem Jahr keine Rechnung zur Erstattung eingereicht haben. Die Höhe der einzelnen Rückerstattung bewegt sich i.d.R. zwischen einem und sechs Monatsbeiträgen. – b) Einmalbeiträge zur dauerhaften Beitragssenkung oder zur Abwendung bzw. Minderung von notwendigen Beitragsanpassungen unabhängig von der Leistungsanspruchnahme (Beitragslimitierung), namentlich in der privaten Krankenversicherung (PKV). Dabei werden entweder Altersrückstellungen aufgeführt oder die Mittel werden mit Beitragsforderungen verrechnet. – 3. *Erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung*: Direkter, in den allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) festgeschriebener Anspruch des Versicherten auf Beitragsrückerstattung bei Nichtanspruchnahme von Versicherungsleistungen, und zwar unabhängig vom jeweiligen Geschäftsergebnis des Versicherungsunternehmens. In der PKV stammen erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen a) aus Zuführungen aufgrund vertraglicher Verpflichtungen; – b) aus Überschussmitteln aus der Pflegepflichtversicherung (soweit poolrelevant) und – c) aus Zuführungen nach § 12a III VAG, wonach die Zinserträge der Unternehmen, die über den jeweils geltenden Rechnungszins hinausgehen, zu 90 Prozent den Versicherten zu Gute kommen müssen.

II. Sozialversicherung: 1. *Begriff*: In der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) die Zahlung einer Prämie von der Krankenkasse an den Versicherten, wenn in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch genommen wurden. Ausgenommen sind Vorsorgeaufwendungen und Leistungen an Mitversicherte unter einem Alter von 18 Jahren. – 2. *Merkmale*: Die Krankenkasse kann eine Prämienzahlung bis zu einem Zwölftel des Jahresbeitrags vorsehen. Versicherte sind an diesen Wahltarif mindestens drei Jahre gebunden. Finanziert werden müssen die Beitragsrückstattungen aus Einsparungen und Effizienzsteigerungen im Leistungsbereich. Aus diesem Grund handelt es sich streng genommen nicht um eine echte Beitragsrückerstattung, sondern um eine Prämie aus der Leistungersparnis der Krankenkasse.

Beitreibungskosten – Kosten, die für die Beitreibung eines geschuldeten Betrags entstehen, z.B. Kosten für einen Mahnbescheid, Gerichtskosten, Kosten der Zwangsvollstreckung. – *Steuerliche Behandlung*: Beitreibungskosten sind steuerlich abzugsfähig, wenn sie mit dem Betrieb des Steuerpflichtigen oder seinen

Einkünften zusammenhängen (→ Prozesskosten). Der spätere, vom Schuldner erlangte Ersatz der bei der Eintreibung z.B. des Verkaufspreises entstandenen Beitreibungskosten ist nicht umsatzsteuerbar, da nur Leistungsentgelte der Umsatzsteuer unterliegen. Auch die Kosten der Beitreibung abzugsfähiger Steuern (z.B. Gewerbe-, Umsatzsteuer) sind abzugsfähig.

Beitreibungsrichtlinie – Richtlinie des Rates (76/308/EWG) vom 15.3.1976 über die gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von Forderungen im Zusammenhang mit Landwirtschaft, Abschöpfungen und Zöllen und bez. der Mehrwertsteuer und bestimmter Verbrauchsteuern, zuletzt geändert am 13.12.2007, ermöglicht es den Behörden der Mitgliedsstaaten, die in ihrem Gebiet ausgestellten Titel auch in einem Mitgliedsstaat vollstrecken zu lassen.

Beitritt – I. Genossenschaftsrecht: Begriff für die Beteiligung am wirtschaftlichen Zweck und Kapital einer → Genossenschaft. Der Beitritt bedarf einer schriftlichen Erklärung mit der Verpflichtung des Genossen, die im Statut bestimmten Einzahlungen auf den Geschäftsanteil zu leisten und ggf. die zur Befriedigung der Gläubiger erforderlichen Nachschüsse bis zur festgesetzten Haftsumme bzw. ohne Beschränkung auf eine bestimmte Summe zu erbringen (§§ 15, 15a, 15b GenG).

II. Zwangsversteigerungsverfahren: Der Beitritt ist für den Inhaber eines Rechts an einem Grundstück oder Schiff zur Vermeidung von Nachteilen *erforderlich*, wenn das Recht des betreibenden Gläubigers seinem Recht im Rang vorgeht und dieses damit unterzugehen droht. Der Beitritt erfolgt durch *Antrag* an das Vollstreckungsgericht; er muss die Voraussetzungen des Antrags auf Anordnung der Zwangsversteigerung erfüllen. Das Gericht entscheidet über *Zulassung* (durch Beitrittsbeschluss) oder Nichtzulassung des Beitritts.

III. Zivilprozessordnung: Intervention.

IV. Finanzgerichtsordnung: Über die Beiladung hinausgehende Möglichkeit der Beteiligung am gerichtlichen Verfahren. – *Fälle*: a) Der Bundesfinanzminister kann dem Revisionsverfahren beitreten, wenn das Verfahren eine auf Bundesrecht beruhende → Abgabe oder eine Rechtsstreitigkeit über Bundesrecht betrifft. – b) Entsprechendes gilt für die oberste Landesbehörde bei von den Länderbehörden verwalteten Abgaben oder Rechtsstreitigkeiten über Landesrecht (§ 122 FGO).

Bekanntgabe – 1. *Allgemein*: Ein → Verwaltungsakt wird mit seiner Bekanntgabe wirksam (§ 124 I AO). Die Bekanntgabe ist Voraussetzung dafür, dass der betreffende Verwaltungsakt überhaupt Rechtswirkungen entfalten kann. Dabei umfasst die Bekanntgabe mehr als nur die technischen Abläufe bei der Übermittlung eines Schriftstücks. – 2. *Voraussetzungen*: Die wirksame Bekanntgabe setzt den sog. Bekanntgabewillen des für den Erlass des

Verwaltungsakts zuständigen Bediensteten voraus („mit Wissen und Wollen der Behörde“). Der Verwaltungsakt muss dem Adressaten (dem von dem Verwaltungsakt Betroffenen) zugehen, d.h. in seinen Machtbereich gelangen, sodass er die Möglichkeit der Kenntnisnahme hat (§ 122 I AO). Der Empfänger ist eindeutig und zweifelsfrei zu bezeichnen. – 3. *Bekanntgabearten*: Verwaltungsakte können schriftlich, mündlich, konkludent oder durch öffentliche Bekanntmachung bekanntgegeben werden. Schriftliche Verwaltungsakte wie z.B. Steuerbescheide gelten bei Übermittlung im Inland am dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bekanntgegeben, es sei denn, sie sind nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen (Bekanntgabefiktion des § 122 II AO). Die Beweislast für Zugang und Zugangszeitpunkt trägt grundsätzlich die Finanzbehörde. Entsprechendes gilt bei elektronischer Übermittlung eines Verwaltungsakts (§ 122 IIa AO). – 4. *Folgen fehlerhafter Bekanntgabe*: Weist der Verwaltungsakt derart gravierende Mängel auf, dass er inhaltlich nicht hinreichend bestimmt ist (z.B. wird der Empfänger nicht, falsch oder so ungenau bezeichnet, dass Verwechslungen möglich sind), ist der Verwaltungsakt nichtig und unwirksam (§ 125 i.V. mit § 124 III AO). Eine Heilung des Fehlers ist nicht möglich. Es ist ein neuer Verwaltungsakt bekanntzugeben. Bei weniger schwer wiegenden inhaltlichen Mängeln ist der Verwaltungsakt grundsätzlich wirksam, aber rechtswidrig und damit lediglich anfechtbar. Unter bestimmten Voraussetzungen können Bekanntgabemängel auch geheilt werden (vgl. AEAO zu § 122 Nr. 4).

Belegenheitsfinanzamt → Lagefinanzamt.

Belegnachweis – 1. *Begriff* aus dem Steuerrecht: der Nachweis einer Tatsache durch Belege (im Unterschied zum Nachweis durch Zeugenaussagen und ähnlichen anderen Beweismitteln) – 2. *Bedeutung* v.a. im Umsatzsteuerrecht im Zusammenhang mit dem → Ausfuhrnachweis.

Belegschaftsaktien – *Mitarbeiterkapitalbeteiligung; Arbeitnehmeraktien*.

I. *Begriff*: → Aktien, durch die die Belegschaft am Grundkapital der arbeitgebenden Unternehmung beteiligt ist. Ausgabe von Belegschaftsaktien, um die Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu fördern. Erwerb von Belegschaftsaktien oft durch die arbeitgebende Unternehmung erleichtert, z.B. durch Stundung des marktüblichen Kaufpreises, Umwandlung eines Gewinnanteils in Belegschaftsaktien, unentgeltliche Überlassung der Belegschaftsaktien – *Vorteile*: (1) Für die Unternehmung: Stärkung der Arbeitnehmerinteressen an den Unternehmenszielen, erhöhte Identifikation mit dem Unternehmen; (2) Für den Arbeitnehmer: Erfolgsbeteiligung und Kapitalbeteiligung am Unternehmen, Reservenbildung. – *Nachteile*: (1) Für das Unternehmen: bei schlechter Ertragslage Störungen des Betriebsklimas; (2) für den Arbeitnehmer: Risikoerhöhung in Krisenzeiten.

II. Rechtliche Behandlung: 1. Nach § 71 AktG darf eine Aktiengesellschaft *eigene Aktien* bis zur Höhe von 10 Prozent des Grundkapitals erwerben, u.a. zu dem Zweck, sie den → Arbeitnehmern der Gesellschaft zum Erwerb anzubieten. – 2. Belegschaftsaktien können auch im Weg der bedingten → Kapitalerhöhung geschaffen werden durch Gewährung von Bezugsrechten an Arbeitnehmer der AG (§ 192 AktG). – 3. Ausgabe von Belegschaftsaktien durch *geheimtes Kapital* (§§ 202 IV, 204 III AktG) möglich.

III. Steuerliche Behandlung: Werden Belegschaftsaktien ausgegeben und wird dabei den Arbeitnehmern ein Vorzugskurs eingeräumt, so ist der für den Kauf eingeräumte Preisvorteil → Arbeitslohn, weil die Preisverbilligung einen geldwerten Vorteil darstellt, der dem Arbeitnehmer aufgrund des Arbeitsverhältnisses zufließt. Eine frühere gesetzliche Sonderregelung in § 19a EStG, wonach der Preisvorteil bereits in bestimmten (geringen) Grenzen steuerfrei bleiben konnte, ist zum 1.4.2009 aufgehoben worden und durch eine Neuregelung in § 3 Nr. 39 EStG ersetzt worden. Nach dieser Neuregelung können jetzt die geldwerten Vorteile aus der unentgeltlichen oder verbilligten Überlassung von bestimmten Vermögensbeteiligungen nach dem Fünften Vermögensbildungsgesetz bis zu einer Höhe von 360 Euro (Freibetrag, nicht nur → Freigrenze) steuerfrei bleiben, soweit der Vorteil freiwillig vom Arbeitgeber zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gewährt wird. – Vgl. auch → Mitarbeiterkapitalbeteiligung.

Belegzwang – das Recht des → Finanzamtes (§ 97 I AO), vom Steuerpflichtigen Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere und andere Urkunden zum Nachweis geltend gemachter → Betriebsausgaben, → Werbungskosten und → Sonderausgaben, zu verlangen. Sprechen andere Tatsachen und Umstände für die Richtigkeit des Abzugs, so entfällt insoweit der Belegzwang. – Bei *fehlenden Belegen* → Schätzung nach § 162 AO möglich. Ausstellen *unrichtiger Belege* ist → Steuergefährdung (§ 379 I AO).

Bemessungsgrundlage – I. Steuerrecht: Technisch-physische oder wirtschaftlich-monetäre Größe, auf die der Steuertarif angewandt wird (→ Besteuerungsgrundlage); das quantifizierbare → Steuerobjekt bildet die Bemessungsgrundlage. Bei Anknüpfung an technisch-physische Größen (z.B. kg, Kopf, Stück, Liter) ergeben sich keine Schwierigkeiten bei der Erfassung und Abgrenzung der Bemessungsgrundlage (Mengensteuer); bei wirtschaftlich-monetären Größen (d.h. mit Preisen bewertet) tritt das Problem der Inflationsabhängigkeit (Nominal- oder Realwertbesteuerung) auf (Wertsteuer), dem mit einer Deflationierung oder Indexierung begegnet werden kann. Je umfassender die Größen werden (von einem Güterpreis zu Umsätzen, zu Einkommens- und Vermögensgrößen), desto differenzierter wird die Erfassung: Einer vollständigen Erfassung des Einkommens muss eine eindeutige Abgrenzung des Begriffs zugrunde liegen, dieser ist jedoch umstritten

(→ Einkommen); Ermittlung, entsprechende Periodisierung und Bewertung (bes. bei Vermögenswerten von Bedeutung) des Einkommens führen zu Schwierigkeiten bei der Beschreibung der Bemessungsgrundlage.

II. Sozialversicherungsrecht: Rentenbemessungsgrundlage, Beitragsbemessungsgrenze, → Grundlohn.

Benennungsverlangen – 1. *Allgemein*: Macht der → Steuerpflichtige Schulden und andere Lasten, Betriebsausgaben, Werbungskosten und andere Ausgaben steuermindernd geltend, kann die Finanzbehörde von ihm die Benennung der jeweiligen Gläubiger bzw. Zahlungsempfänger verlangen (§ 160 AO). – 2. *Zielsetzung*: Die Vorschrift soll Steuerausfälle verhindern, die dadurch entstehen können, dass der inländische Gläubiger bzw. Empfänger der vorgenannten Leistungen diese im Rahmen seiner Steuererklärung nicht als Einnahme deklariert. – 3. *Merkmale*: Das Benennungsverlangen ist eine Ermessensentscheidung. Es muss der Verdacht bestehen, dass die geltend gemachten Ausgaben vom Empfänger nicht ordnungsgemäß versteuert werden. Die bloße Möglichkeit einer Nichtversteuerung reicht nicht aus. Soweit Anhaltspunkte für eine straf- oder bußgeldbeehrte Vorteilszuwendung vorliegen, ist die Benennung des Gläubigers bzw. Empfängers stets zu verlangen (vgl. AEAO zu § 160 AO Nr. 1). – 4. *Rechtsfolgen der Nichtbenennung*: Die geltend gemachten Ausgaben sind steuerlich nicht zu berücksichtigen. Dabei sind sie regelmäßig in der Höhe zu kürzen, wie sie dem Steuerausfall auf seiten des Leistungsempfängers entsprechen. – 5. *Domizilgesellschaften*: Bei Leistungen an Domizilgesellschaften ist – sofern nicht schon ein → Scheingeschäft vorliegt – das Benennungsverlangen nur dann erfüllt, wenn die hinter der Gesellschaft stehenden Personen benannt werden (vgl. AEAO zu § 160 Nr. 3). – 6. *Ausländische Gläubiger bzw. Zahlungsempfänger*: Soweit die Zahlung im Rahmen eines üblichen Handelsgeschäfts erfolgte, der Geldbetrag ins Ausland abgeflossen ist und der Empfänger nicht der dt. Steuerpflicht unterliegt, kann ein Benennungsverlangen unterbleiben. Es ist erforderlich, dass eine Steuerpflicht im Inland mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann (vgl. AEAO zu § 160 Nr. 4).

Beratung – Abgabe und Erörterung von Handlungsempfehlungen durch Sachverständige, wobei von den Zielsetzungen des zu Beratenden und von relevanten Theorien unter Einbeziehung der individuellen Entscheidungssituation des Auftraggebers auszugehen ist. Beratung gehört auch zum Aufgabengebiet des → Wirtschaftsprüfers (WP); ein direkter Zusammenhang mit → Prüfung besteht nicht. In der Praxis sind Beratungs- und Prüfungstätigkeit gelegentlich miteinander verbunden. Dies kann dazu führen, dass der Wirtschaftsprüfer aufgrund der Beratungstätigkeit seine Unbefangenheit bei der Prüfungstätigkeit verliert.

Bergschadenshaftung – 1. Gefährdungshaftung, wenn beim Bergbaubetrieb ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit verletzt oder eine Sache beschädigt wird (§ 114 BBergG). Zum Ersatz des Bergschadens sind der Bergbaubetreiber (§ 115 BBergG) und der Bergbauberechtigte (§ 116 BBergG) verpflichtet. Sie haften als Gesamtschuldner. Die Schadensersatzpflicht ist begrenzt (§ 117 BBergG). – 2. Bergschadenshaftung ist vom Bergbauunternehmen zu erstatten. – 3. *Bilanzierung*: Es sind angemessene → Rückstellungen zu bilden (1) für bereits entstandene, aber noch nicht regulierte Bergschadenshaftung; (2) für künftige, durch den Abbau bereits verursachte, aber noch nicht erkennbar zutage tretende Bergschadenshaftung. Beide Arten sind auch steuerlich zulässig.

Berichtigung – 1. Buchführung: Berichtigungsposten.

II. Steuerrecht: 1. *Steuerverwaltungsakten*: → Steuerverwaltungsakte, → Steuerbescheid. – 2. *Eingereichte Bilanzen*: → Bilanzberichtigung. – 3. *Steuererklärungen*: → Anzeigepflicht. – 4. *Umsatzsteuer*: → Vorsteuerabzug. – 5. *Einheitswert*: → Berichtigungsfortschreibung. – 6. *Berichtigungsveranlagung*.

Berichtigungsfeststellung → Berichtigungsveranlagung.

Berichtigungsfortschreibung – steuerliche Möglichkeit zur Beseitigung eines Fehlers, der im Rahmen der Feststellung des → Einheitswertes hinsichtlich des Wertes (→ Wertfortschreibung), der Art (→ Artfortschreibung) oder der Zurechnung (→ Zurechnungsfortschreibung) des Gegenstandes gemacht worden ist (§ 22 III BewG).

Berichtigungsveranlagung – *Berichtigungsveranlagung*. 1. *Allgemein*: Veranlagung im Anschluss an Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden. – 2. *Substanzsteuern*: Durch eine Berichtigungsveranlagung können Fehler im Rahmen einer Neuveranlagung korrigiert werden, die z.B. durch Mängel bei der Freibetragsgewährung, bei den Verhältnissen zur → Zusammenveranlagung oder bei der Bestimmung der Wertverhältnisse (→ Wertfortschreibung) entstanden sind (§ 17 II Nr. 2 GrStG).

Berlin-Darlehen – eine 1991 ausgelaufene Maßnahme zur Förderung von Kapitalanlagen in Berlin: Nach dem Berlinförderungsgesetz (§§ 16, 17) konnte, wer Darlehensgeber eines Berlin-Darlehens war, im Jahr der Darlehensvergabe einen bestimmten Prozentsatz der Darlehenssumme von seiner Einkommen- oder Körperschaftsteuer abziehen. Dadurch sollte die Kapitalbeschaffung für Anlagen in (West-) Berlin erleichtert bzw. verbilligt werden.

Berliner Verfahren – Aktuell nicht mehr angewendetes Verfahren zur Bewertung nicht notierter Aktien und Anteile an Kapitalgesellschaften, das durch das → Stuttgarter Verfahren ersetzt wurde. Da das Stuttgarter Verfahren nach dem Urteil des

Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, 1 BvL 10/02 vom 7.11.2006) nicht mehr mit dem Grundgesetz vereinbar ist, wurden Neuregelungen zur Bewertung von Betriebsvermögen und Beteiligungsbesitz im Rahmen der → Erbschaftsteuerreform geschaffen.

Berlinpräferenz → Förderung der Wirtschaft von Berlin (West).

Berufsausbildungsbeihilfe – Maßnahme nach dem Sozialgesetzbuch III (SGB III). Zuschüsse oder Darlehen für die berufliche Ausbildung, gewährt von der Bundesagentur für Arbeit an Jugendliche oder Erwachsene nach §§ 56 ff. SGB III, soweit hierfür die eigenen Mittel und die Mittel der Unterhaltsverpflichteten nicht ausreichen. – *Gefördert* wird die betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung in den nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) anerkannten Berufen, soweit hierfür Eignung und Neigung des Auszubildenden gegeben sind; ggf. auch berufsvorbereitende Maßnahmen für noch nicht berufsreife Jugendliche. – *Voraussetzung für die Leistung* ist, dass dem Auszubildenden die erforderlichen Mittel zur Deckung des Bedarfs für den Lebensunterhalt, die Fahrtkosten, die sonstigen Aufwendungen und die Lehrgangskosten nicht anderweitig zur Verfügung stehen. – *Steuerliche Behandlung*: Aus öffentlichen Mitteln oder von öffentlichen Stiftungen gezahlte Beihilfen sind steuerfrei (§ 3 Nr. 11 EStG). – *Anders*: → Ausbildungsbeihilfe.

Berufsausbildungskosten – *Steuerliche Behandlung*: 1. Aufwendungen für einen später zu ergreifenden Beruf sind als → Kosten der Lebensführung, nicht als → Betriebsausgaben oder → Werbungskosten abzugsfähig, auch nicht bei Ausbildung eines bereits im Berufsleben Stehenden für einen anderen Beruf (z.B. Studienkosten eines Zahnarztes zum Überwechseln in die allg. Medizin). – 2. Berufsausbildungskosten des Steuerpflichtigen und seines Ehegatten waren bis zum Veranlagungszeitraum 2003 bis zu 920 Euro bei auswärtiger Unterbringung bis zu 1.227 Euro jährlich als → Sonderausgaben (§ 10 I Nr. 7 EStG) abzugsfähig. Seit 1.1.2004 gehören Aufwendungen für ein erstmalige Berufsausbildung oder für das Erststudium, das zugleich eine Erstausbildung vermittelt und nicht im Rahmen eines Dienstverhältnisses erfolgt, grundsätzlich zu den privaten Lebenshaltungskosten (§ 12 V EStG). Sie können jedoch bis zu 4.000 Euro im Kalenderjahr (ab dem VZ 2012 bis 6.000 Euro) als Sonderausgaben abgezogen werden. Bei Ehegatten gilt der Höchstbetrag für jeden. – 3. Berufsausbildungskosten für Personen, die gegenüber dem Steuerpflichtigen oder seinem Ehegatten gesetzlich unterhaltsberechtigter sind oder für die kein → Kinderfreibetrag oder Kindergeld gewährt wird, können aber als → außergewöhnliche Belastungen nach § 33a EStG geltend gemacht werden, höchstens jedoch bis 8.004 Euro für jede unterhaltene Person. Der Höchstbetrag erhöht sich ab dem Veranlagungszeitraum 2010 um den Betrag, der im entsprechenden Veranlagungszeitraum für die Absicherung der unterhaltsberechtigten

Person aufgewandten Beiträge (§ 10 I Nr. 3 EStG) anzusetzen ist. – 4. Berufsausbildungskosten für Kinder, für die dem Steuerpflichtigen ein Kinderfreibetrag oder Kindergeld gewährt wird, können ihrer Höhe nach abhängig vom Alter des Kindes, der Art seiner Unterbringung und der Höhe seiner eigenen Einkünfte und Bezüge als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden (→ Ausbildungsfreibetrag). – *Anders:* → Fortbildungskosten. – 5. *Aktuelle Rechtsprechung:* Rückwirkend ab dem Veranlagungszeitraum 2004 können Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für seine erstmalige Berufsausbildung oder sein Erststudium, das gleichzeitig auch eine Erstausbildung vermittelt, nicht als Betriebsausgaben und nicht als Werbungskosten berücksichtigt werden, § 9 Abs. 6 EStG, § 4 Abs. 9 EStG.

Berufsausrüstung – bestimmte Gegenstände, die in einer erläuternden Liste von der EU-Kommission zusammengestellt sind, können, wenn die Personen außerhalb des EU-Zollgebietes gehören, abgabenfrei von außerhalb der EU ansässigen Personen zur vorübergehenden Verwendung abgefertigt und innerhalb von 24 Monaten wieder ausgeführt werden. Dazu gehören Ausrüstungsgegenstände für Presse, Funk und Fernsehen, kinematografische Ausrüstung, Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände von Ärzten, Archäologen, Artisten, Geschäftsleuten usw. Darüber hinaus können sowohl in der EU als auch in einer Reihe von Ländern, die dem Carnet-ATA-Abkommen beigetreten sind, Berufsausrüstungsgegenstände ohne weitere Sicherheitsleistungen nach Vorlage eines → Carnets ATA, ausgestellt im Verwendungsland, vorübergehend eingeführt werden. Beförderungsmittel fallen nicht unter den Begriff der Berufsausrüstung, sind aber als solche unter vergleichbaren Bedingungen im grenzüberschreitenden Verkehr ebenfalls abgabenfrei.

Berufsgrundsätze für Wirtschaftsprüfer – Grundsätze der Ausübung des Wirtschaftsprüferberufs, die → Wirtschaftsprüfer (WP) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beachten haben (allg. Berufspflichten gemäß §§ 43 ff. WPO): 1. *Grundsatz der Unabhängigkeit und Unbefangenheit:* Der Wirtschaftsprüfer ist unabhängig, wenn er weder rechtlichen noch wirtschaftlichen Bindungen an die zu prüfende Gesellschaft unterliegt. Er ist unbefangen, wenn er in seiner inneren Einstellung zu der zu prüfenden Gesellschaft frei ist. – 2. *Grundsatz der Gewissenhaftigkeit:* Der Wirtschaftsprüfer muss bei Erfüllung seiner Aufgaben Gesetze und fachliche Regeln beachten sowie nach seinem Gewissen handeln; er hat sich von dem Grundsatz der getreuen und sorgfältigen Rechenschaftslegung leiten zu lassen. – 3. *Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit:* Der Wirtschaftsprüfer hat sein Handeln in eigener Verantwortung zu bestimmen. Auch angestellte Wirtschaftsprüfer haben eigenverantwortlich zu handeln; eigenverantwortliche Tätigkeit verlangt i.d.R., dass der Wirtschaftsprüfer bei einem anderen Wirtschaftsprüfer

zeichnungsberechtigt ist oder bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Rechtsstellung eines Prokuristen hat (vgl. §§ 44 ff. WPO). – 4. *Grundsatz der Verschwiegenheit:* Der Wirtschaftsprüfer hat Kenntnisse von Tatsachen und Umständen, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, sorgsam zu hüten; er darf sie weder für sich auswerten noch weitergeben. Mitarbeiter hat er ebenfalls zur Verschwiegenheit zu verpflichten. – 5. *Grundsatz der Unparteilichkeit:* Der Wirtschaftsprüfer hat bei Prüfungsfeststellungen und bei der Erstattung von Gutachten alle für die Beurteilung wesentlichen Tatbestände zu erfassen und sie allein aus der Sache heraus zu werten und darzustellen. Bei Gutachten für Gerichte und öffentliche Stellen sowie bei Schiedsgutachten oder bei ähnlichen Aufgaben müssen darüber hinaus gegensätzliche Auffassungen zur Sache dargestellt und gegeneinander abgewogen werden. – 6. *Grundsatz berufswürdigen Verhaltens:* Der Wirtschaftsprüfer muss sich so verhalten, dass er das bes. Vertrauen der Öffentlichkeit rechtfertigt und seine Treuepflicht gegenüber dem Auftraggeber wahrt; das gilt auch außerhalb der Berufstätigkeit. Im Verkehr mit anderen Wirtschaftsprüfern muss er sich kollegial verhalten. – 7. *Grundsatz des Verzehrs auf unlautere Werbung:* Der Wirtschaftsprüfer darf sich keiner unlauteren Werbung bedienen.

Berufskleidung – *Arbeitskleidung.* 1. *Begriff:* die während der Arbeit getragene Kleidung. – 2. *Steuerliche Behandlung, Grundsätzliches:* Im Zusammenhang mit Arbeitskleidung stellt sich ertragsteuerlich hauptsächlich die Frage, inwieweit die Aufwendungen für diese Kleidung (Beschaffung, aber auch Reinigung und ähnliche Folgekosten) steuerlich als abziehbarer Aufwand geltend gemacht werden können. Nach allg. Prinzipien kommt ein Abzug von Aufwendungen als Betriebsausgaben (Betriebsinhaber) bzw. als Werbungskosten (Arbeitnehmer) nur dann in Frage, wenn ein Bezug zur privaten Lebensführung definitiv ausscheidet; denn Aufwendungen, die sowohl beruflich wie privat nutzbar sind (gemischte Aufwendungen), sind steuerlich generell nicht abzugsfähig (§ 12 EStG, Lebensführungskosten); die Beweislast dafür, dass diese Bedingungen eingehalten sind, liegt nicht beim Finanzamt, sondern beim Steuerpflichtigen, was zur Folge hat, dass ein Abzug von Aufwendungen für während der Arbeitszeit getragene Kleidung nur dann in Frage kommt, wenn nicht nur jede private Nutzbarkeit der Kleidung im konkreten Fall fehlt, sondern der Steuerpflichtige dies darüber hinaus auch wahrscheinlich machen kann. Vor diesem gesetzlichen Hintergrund haben sich die im Folgenden aufgeführten (strengen) Unterscheidungen herausgebildet. – 3. *Vom Arbeitnehmer beschaffte Kleidung:* a) Handelt es sich um normale „bürgerliche Kleidung“, die auch außerhalb der Arbeitszeit getragen werden könnte, scheidet ein Abzug als Werbungskosten (bzw. Betriebsausgaben) schon deswegen aus, weil der Betreffende selbst dann, wenn er diese Kleidungsstücke

tatsächlich ausschließlich während der Arbeitszeit tragen würde, nicht hinreichend beweisen kann, dass jeder private Nutzen fehlt; die mit dem Besitz einhergehende Möglichkeit, diese Kleidung im Bedarfsfall auch einmal privat zu tragen, ist nämlich nicht widerlegbar. Ist die Kleidung also zwar zweckmäßig, aber nicht auf einen bestimmten Beruf abgestellt, kann sie also nicht steuerlich abgesetzt werden. – b) Handelt es sich um eine „typische Arbeitskleidung“ (z.B. Robe bei einem Richter, Arztkittel bei Arzt, Schwesterntracht bei Krankenschwester), ist ein Abzug als → Werbungskosten (oder, beim Betriebsinhaber, → Betriebsausgaben) dagegen möglich, da das Fehlen einer privaten Nutzbarkeit in solchen Fällen hinreichend klar auf der Hand liegt. – 4. *Vom Betrieb beschaffte und dem Arbeitnehmer überlassene Arbeitskleidung:* a) *Grundsätzliches:* Erspart ein Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer Ausgaben, die an sich dieser tätigen müsste, stellt dies für den Arbeitnehmer nach den allg. Grundsätzen des EStG eine Einnahme (geldwerter Vorteil) dar. Steuerlich neutral kann die Zuwendung von Arbeitskleidung durch den Arbeitgeber also nur sein, wenn der Arbeitnehmer seinerseits die Aufwendungen für die betreffende Kleidung wieder steuerlich als Werbungskosten geltend machen könnte und/oder die Überlassung der betreffenden Arbeitskleidung durch gesetzliche Sonderbestimmungen zu einer steuerfreien Einnahme erklärt worden ist. – b) *Arbeitsschutzkleidung* (flammensichere Asbestanzüge, säurefeste oder wasserdichte Schürzen, Stiefel, Handschuhe, Kittel von Kaminkkehrern etc.): sind steuerfreie Einnahmen. – c) *Überlassene Dienstkleidung* ist steuerfrei bei Polizisten, Soldaten und ähnlichen Berufen (§ 3 Nr. 4 ff. EStG), aber auch vom Arbeitgeber überlassene typische Berufskleidung anderer Berufsgruppen (z.B. Frack des Orchestermusikers), wenn durch Tarifvertrag oder ähnliche Regelungen die betreffenden Arbeitnehmer allg. einen Anspruch auf Gestellung dieser Kleidung haben. – d) Vom Betrieb für Zwecke der *Repräsentation* bzw. der Werbung unentgeltlich überlassene (häufig uniformierte) Arbeitskleidung: Diese Berufskleidung gehört nach den Bestimmungen des Lohn- und Sozialversicherungsrechts zu den → Sachbezügen und ist demgemäß bei Berechnung von Lohnsätzen bzw. Sozialversicherungsbeiträgen zu berücksichtigen.

Berufskrankheit – 1. *Begriff:* Krankheit, die von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung als Berufskrankheit bezeichnet ist und die ein Versicherter bei einer unfallversicherten Tätigkeit erleidet (§ 9 SGB VII). Im Gegensatz zum Arbeitsunfall, bei dem die schädigende Einwirkung durch ein zeitlich begrenztes, plötzliches Ereignis erfolgt, stellt die Berufskrankheit das Ergebnis einer länger andauernden, der Gesundheit nachteiligen betrieblichen Beschäftigung dar. Als Berufskrankheit können vom Unfallversicherungsträger auch Krankheiten anerkannt werden, die nicht in der Rechtsverordnung als Berufskrankheit bezeichnet sind, sofern nach neuen

Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft die Voraussetzungen für eine Berufskrankheit vorliegen (§ 9 II SGB VII). – 2. *Geltendes Recht:* Die aktuelle Liste der Berufskrankheit findet sich in der Anlage 1 zur Berufskrankheiten-VO vom 31.10.1997 (BGBl. I 2623) m.spät.Änd. – 3. *Verhütung:* (1) Verpflichtung des Arbeitgebers (Gesundheitsschutz), (2) Aufgabe der Gewerbeaufsicht und der Berufsgenossenschaften durch Vorschläge und Belehrungen. – 4. *Entschädigung:* Die anerkannten Berufskrankheiten sind ein Versicherungsfall in der gesetzlichen Unfallversicherung und lösen eine Leistungspflicht des Versicherungsträgers aus.

Berufspflichten des Wirtschaftsprüfers – Die Berufspflichten aber auch die Rechte des → Wirtschaftsprüfers (WP) werden in der → Wirtschaftsprüferordnung (WPO) formuliert. Im vierten Teil der WPO (§ 57 III WPO) wird der → Wirtschaftsprüferkammer (WPK) das Recht eingeräumt, eine Satzung über die Rechte und Pflichten bei der Ausübung der Berufe des Wirtschaftsprüfers und des vereidigten Buchprüfers (Berufssatzung) zu erlassen. – Zu den Berufspflichten (Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Verschwiegenheit, Gewissenhaftigkeit, Eigenverantwortlichkeit, berufswürdiges Verhalten, Verzicht auf berufswidrige Werbung) nimmt das vom IDW herausgegebene WP-Handbuch (2006), das auf die WP-Ordnung Bezug nimmt, auf den Seiten 68 ff. u.a. wie folgt Stellung: – a) *Unabhängigkeit:* „Der Ruf des WP muss unabhängig ausgeübt werden. Die Unabhängigkeit ist eine Kardinaltugend für jeden Berufsangehörigen und ihre Wahrung seine elementare Pflicht. Nach der EU-Empfehlung zur Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und dem IFAC Code of Ethics for Professional Accountants umfasst die Unabhängigkeit sowohl die innere als auch die äußere Unabhängigkeit. Innere Unabhängigkeit (= Unbefangenheit) meint die innere Einstellung, die ausschließlich die zur Erfüllung des vorliegenden Auftrags relevanten Aspekte in Betracht zieht. Die äußere Unabhängigkeit (das Nichtbestehen der Besorgnis der Befangenheit) wird aufgefasst als Vermeidung von Tatsachen und Umständen, die so schwer ins Gewicht fallen, dass ein sachverständiger und informierter Dritter die Fähigkeit des Abschlussprüfers zur objektiven Wahrnehmung seiner Aufgaben in Zweifel ziehen würde. Unabhängigkeit in einem umfassenden Sinne bedeutet, dass der WP in objektiver und subjektiver Hinsicht seine Feststellungen unbeeinflusst von sachfremden Erwägungen und ohne Rücksichtnahme auf eigene Belange oder Interessen Dritter treffen kann. – b) *Unparteilichkeit:* Der WP hat sich bei der Prüfungstätigkeit und der Erstellung von Gutachten unparteiisch zu verhalten, ein Gebot, das vom WP in seiner Funktion als Prüfer oder Gutachter unbedingte Neutralität verlangt. Die Neutralität muss in Prüfungsberichten und Gutachten auch zum Ausdruck kommen. Wesentliche Sachverhalte dürfen nicht verschwiegen werden oder im Rahmen

der fachlichen Würdigung unberücksichtigt bleiben. Die fachliche Würdigung der ermittelten Fakten muss nachvollziehbar sein und darf nicht durch Sonderinteressen beeinflusst werden. – c) *Verschwiegenheit*: Die Verschwiegenheit bildet das Fundament für das Vertrauen, das dem WP entgegengebracht wird. Alle Tatsachen und Umstände, die WP bei ihrer Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, dürfen nicht unbefugt offenbart werden. – d) *Gewissenhaftigkeit*: WP sind bei der Durchführung ihrer Aufgaben an das Gesetz gebunden und haben die für die Berufsausübung geltenden Bestimmungen sowie die gesetzlichen Regeln zu beachten. Mandate dürfen nur übernommen werden, wenn der WP über die dafür erforderliche Sachkunde und die zur Bearbeitung erforderliche Zeit verfügt. – e) *Eigenverantwortlichkeit*: Der WP hat sein Handeln in eigener Verantwortung zu bestimmen, sich selbst ein Urteil zu bilden und seine Entscheidungen selbst zu treffen. Er muss die Tätigkeit seiner Mitarbeiter so überblicken und beurteilen können, dass er sich selbst eine auf Kenntnissen beruhende eigene fachliche Überzeugung bilden kann. Er darf keinen fachlichen Weisungen unterliegen, die ihn verpflichten, insbesondere Prüfungsberichte und Gutachten auch dann zu unterzeichnen, wenn sich ihr Inhalt nicht mit seiner Überzeugung deckt. – f) *Berufswürdiges Verhalten*: Der WP hat sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der Berufstätigkeit des Vertrauens und der Achtung würdig zu erweisen, die der Beruf erfordert, und sich der besonderen Berufspflichten bewusst zu sein, die ihm aus der Befugnis erwachsen, gesetzlich vorgeschriebene Bestätigungsvermerke zu erteilen.“

Berufsregister – bei der → Wirtschaftsprüferkammer (WPK) geführtes öffentliches Register für → Wirtschaftsprüfer (WP) und → Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, auch für → vereidigte Buchprüfer und → Buchprüfungsgesellschaften (§§ 37 ff., 130 WPO).

Berufssystematik – I. Amtliche Statistik: Berufsklassifikation; für die Volkszählung, Arbeitsmarktstatistik, Beschäftigungsstatistik und Personalstatistik im öffentlichen Dienst angewandtes Schema zur Gliederung der Berufe. In Deutschland wird die Klassifizierung der Berufe (KldB) verwendet, die internationale Klassifikation ist die ISCO.

II. Arbeits- und Lohnsteuerrecht: → Teilzeitbeschäftigte, Aushilfsarbeitsverhältnis.

Berufsverband – 1. *Charakterisierung*: Freie und unabhängige Interessenvertretung, deren Mitglieder Angehörige desselben Berufes oder nahe verwandter Berufe sind. – *Aufgaben*: Interessenwahrnehmung auf gesellschaftlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. – *Organisation*: Berufsverbände sind grundsätzlich fachlich bzw. branchenmäßig organisiert, so z.B. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. – *Anders*: berufsständische Vereinigung. – 2. *Steuerliche Behandlung*: a) *Körperschaftsteuer*: Befreit gemäß § 5

I Nr. 5 KStG, sofern kein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb unterhalten wird und nur die ideellen und wirtschaftlichen Interessen des Berufsstandes wahrgenommen werden (Abschn. 8 KStR). Die Steuerbefreiung ist insgesamt ausgeschlossen, wenn ein Berufsverband Mittel von mehr als 10 Prozent seiner Einnahmen für die unmittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwendet. – b) *Einkommen-/Körperschaftsteuer*: Beiträge zu Berufsverbänden sind bei der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer der Mitglieder als → Betriebsausgaben oder → Werbungskosten abzugsfähig, nicht dagegen Aufwendungen des Steuerpflichtigen aus Anlass von gesellschaftlichen Veranstaltungen des Berufsverbandes; diese gelten als Lebenshaltungskosten.

Beschau → Zollbeschau.

beschränkte Steuerpflicht – I. Allgemein: Steuerpflicht von natürlichen Personen, die weder Wohnsitz noch → gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben und die auch keinen Antrag auf Behandlung als unbeschränkt steuerpflichtig nach § 1 III EStG (→ unbeschränkte Steuerpflicht) gestellt haben, und von Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die weder → Sitz noch → Geschäftsleitung im Inland haben (§ 2 KStG), mit den inländischen Einkünften zur Einkommen-, Lohn- oder Körperschaftsteuer, mit dem Inlandsvermögen ggf. zur Erbschaftsteuer.

II. Einkommensteuer: (Sondervorschriften; §§ 50, 50a EStG): 1. *Katalog* der beschränkt steuerpflichtigen → Einkünfte: § 49 EStG. – 2. Nur → Betriebsausgaben und → Werbungskosten im Zusammenhang mit inländischen Einkünften sind abzugsfähig. – 3. *Verlustabzug* ist möglich, aber nur zwischen den in Deutschland steuerpflichtigen Einkünften, und auch dann nur, wenn die Einkünfte nicht bereits bei Auszahlung einer pauschalen (abgeltenden) Besteuerung an der Quelle unterlegen haben. – 4. Steuerbegünstigungen für → außerordentliche Einkünfte sind gemäß § 34 EStG möglich, jedoch ist die frühere Einschränkung auf Spezialfälle durch das Gesetz vom 20.12.2007, BGBl. I S. 3150, aufgehoben worden. – 5. *Nicht anzuwenden* sind die übrigen Vorschriften über → Sonderausgaben und → außergewöhnliche Belastungen sowie die weiteren Bestimmungen zur Berücksichtigung persönlicher finanzieller Belastungen wie z.B. Splittingtarif oder Kinderfreibeträge (§ 50 I EStG). – 6. Bei *Einkünften*, die dem Steuerabzug unterliegen, ist die Besteuerung an der Quelle i.d.R. abgeltend, sodass diese Beträge i.d.R. nicht mehr bei der dt. Steuererklärung des beschränkt Steuerpflichtigen zu berücksichtigen sind. Ausnahmen in bestimmten Fällen, insbesondere bei Ausländern aus EU- oder EWR-Staaten ist möglich. Die Einzelheiten hierzu sind in § 50 II EStG geregelt. – 7. Die *Einkommensteuer* bemisst sich nach § 32a EStG; sofern es nicht um Arbeitnehmer Einkünfte geht, ist die Berechnung allerdings so vorzunehmen, dass der Grundfreibetrag aus der Tabelle eliminiert wird (dies

geschieht – mathematisch äquivalent dazu – dadurch, dass zum vorhandenen Einkommen der Grundfreibetrag wieder hinzuaddiert wird, die Werte der Steuerertabelle bei der Anwendung auf beschränkt Steuerpflichtige also quasi „nach rechts verschoben“ werden). Soweit ein Abzug von Einkommensteuer an der Quelle durch → Aufsichtsratssteuer, → Kapitalertragsteuer, → Lohnsteuer oder sonstigen Steuerabzug stattfindet, ist der dt. Steueranspruch damit i.d.R. abgegolten (§ 50 II EStG). – 8. Soweit die Steuer durch *Steuerabzug* nach § 50a EStG zu erheben ist, berechnet sich die Höhe der Steuer nach Maßgabe der Einnahmen. Als Betriebsausgaben dürfen nur Reisekosten und Verpflegungsmehraufwendungen in der Höhe der einkommensteuerlich vorgegebenen Pauschalen berücksichtigt werden; ein darüber hinaus gehender Abzug von Betriebsausgaben ist nur unter bestimmten Bedingungen und nur bei Steuerpflichtigen aus EU- oder EWR-Staaten zulässig (§ 50 III EStG). Die früheren Bestimmungen für *Künstler, Berufssportler und ähnliche Personen*, welche einen darüber hinaus gehenden Betriebsausgabenabzug im Rahmen der Quellensteuerberechnung auch für Steuerpflichtige außerhalb der EU- bzw. der EWR-Staaten erlaubten (§ 50 V Nr. 3 EStG a.F.), wurden ab dem 1.1.2009 abgeschafft. – 9. *Reform 2009*: Mit Wirkung vom 1.1.2009 sind die einkommensteuerlichen Regelungen zur beschränkten Steuerpflicht umfassend geändert worden. – 10. *Einfluss der EuGH-Rechtsprechung*: Die beschränkte Steuerpflicht ist seit langem ein Thema im Rahmen von europarechtlichen Auseinandersetzungen. Der EuGH hat früh bestätigt, dass die beschränkte Steuerpflicht als bes. Besteuerungsregelung für Steuerausländer nicht grundsätzlich rechtswidrig ist. Dennoch kann es nachwievor in Einzelfällen zu unterschiedlicher Behandlung einer konkreten Situation im Rahmen der unbeschränkten und der beschränkten Steuerpflicht kommen, welche gegen das Diskriminierungsverbot der Ausländer trotz vergleichbarer steuerlicher Lage verstoßen könnte. Demnach ist auch in der Zukunft in diesen Fällen mit einer Anpassungen der geltenden Regelungen zur beschränkten Steuerpflicht aufgrund europarechtlicher Vorgaben zu rechnen.

III. Körperschaftsteuer: 1. *Arten*: Bei der Körperschaftsteuer sind, anders als bei der Einkommensteuer, zwei Unterarten der beschränkten Steuerpflicht zu unterscheiden: a) beschränkte Steuerpflicht aller Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen (also: aller Körperschaftsteuersubjekte), die im Inland weder ihren Sitz noch ihren Ort der Geschäftsleitung haben. Diese Form der beschränkten Steuerpflicht („Beschränkte Steuerpflicht I“) umfasst die Einkünfte aus dem Inland, so wie sie sich aus § 49 EStG und einigen Ergänzungen in § 2 KStG ergeben; sie ist das Pendant zur beschränkten Steuerpflicht der natürlichen Personen bei der Einkommensteuer. – b) Eine weitere beschränkte Steuerpflicht umfasst Körperschaften,

Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die zwar ihren Sitz und/oder ihre Geschäftsleitung im Inland haben, aber dennoch – z.B. weil es sich um Körperschaften des öffentlichen Rechts oder gemeinnützige Körperschaften handelt – nicht der unbeschränkten Steuerpflicht unterliegen. Diese Form der beschränkten Steuerpflicht („Beschränkte Steuerpflicht II“) bezieht sich nicht auf alle inländischen Einkünfte nach § 49 EStG, sondern nur auf solche inländischen Einkünfte, die einem Steuerabzug unterliegen. – 2. *Steuererhebung*: Die beschränkt steuerpflichtige Körperschaft (Personenvereinigung, Vermögensmasse) ist im Grundsatz für ihre inländischen Einkünfte steuererklärungspflichtig; die Steuer beträgt 15 Prozent auf das zu versteuernde Einkommen. Soweit aber ein Steuerabzug an der Quelle erhoben wird und die Einkünfte nicht zu den Einkünften eines inländischen Betriebes gehören, ist damit der dt. Steueranspruch abgegolten (§ 32 KStG); die Berücksichtigung im Rahmen einer inländischen Steuererklärung ist dann weder nötig noch gestattet, sofern nicht spezielle Ausnahmenvorschriften ausnahmsweise einschlägig sind (mit der Folge, dass es bei der „beschränkten Steuerpflicht II“ grundsätzlich keine Steuerklärungspflicht geben kann). – 3. *Letzte Entwicklungen*: Auch im Rahmen der Körperschaftsteuer sind die Vorschriften über die beschränkte Steuerpflicht ab 1.1.2009 einer umfassenden Reform unterzogen worden; auch hier sind Aussagen in der Literatur, die auf den früheren Regelungen basieren, also nur noch eingeschränkt verwendbar.

IV. Erbschaftsteuer: Wenn weder der Erblasser oder Schenker noch der Erwerber Inländer ist, unterliegt der Vermögensanfall, der in Inlandsvermögen (§ 12 I BewG) besteht, der beschränkten Steuerpflicht (§ 2 I ErbStG).

V. EU-Recht: Soweit Unterschiede zwischen beschränkter Steuerpflicht und unbeschränkter Steuerpflicht *nur* auf fehlenden Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt im Inland zurückgehen, ohne dass eine sachliche Rechtfertigung für die Unterscheidung vorliegt, sind Regelungen der beschränkten Steuerpflicht unanwendbar (→ Diskriminierungsverbote). I.d.R. wird jedoch unterstellt, dass unbeschränkt und beschränkt Steuerpflichtige sich nicht in vergleichbarer Lage befinden. Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs gelten schon seit 1996 für Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates der EU bez. bestimmter Sonderausgaben, außergewöhnlicher Belastungen und der Veranlagung bes. Bestimmungen (§ 1a EStG). Durch die Rechtsprechung des EuGH seit 2000 ist geklärt, dass auch die Ausgestaltung der beschränkten Steuerpflicht bei der Erbschaftsteuer den Vorgaben der Diskriminierungsverbote des EG-Vertrages entsprechen muss.

beschränkte Steuerpflicht I – Im Rahmen der → Körperschaftsteuer verwendetes Schlagwort für jene Ausprägung der beschränkten Steuerpflicht, die sich auf ausländische Körperschaftsteuersubjekte

bezieht, d.h. auf Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die sowohl ihren Sitz als ihren Ort der Geschäftsleitung im Inland haben (§ 2 I Nr.1 KStG; im Gegensatz zu § 2 I Nr.2 KStG). Einzelheiten vgl. → beschränkte Steuerpflicht; *Gegensatz*: → beschränkte Steuerpflicht II.

beschränkte Steuerpflicht II – Schlagwort für eine spezielle Variante der beschränkten Steuerpflicht, die sich nur bei der → Körperschaftsteuer findet, und zwar für jene Sonderform der beschränkten Steuerpflicht, die sich auf bestimmte inländische Körperschaften bezieht (§ 2 I Nr.2 KStG; vgl. → beschränkte Steuerpflicht)

beschränkte Steuerpflichtiger – Bezeichnung des Steuerrechts für natürliche oder juristische Person, bei der nur Inlandsvermögen und inländische Einkünfte der Besteuerung unterworfen werden (→ beschränkte Steuerpflicht). Beschränkt steuerpflichtig ist, wer nicht als unbeschränkt steuerpflichtig eingestuft werden kann, i.d.R. also, wer als natürliche Person im Inland weder einen Wohnsitz noch seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat (§ 1 IV EStG) oder als juristische Person weder den satzungsmäßigen Sitz noch den Ort der Geschäftsleitung im Inland hat (§ 2 I Nr. 1 KStG). Auf die Staatsangehörigkeit kommt es also nicht an; die häufig synonym verwandte Bezeichnung „Steuerausländer“ ist also irreführend.

Beschwer – in gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahren Voraussetzung für die Sachentscheidung über Rechtsbehelfe und Rechtsmittel. – 1. *Beschwer* im *Zivilprozess*, wenn die Entscheidung dem Rechtsmittelkläger etwas versagt, was er beantragt hatte. – 2. Im Verfahren der *Verwaltungsgerichtsbarkeit* muss der Kläger geltend machen, durch rechtswidriges Tun oder Unterlassen der öffentlichen Hand beschwert (d.h. durch einen → Verwaltungsakt oder seine Ablehnung oder Unterlassung in seinen Rechten verletzt) zu sein. – 3. *Steuerrecht*: a) Im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren ist nur befugt, Einsprüche einzulegen, wer geltend macht, durch einen Verwaltungsakt oder dessen Unterlassung beschwert zu sein (§ 350 AO). Unterschieden wird die persönliche Beschwerde („wer befugt ist“) und die sachliche Beschwerde. Im Rahmen der persönlichen Beschwerde wird geprüft, wer überhaupt berechtigt ist, rechtswirksam Einspruch einzulegen. Dies ist grds. der Inhaltsadressat (§ 122 I, § 124 I AO), dies können aber auch andere Personen sein, so z.B. der Rechtsnachfolger (§ 353). Besonderheiten gelten bei Feststellungsbescheiden (§ 179, § 352 AO). Die sachliche Beschwerde bezieht sich auf den Regelungsinhalt des Verwaltungsaktes. Bei Steuerverwaltungsakten ist dies die Steuerfestsetzung (Tenor), nicht die einzelnen Besteuerungsgrundlagen (§ 157 II AO). Bei Grundlagenbescheiden ist dieser Bescheid und nicht der Folgebescheid anzugreifen, da beim Folgebescheid insoweit keine Beschwerde vorliegt (§ 351 II AO). Ein Einspruch gegen den falschen Bescheid führt zur Unzulässigkeit des Einspruchs. Bei einer zu

niedrigen Festsetzung kann eine Beschwerde dann bestehen, wenn eine höhere Festsetzung, z.B. aufgrund des Bilanzzusammenhangs, sich in Folgejahren günstiger auswirkt oder wenn durch die begehrte höhere Steuerfestsetzung die Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen oder von Körperschaftsteuer ermöglicht wird und aufgrund dessen ein geringerer Betrag als bisher entrichtet werden muss. Bei einer Festsetzung von null Euro besteht grundsätzlich keine Beschwerde, es sei denn, es wird eine Vergütung oder eine Steuerbefreiung wegen Gemeinnützigkeit begehrt oder die der Steuerfestsetzung zugrunde liegenden Besteuerungsgrundlagen haben außersteuerliche Bindungswirkung (z.B. BAfÖG-Leistungen, Prämien etc.). Bei → Feststellungsbescheiden wegen Höhe der Feststellung oder Entscheidung über die Art oder die Zurechnung des Gegenstandes. – b) Die Voraussetzungen für das Vorliegen einer Beschwerde sind in dem Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit dieselben wie im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren.

Beschwerde – 1. *Personalwirtschaft*: Antrag auf Abänderung einer Maßnahme, durch welche sich der Beschwerdeführer verletzt fühlt. Die häufigsten Gegenstände von Beschwerden im Betrieb sind ungenügende Entlohnung, schlechte Arbeitsbedingungen, unzureichende Sozialleistungen, schlechte Zusammenarbeit der Kollegen, Vorgesetztenverhalten, unbefriedigende Regelung der Arbeitszeit. Generell ist jede geäußerte subjektiv empfundene Unzufriedenheit als Beschwerde zu behandeln.

II. *Zivilprozessordnung*: Durch das ZPO-Reformgesetz vom 27.7.2001 (BGBl. I 1887, 3138) wurde das Beschwerderecht (§§ 567–577 ZPO) neu geregelt. Die sog. einfache, an eine Frist nicht gebundene Beschwerde wurde abgeschafft und durch die sofortige Beschwerde, die weitere Beschwerde an das nächsthöhere Gericht durch die → Rechtsbeschwerde ersetzt. Die gesetzlich nicht geregelte außerordentliche Beschwerde in Fällen *greifbarer Gesetzswidrigkeit* wird in der höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht mehr als statthaft angesehen.

III. *Strafverfahren*: Beschwerde ist gegen alle von den Gerichten im ersten Rechtszug oder im Berufungsverfahren erlassenen Beschlüsse und gegen Verfügungen des Gerichts zulässig, soweit das Gesetz sie nicht ausdrücklich ausschließt und soweit sie nicht der Urteilsfällung vorausgehen (§§304, 305 StPO). Gegen Beschlüsse und Verfügungen des Bundesgerichtshofs (BGH) ist keine Beschwerde zulässig. Dasselbe gilt für das Oberlandesgericht, allerdings nicht bei einer Reihe von Entscheidungen, die es als erstinstanzliches Gericht trifft. Hilft das Gericht, dessen Entscheidung mit der Beschwerde angefochten ist, selbst nicht ab, ist sie spätestens vor Ablauf von drei Tagen dem Beschwerdegericht vorzulegen (§ 306 II StPO). In bes. Fällen sind die *weitere* und die *sofortige Beschwerde* gegeben (§§ 310, 311 StPO).

IV. Finanzgerichtsbarkeit: 1. In der *Finanzgerichtsbarkeit* (§§ 128–133 FGO) gegen (1) Entscheidungen des → Finanzgerichts, die nicht Urteile (→ Revision) oder → Vorbescheide sind; (2) gegen Entscheidungen des Vorsitzenden des Finanzgerichts oder des Berichterstatters; (3) gegen die Nichtzulassung der Revision. In Streitigkeiten über Kosten ist die Beschwerde nicht gegeben; dies gilt nicht für die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision. Die Beschwerde ist schriftlich beim Finanzgericht binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung einzulegen. Das Finanzgericht hilft der Beschwerde ab oder legt die Sache dem → Bundesfinanzhof (BFH) zur Entscheidung vor. Die Beschwerde hat nur dann aufschiebende Wirkung, wenn sie die Festsetzung eines Ordnungs- oder Zwangsmittels zum Gegenstand hat. – 2. Die Beschwerde als frühere Form des außergerichtlichen Rechtsbehelfs ist ab 1.1.1996 aufgehoben; nur noch → Einspruch ist zulässig.

V. Verwaltungsgerichtsbarkeit: 1. *Rechtsmittel* gegen Entscheidungen des Verwaltungsgerichts, des Vorsitzenden oder Berichterstatters, die nicht Urteile oder Gerichtsbescheide sind; zulässig, soweit nicht im Einzelfalle ausdrücklich ausgeschlossen (§ 146 VwGO). Die Beschwerde ist *binnen zwei Wochen* nach Bekanntgabe der Entscheidung beim Verwaltungsgericht einzulegen. Über die Beschwerde entscheidet das Obergericht. Im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes prüft es nur die dargelegten Gründe (§ 146 IV VwGO). – 2. Gegen Beschlüsse des *Obergerichts* ist die Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) grundsätzlich nicht zulässig (§ 152 VwGO). – 3. Die Beschwerde hat nur dann *aufschiebende Wirkung*, wenn sie die Festsetzung eines Ordnungs- oder Zwangsmittels zum Gegenstand hat. Die unter 1. Genannten können aber auch sonst bestimmen, dass die Vollziehung der angefochtenen Entscheidung einstweilen auszusetzen ist (§ 149 VwGO).

VI. Freiwillige Gerichtsbarkeit: freiwillige Gerichtsbarkeit.

VII. Öffentliches Recht: Die Beschwerde ist nur in bes., gesetzlich ausdrücklich zugelassenen Fällen möglich.

VIII. Anders: Dienstaufsichtsbeschwerde.

Besichtigung – 1. Maßnahme im Rahmen der *Öffentlichkeitsarbeit* eines Unternehmens: Betriebsbesichtigung. – 2. *Zollrechtliche Maßnahme*: → Durchsuchung, Überholung, → Zollbeschau.

Besitzgesellschaft → Betriebsaufspaltung.

Besitzsteuern – steuerjuristische und finanzstatistische Gruppierung von Steuern (→ Steuerklassifikation). Besitzsteuern sind eine Gruppe von Steuern, die an Ertrag (→ Ertragsteuern), Einkommen (Einkommensbesteuerung) oder Vermögen (Vermögensbesteuerung) anknüpfen. – Zu den Besitzsteuern zählen u.a.: → Grundsteuer, → Gewerbesteuer,

→ Körperschaftsteuer, → Einkommensteuer, → Erbschaftsteuer, → Kirchensteuer.

besondere Lohnsteuertabelle → Lohnsteuertabelle für Arbeitnehmer, die in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versicherungspflichtig sind und denen daher eine geringere Vorsorgepauschale zusteht als anderen Arbeitnehmern (vgl. § 10c II, III EStG). Die Tabelle wird nicht mehr amtlich erstellt, sondern nach den gesetzlichen Formeln von den jeweiligen Herausgebern per EDV berechnet. Besondere Lohnsteuertabellen gelten für Arbeitnehmer, die (1) für den Fall ihres Ausscheidens aus der Beschäftigung Anspruch auf eine *lebenslängliche Versorgung* oder an deren Stelle auf eine Abfindung haben oder wenn sie in der *gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern* sind (z.B. Beamte, Richter, Berufssoldaten); (2) im Zusammenhang mit ihrer Berufstätigkeit aufgrund vertraglicher Vereinbarungen *Anwartschaftsrechte* auf eine *Altersversorgung* ganz oder teilweise ohne eigene Beitragsleistungen erwerben (z.B. Vorstandsmitglieder einer AG, herrschende Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH); (3) *Ruhegehälter*, *Witwen- oder Waisengelder*, *Unterhaltungsbeiträge* oder *gleichartige Bezüge* beziehen, die aufgrund beamtenrechtlicher oder entsprechender gesetzlicher Vorschriften oder nach beamtenrechtlichen Grundsätzen von Körperschaften gezahlt werden (z.B. pensionierte Beamte, Richter); (4) *Altersruhegeld* aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen (z.B. weiterbeschäftigte Arbeitnehmer). – *Gegensatz*: → allgemeine Lohnsteuertabelle.

besondere Veranlagung – Form, die im Jahre der Eheschließung bei der Veranlagung vom → Ehegatten gewählt werden kann (§ 26c EStG). Die Ehegatten werden dabei steuerlich so behandelt, als ob sie unverheiratet wären. Ab dem Veranlagungszeitraum 2013 wird die besondere Veranlagung durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 aufgehoben. Die Ehegatten können nur noch zwischen der Zusammenveranlagung und getrennter Veranlagung bzw. Einzelveranlagung wählen.

Besorgungsleistung – liegt vor, wenn ein Unternehmer im eigenen Namen eine sonstige Leistung beschafft, diese Leistung aber für einen nicht genannten Auftraggeber bestimmt ist (also ein Fall des Kommissionsgeschäfts mit Dienstleistungen, und zwar Einkaufskommission). Der Fall wird so behandelt, als hätte der Unternehmer die Leistung für sich selbst bezogen und anschließend eine Leistung der gleichen Art an seinen Auftraggeber erbracht (§ 3 XI UStG). – Vgl. → Kommissionsgeschäft über sonstige Leistungen; → Leistungskommission.

Besserungsschein – 1. *Vergleichsverfahren*: Ein nach der bis 31.12.1998 geltenden VerglO abgegebenes schriftliches Versprechen des Schuldners zur Leistung weiterer Zahlungen über die Vergleichsquote hinaus. – 2. *Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht*: Verbindlichkeiten auf Besserungsschein sind nicht

passivierungsfähig. Zahlungen auf Besserungsschein sind aber → Betriebsausgaben.

Bestandskraft – Es wird zwischen der formellen und der materiellen Bestandskraft unterschieden. Die formelle Bestandskraft bedeutet Unanfechtbarkeit. Der → Verwaltungsakt kann nicht oder nicht mehr mit Rechtsbehelfen angefochten werden. Materielle Bestandskraft bedeutet die Verbindlichkeit eines Verwaltungsaktes (vgl. AEAO vor §§ 172–177 Nr. 1). Zumeist treten beide Formen der Bestandskraft bei einem Steuerverwaltungsakt gleichzeitig ein. Abweichungen können sich durch die Nebenbestimmungen des Vorbehalts der Nachprüfung (§ 164 AO) und der Vorläufigkeit (§ 165 AO) ergeben. Aufgrund dieser Nebenbestimmungen tritt zwar die formelle Bestandskraft mit Ablauf der Rechtsbehelfsmöglichkeit ein (siehe oben). Die materielle Bestandskraft mit ihrer erhöhten Rechtssicherheit tritt dann aber in Abweichungsfällen erst mit der späteren Aufhebung der genannten Nebenbestimmungen ein. – Hintergrund ist die Möglichkeit, einen Steuerbescheid, der unter dem Vorbehalt der Nachprüfung steht, jederzeit und in vollem Umfang bis zum Eintritt der Verjährung zu ändern, während ein materiell bestandskräftiger Steuerverwaltungsakt nur punktuell unter den Einzelaussetzungen der §§ 129 und 172 ff. AO geändert werden kann.

Bestandsverzeichnis – I. Grundstücksrecht: Teil des Grundbuchs, in dem das Grundstück katastermäßig bezeichnet ist.

II. Einkommensteuerrecht: Erfassung des → beweglichen Anlagevermögens für Steuerzwecke (R 5.4 EStR). Aufzustellen durch jährliche körperliche Bestandsaufnahme oder durch laufende Inventur. – *Inhalt*: Das Bestandsverzeichnis erfasst bewegliche Anlagegüter, auch voll abgeschriebene. Das Bestandsverzeichnis muss enthalten: Genaue Bezeichnung, Bilanzwert, bei permanenter Inventur zusätzlich Tag der Anschaffung oder Herstellung, Höhe der → Anschaffungskosten oder → Herstellungskosten, Tag des Abgangs. Nicht aufgenommen werden müssen: (1) → geringwertige Wirtschaftsgüter; (2) bewegliche Anlagegüter, für die zulässigerweise ein Festwert angesetzt wird. – *Zulässige Erfassungsweise*: (1) Gesamtanlagen, auf die einheitliche Absetzung für Abnutzung (AfA) vorgenommen wird, können als Einheit eingetragen werden; (2) für gleichartige Gegenstände, die im gleichen Zeitraum angeschafft und deren Anschaffungskosten, Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode gleich sind, ist Zusammenfassung statthaf.

Bestätigungsverfahren – Verfahren, nach dem die Gültigkeit einer → Umsatzsteuer-Identifikationsnummer durch Anfrage beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden kann. Bestätigt werden die Gültigkeit der Nummer, des Namens und der Anschrift der zugehörigen Person; vgl. § 18e UStG. Die Bestätigung kann auch online durchgeführt werden;

dies ermöglicht den betroffenen Wirtschaftskreisen, hinreichend schnell über die umsatzsteuerliche Unternehmereigenschaft ihrer Geschäftspartner Sicherheit zu bekommen.

Bestätigungsvermerk – *Testat*.

I. Begriff: Der Bestätigungsvermerk ist das abschließende Gesamturteil, das nach einer nach anerkannten Berufsgrundsätzen (→ Berufsgrundsätze für Wirtschaftsprüfer) durchgeführten ordnungsmäßigen → Prüfung abgegeben wird (§ 322 I 1, 2 HGB). Mit einem Bestätigungsvermerk bestätigt der → Abschlussprüfer, dass Jahresabschluss und Buchführung den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und dass der Lagebericht keine falschen Vorstellungen von der Lage der Unternehmung erweckt. Ein unmittelbares Urteil über die wirtschaftliche Lage der Unternehmung ist mit dem Bestätigungsvermerk nicht verbunden. Ist der Bestätigungsvermerk versagt worden, so ist hierauf in einem bes. Vermerk (dem Versagungsvermerk) hinzuweisen (§ 322 IV 2 HGB). Der Bestätigungsvermerk ist Bestandteil des zu erstellenden → Prüfungsberichts.

II. Bedeutung: Durch den Bestätigungsvermerk sollen Adressaten, z.B. Gesellschafter, Gläubiger, Arbeitnehmer, Aufsichtsrat und Öffentlichkeit, über das Ergebnis einer Prüfung unterrichtet werden. Der volle Wortlaut des Bestätigungsvermerks ist in allen Veröffentlichungen und Vervielfältigungen des Jahresabschlusses wiederzugeben. – Die rechtliche Bedeutung des Bestätigungsvermerks liegt v.a. darin, dass ein Jahresabschluss nach HGB erst festgestellt werden kann, wenn die → Jahresabschlussprüfung stattgefunden hat (§ 316 I 2 HGB). – Die tatsächliche Bedeutung des Bestätigungsvermerks in der Praxis ist weitergehend. I.d.R. wird die Unternehmensleitung an einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk interessiert sein; die Androhung der Einschränkung oder Versagung des Bestätigungsvermerks wird oft zur Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften anreizen.

III. Inhalt: Der Bestätigungsvermerk beschreibt die Aufgabe des Abschlussprüfers und grenzt sie gegenüber der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der zu prüfenden Unternehmung für Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht bzw. Konzernabschluss und -lagebericht ab. Des Weiteren werden Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung erläutert. In der abschließenden Beurteilung wird das Prüfungsergebnis formuliert. Nach § 322 II HGB soll die Beurteilung des Prüfungsergebnisses allg. verständlich und problemorientiert erfolgen; auf Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, ist gesondert einzugehen. – Vgl. auch → Prüfungsstandard IDW PS 400.

IV. Arten: 1. *Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk*: Sind nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen zu erheben, so hat der Abschlussprüfer nach § 322 I 3 HGB im Bestätigungsvermerk zu erklären, dass die von ihm durchgeführte

Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat und der Jahresabschluss bzw. Konzernabschluss aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft bzw. des Konzerns gibt. Ferner ist darauf einzugehen, ob der Lagebericht bzw. Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens bzw. Konzerns vermittelt und Risiken der künftigen Entwicklung richtig darstellt (§ 322 III HGB). – Einwendungen sind mehr als geringfügige Beanstandungen; unwesentliche Beanstandungen stehen der Erteilung des Bestätigungsvermerks nicht entgegen. Die Trennung von Wesentlichem und Unwesentlichem kann schwierig sein. – 2. *Einschränkung und Versagung des Bestätigungsvermerks*: Sind Einwendungen zu erheben, so ist der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 IV HGB einzuschränken bzw. zu versagen. Einschränkung und Versagung sind zu begründen; Einschränkungen müssen so dargestellt werden, dass ihre Tragweite deutlich erkennbar wird. Die Versagung ist in den Vermerk aufzunehmen; dieser darf dann nicht als Bestätigungsvermerk bezeichnet werden; stattdessen kommt die Bezeichnung „Versagungsvermerk“ in Betracht. – Die Grenzziehung zwischen Einwendungen, die zur Einschränkung führen, und Einwendungen, die die Versagung des Bestätigungsvermerks zur Folge haben müssen, ist schwierig und umstritten.

Bestattungskosten → Beerdigungskosten.

Bestechung – I. Allgemein: Das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Geschenken oder anderen Vorteilen an einen Amtsträger oder einen für den öffentlichen Dienst bes. Verpflichteten sowie einen Angestellten im Geschäftsverkehr. – *Formen*: (1) *Bestechung i.e.S.*: Vorteilsgewährung; Gewährung, Versprechen oder Anbieten von Geschenken oder anderen Vorteilen; (2) *Bestechlichkeit/Vorteilsannahme*: Gewähren- und Versprechenlassen oder Fordern von Geschenken oder Vorteilen zu bestimmten Zwecken.

Steuerrecht: 1. Wird aus betrieblichen Gründen eine Bestechung vorgenommen, sind die dadurch verursachten Betriebsausgaben nach der Sonderregelung des § 4 V Nr. 10 EStG steuerlich nicht abzugsfähig, wenn die Zuwendung der Vorteile aus Sicht des dt. Rechts eine strafbare Handlung darstellen oder mit Geldbuße bedroht sind. Die Finanzämter, die Gerichte und die Verwaltungsbehörden haben sich gegenseitig auf Verdachtsfälle hinzuweisen. Vom Abzugsverbot können auch Bestechungsgelder an ausländische Empfänger betroffen sein. – 2. Wer als Arbeitnehmer Bestechungsgelder vereinnahmt, empfängt keinen Arbeitslohn, ist mit dem fraglichen Betrag aber trotzdem steuerpflichtig (§ 22 Nr.3 EStG).

Besteuerung → Besteuerungsprinzipien, Einkommensbesteuerung, → Erbschaftsbesteuerung, Ertragsbesteuerung, fiskalische Besteuerung,

Gewerbebesteuerung, → Haushaltsbesteuerung, → Kraftfahrzeugbesteuerung, nicht fiskalische Besteuerung, → Steuerarten, Steuern, → Steuerpolitik, → Steuerrecht, → Steuerrechtfortbildungslehre, → Steuersystem, → Steuertariftypen, Umsatzbesteuerung, Unternehmensbesteuerung, Verbrauchsbesteuerung, Vermögensbesteuerung, Wertzuwachssteuer.

Besteuerung der Renten → Rentenbesteuerung.

Besteuerungsgrundlage – tatsächliche und rechtliche Verhältnisse, die für die Steuerpflicht und für die Bemessung der Steuer maßgebend sind (§ 199 I AO). – 1. Die *Feststellung* der Besteuerungsgrundlage bildet einen mit → Rechtsbehelfen nicht selbstständig anfechtbaren Teil des → Steuerbescheides, soweit die Besteuerungsgrundlage nicht gesondert festgestellt wird (§ 157 II AO). – 2. *Gesondert* und für mehrere Beteiligte *einheitlich* von einem Finanzamt werden die Besteuerungsgrundlagen durch → Feststellungsbescheid festgestellt (§§ 179, 180 AO).

Besteuerungsprinzipien – 1. *Begriff*: steuerliche Grundsätze, die zur Realisation bestimmter Ziele bei der Ausgestaltung von → Steuersystemen zu beachten sind. Besteuerungsprinzipien ändern sich im Zeitablauf aufgrund wechselnder politischer, ökonomischer und sozialer Zielsetzungen, bes. des Verständnisses des steuerlichen Gerechtigkeitsbegriffs (→ Steuergerechtigkeit). – *Beispiele*: → Äquivalenzprinzip, → Assekuranzprinzip, → Leistungsfähigkeitsprinzip, Entscheidungsneutralität der Besteuerung. – Zu Besteuerungsprinzipien des grenzüberschreitenden Lieferungs- und Leistungsverkehrs vgl. → Bestimmungslandprinzip und → Ursprungslandprinzip. – 2. *Arten*: a) *Klassische Besteuerungsprinzipien* (bzw. *Smithsche Steuerregeln*): (1) Gleichmäßigkeit der Besteuerung: Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen; (2) Bestimmtheit der Besteuerung: Vermeidung von Willkür bei der Steuererhebung; (3) Bequemlichkeit der Besteuerung (hinsichtlich der Steuerzahlungstermine und -modalitäten); (4) Billigkeit der Besteuerung: Minimierung der Steuererhebungskosten. Diese „vier Grundregeln über die Steuern i.Allg.“ wurden erstmals von Smith 1776 aufgestellt. – b) *Moderne Besteuerungsprinzipien*: (1) *fiskalisches-budgetäre Prinzipien*: auf eine ausreichende finanzielle Bedarfsdeckung und deckungspolitische Anpassungsfähigkeit des Steuersystems ausgerichtete Prinzipien; (2) *ethisch-soziale Prinzipien*: Die Grundsätze der Allgemeinheit, Gleichmäßigkeit und Leistungsfähigkeit beinhaltende Prinzipien (→ Leistungsfähigkeitsprinzip, → Äquivalenzprinzip, Edinburger Regel); (3) *wirtschaftspolitische Prinzipien*: Entscheidungsneutralität der Besteuerung mit dem Ziel der Vermeidung gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrtsverluste durch steuerbedingte Fehlallokationen, die aktive und passive Flexibilität des Steuersystems im Hinblick auf eine moderne Konjunkturpolitik und die wachstumspolitische Ausrichtung der Besteuerung gewährleistende Prinzipien; (4) *steuertechnische*

Prinzipien: die Grundsätze der Systemhaftigkeit, Transparenz, Praktikabilität, Stetigkeit und Bequemlichkeit beinhaltende Prinzipien.

bestimmte Körperschaften – Begriff des Körperschaftsteuerrechts (§ 24 KStG): Körperschaften und Personenvereinigungen, deren Leistungen beim Empfänger nicht zu Kapitaleinkünften nach § 20 I Nr.1 oder Nr.2 EStG führen, d.h. die nicht Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Kolonialgesellschaften oder bergbautreibende Vereinigungen mit den Rechten juristischer Personen sind. Bestimmte Körperschaften erhalten einen Freibetrag von 3.835 Euro bei der Körperschaftsteuer, maximal jedoch in Höhe des Einkommens. Die Regelung gilt nicht für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Vereine, die ausschließlich Land- und Forstwirtschaft betreiben, da diese durch einen anderen Freibetrag begünstigt werden (§ 25 KStG).

Bestimmungslandprinzip – 1. *Begriff:* → Besteuerungsprinzip i.S.d. Umsatzsteuerrechts ist die Besteuerung einer Ware oder Lieferung mit der Umsatzsteuer des Bestimmungslandes. In Deutschland kommt das Bestimmungslandprinzip zur Anwendung, wenn die Lieferungen zwischen den Unternehmen der EU erfolgen. Es soll erreicht werden, dass im internationalen Wettbewerb die Steuern ihre Bedeutung als Kosten- und Preisbestandteile verlieren. – 2. *Gegensatz:* → Ursprungslandprinzip, Herkunftslandprinzip. – 2. Bei der *Umsatzsteuer* wird in den EU-Mitgliedsstaaten bisher weitgehend am Bestimmungslandprinzip festgehalten → Ausfuhrlieferungen, → Einfuhrumsatzsteuer (EUST). – Vgl. auch → innergemeinschaftlicher Verkehr.

Beteiligte am Besteuerungsverfahren – v.a. Antragsteller und Antragseigner sowie die Adressaten von Verwaltungsakten der Finanzbehörde (§ 78 AO), in erster Linie also → Steuerpflichtige im Sinne von § 33 AO.

Beteiligung – I. Charakterisierung: 1. *Begriff:* Mitgliedschaftsrecht, das durch Kapitaleinlage (Geld- oder Sacheinlage) bei einer Gesellschaft erworben wird. – Vgl. auch → Beteiligungsfinanzierung. – 2. *Formen:* a) *Beteiligung eines Einzelnen:* (1) Beteiligung ohne Gesellschaftscharakter, juristisch nach allg. Rechtsnormen zu beurteilen: → partiarische Darlehen. (2) Beteiligung mit Gesellschaftscharakter aufgrund von bes. Gesetzesnormen (insbesondere: BGB, HGB, AktG, GmbHG, GenG, PartnerschaftG): → Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften. – b) *Beteiligung einer Unternehmung:* Ganze Unternehmungen sind zu einem über der einzelnen Unternehmung stehenden Organismus vereinigt: (1) Beteiligung mit dem Ziel gegenseitiger wirtschaftlicher Förderung (→ Interessengemeinschaften). (2) Beteiligung zwecks Beherrschung: (a) einfache *Beteiligung* einer Unternehmung an einer anderen (z.B. Tochtergesellschaften); (b) Verflechtung mehrerer

Unternehmungen (Konzerne). – Beherrschung bei der AG in drei *Stufen:* (1) Sperrminorität: über 25 Prozent der Stimmen (Verhindern von Hauptversammlungs-Beschlüssen, die eine 3/4-Mehrheit erfordern); (2) Majorität: über 50 Prozent (absolute Mehrheit); (3) völlige Beherrschung: 75 Prozent (Durchsetzung praktisch aller Beschlüsse der Hauptversammlung).

II. **Handelsrecht:** 1. *Partiarische Darlehen* werden unter Darlehen aufgeführt, die Einlage des *Stillen Gesellschafters* geht in das Vermögen des Geschäftsinhabers ein (§ 230 HGB). – 2. Beteiligung als Gesellschafter einer *Personen- oder Kapitalgesellschaft* wird als Eigen-, Stamm- oder Grundkapital ausgewiesen. – 3. *Handelsrechtlich* sind bei Kapitalgesellschaften Beteiligungen nur solche Anteile an anderen Unternehmen, die dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu dienen bestimmt sind; Einzelheiten in § 271 I HGB.

III. **Steuerrecht:** Als Beteiligung gilt der Besitz von Gesellschafts-, Bohr- und Genossenschaftsanteilen, Aktien, Einlagen etc. Als *wesentliche Beteiligung* gilt ein Anteil von mehr als 1 Prozent am Kapital einer Kapitalgesellschaft (§ 17 I EStG; ursprünglich nur 25 Prozent, dann ab 1999 10 Prozent). – 1. a) *Beteiligung an Kapitalgesellschaften* haben alle, das Problem der → Doppelbesteuerung, was dazu führt, dass in zahlreichen Staaten für Beteiligungen bes. Bestimmungen gelten, die eine vom Rest des Kapitals und der Kapitalerträge abweichende Behandlung vorsehen. – Vgl. auch → Schachtelprivileg. – b) *Beteiligungen an Personengesellschaften* werden nach dt. Steuerrecht nicht als selbstständige Wirtschaftsgüter betrachtet, sodass es hier i.d.R. keine doppelte Erfassung auf zwei Ebenen geben kann. – 2. *Einkommen- und Körperschaftsteuer:* a) Erträge aus Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft unterlagen bisher zur Vermeidung der Doppelbelastung dem → Halbeinkünfteverfahren. Ab dem Veranlagungszeitraum 2009 kommt jedoch bei Ausschüttungen und bei Veräußerungen von Beteiligungen im Betriebsvermögen sowie bei wesentlichen Beteiligungen im Privatvermögen anstelle des Halbeinkünfteverfahrens das → Teileinkünfteverfahren zur Anwendung. Damit wird der steuerfreie Teil von 50 Prozent auf 40 Prozent abgesenkt. Analog hierzu sind Verluste in Höhe von 60 Prozent statt bisher in Höhe von 50 Prozent zu berücksichtigen. Dividenden aus Beteiligungen im Privatvermögen unterliegen als Einkünfte aus Kapitalvermögen ab 2009 grundsätzlich der → Abgeltungsteuer (25 Prozent). Sonderregelungen sind im Rahmen der → privaten Veräußerungsgeschäfte zu berücksichtigen. – b) Erträge aus Beteiligung an einer Personengesellschaft werden bei dieser gesondert festgestellt und anschließend bei der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer den Einkünften der betreffenden Gesellschafter zugerechnet. – 3. *Gewerbesteuer:* Objekt der Gewerbesteuer ist idealtypisch der Ertrag des Betriebes: a) Für Erträge des Gewerbebetriebs aus *Beteiligungen* an

Kapitalgesellschaften ist eine traditionelle Mindestbeteiligungsquote von 10 Prozent (ab dem Erhebungszeitraum 2008: 15 Prozent) nötig. Beträgt die Beteiligung 10 Prozent (ab dem Erhebungszeitraum 2008: 15 Prozent) und mehr, so werden die Gewinnanteile im Betrieb des Eigentümers der Beteiligung vollständig steuerbefreit; beträgt sie dagegen weniger als 10 Prozent (bzw. 15 Prozent), so wird der Ertrag aus der Beteiligung vollständig steuerpflichtig. – b) *Gewinnanteile eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung* können einkommensteuerlich unter bestimmten Umständen Betriebsausgabe des Betriebsinhabers sein, gehören aber zur Ertragskraft des gewerblichen Betriebs. Ab dem Erhebungszeitraum 2008 wird der Gewinnanteil in Höhe von 25 Prozent hinzugerechnet. – 4. *Grunderwerbsteuer*: Wer eine Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft direkt oder indirekt auf eine Quote von 95 Prozent oder mehr aufstockt, hat für sämtliche Grundstücke dieser Gesellschaft Grunderwerbsteuer zu entrichten (§ 1 III GrEStG). – 5. *Sonstiges*: Wer eine Beteiligung an einer ausländischen Personengesellschaft erwirbt, aufgibt oder (z.B. in Hinblick auf seine Beteiligungsquote) verändert, hat dies den Finanzbehörden anzuzeigen (§ 138 II Nr.2 AO). Ebenso ist der Erwerb einer Beteiligung an einer beschränkt steuerpflichtigen juristischen Person ab einer Beteiligungsquote meldepflichtig, wenn die erreichte Beteiligung insgesamt Anschaffungskosten von mehr als 150.000 Euro hat oder die Beteiligungsquote unmittelbar 10 Prozent oder mittelbar 25 Prozent erreicht (§ 138 II Nr. 3 AO).

Beteiligungsfinanzierung – 1. *Begriff*: Sammelbezeichnung für alle Formen gesellschaftlicher Beschaffung von Eigenkapital durch Kapitaleinlagen von Gesellschaftern der Unternehmung. Die Rechtsfolgen der Beteiligungsfinanzierung wie Mitwirkung an der Geschäftsführung, Gewinn- und Verlustbeteiligung sowie Haftung für die Verbindlichkeiten sind nach der Unternehmungsform gesetzlich geregelt oder vertraglich zu vereinbaren. – 2. *Finanzierungsmittel zur Beteiligungsfinanzierung*: (1) Einlagen, (2) Aktien, (3) Genossenschaftsanteile, (4) Bohranteile, (5) Schiffsparts des Kapitalgebers am Gewinn (bei Kapitalgesellschaften und Genossenschaften in Form der → Dividende, sonst als → Gewinnausschüttung) und ggf. am Liquidationserlös sind vertraglicher Vereinbarung zugänglich. – 3. *Mischformen* zwischen Beteiligungsfinanzierung und Fremdfinanzierung werden in der Gewinnobligierung gesehen (d.h. Schuldverschreibungen mit erfolgsabhängiger Verzinsung) sowie in der Wandelanleihe und auch in zweckgebundenen Rücklagen für soziale Zwecke. – 4. Für die Kapitalgeber gehört die → Beteiligung zum *Finanzanlagevermögen*, sofern es sich um eine dauernde Beteiligung handelt. – 5. *Steuerrechtliche Behandlung*: → Beteiligung, → Organschaft, → Schachtelprivileg.

Beteiligungsverlust – Verluste aus der → Veräußerung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft oder einer Teilwertabschreibung sind bis

einschließlich 2008 nach dem Halbeinkünfteverfahren bei der Einkommensteuer zur Hälfte abzugsfähig. Ab dem Veranlagungszeitraum 2009 sind Verluste aus Veräußerungen von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, die sich im Betriebsvermögen befinden, sowie bei wesentlichen Beteiligungen im Privatvermögen nunmehr mit 60 Prozent (→ Teileinkünfteverfahren) zu berücksichtigen. Bei allen anderen Beteiligungen im Privatvermögen (Beteiligung unter 1 Prozent) können Veräußerungsverluste bei Erwerben ab dem Veranlagungszeitraum 2009 nur mit Gewinnen aus Aktienverkäufen ab 2009 verrechnet werden. – *Ausnahme*: Kreditinstitute und Lebensversicherungsunternehmen.

Betreuungsfreibetrag – ein → Freibetrag bei der Einkommensteuer (§ 32 VI EStG), der zusätzlich zum → Kinderfreibetrag bzw. zum Kindergeld gewährt wird, um die Aufwendungen für die notwendige Betreuung eines Kindes in pauschaler Form abzugelten. Der Betreuungsfreibetrag beträgt insgesamt 2.640 Euro (seit 2010) und wird, wenn es zwei Anspruchsberechtigte gibt, bei denen das Kind steuerlich zu berücksichtigen ist, mit je 1.320 Euro jedem Steuerpflichtigen zugerechnet. Für jeden Kalendermonat, in dem das Kind steuerlich nicht zu berücksichtigen war, verringert sich der Betreuungsfreibetrag um ein Zwölftel. Die Regelungen zur Kinderbetreuung werden in § 9c EStG zusammengefasst.

Betrieb – 1. *Betriebswirtschaftslehre*: 1. *Begriff*: örtliche, technische und organisatorische Einheit zum Zwecke der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen, charakterisiert durch einen räumlichen Zusammenhang und eine Organisation, „die auf die Regelung des Zusammenwirkens von Menschen und Menschen, Menschen und Sachen sowie von Sachen und Sachen im Hinblick auf gesetzte Ziele gerichtet ist“ (Kosiol). – a) *Örtliche Einheit*: Betrieb ist insoweit der → Arbeitsstätte gleichzusetzen, als die Leistungserstellung und -verwertung in einem räumlich und technisch zusammengehörigen, überschaubaren Bereich erfolgt. – b) *Organisatorisch-technische Einheit*: Hilfs- und Nebenbetriebe (Produktionshilfsbetrieb, Produktionsnebenbetrieb) zählen im Gegensatz zur Arbeitsstätte auch dann zur organisatorischen Einheit des Betriebes, wenn sie getrennt vom Hauptbetrieb (Produktionshauptbetrieb) am gleichen Ort und unter derselben technischen Leitung arbeiten. Die organisatorische Kombination des sachlichen Betriebsvermögens mit der verfügbaren Arbeitsleistung durch den Arbeitgeber vollzieht sich im Bereich des Betriebes. – 2. *Abgrenzung zu Unternehmung*: Der Begriff „Unternehmung“ bezeichnet die rechtliche und wirtschaftlich-finanzielle Einheit. – 3. *Arten*: a) nach der *Größe*: Unterscheidung nach der Beschäftigtenzahl, nach Umsätzen, Steuerleistung u.Ä. in Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe. – Vgl. auch Betriebsgrößenklasse, → Betriebsgrößenklassifikation. – b) nach *Art der (wirtschaftlichen) Leistung*: (1) Produktionsbetriebe, wie Landwirtschafts-, Handwerks-, Industrie-,

Bergbau-Betriebe; (2) Dienstleistungsbetriebe, wie Verkehrs-, Handels-, Bank-, Versicherungs-Betriebe; (3) Verwaltungsbetriebe, wie organisatorisch selbstständige Stätten der Dienstleistung in der Gesundheitspflege (Krankenhäuser, Badeanstalten); (4) Arbeitsstätten der Verwaltung (umstritten).

II. Volkswirtschaftslehre: systemindifferenter Oberbegriff für Wirtschaftseinheiten, die mittels des Einsatzes von Produktionsfaktoren für Dritte Leistungen erstellen. Betriebe in Marktwirtschaften werden als Unternehmungen bezeichnet, wenn sie dem Autonomieprinzip, dem Prinzip des Privateigentums und dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip gehorchen. – Der Begriff Betrieb wird umgangssprachlich oft als Synonym für *Unternehmung* gebraucht. Mit Betrieb können auch nur Teilbereiche der Unternehmung bezeichnet werden.

III. Soziologie: 1. Betrieb als soziales Gebilde ist gekennzeichnet durch: (1) formal festgelegte betriebliche Arbeitsteilung, d.h. Zuordnung von Positionen, Stellen und Abteilungen (formale Organisation); (2) informelle Beziehungen zwischen den Betriebsmitgliedern, die unabhängig von der formalen Organisation und den Betriebszielen bestehen; (3) vertikale Ordnung der Entscheidungskompetenzen und Verantwortung; (4) Verhältnis der Über- und Unterordnung der Positionsinhaber, die aufgrund der vertikalen Ordnung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten entsteht (erste hierarchische Ordnung); (5) durch die gesellschaftlich determinierten Bewertungen der einzelnen Positionen (zweite hierarchische Ordnung im Sinn von höher und niedriger (Statusorganisation)). – 2. *Gegenstand der Betriebssoziologie*.

IV. Amtliche Statistik: 1. Unterschiedlich definierter Begriff: a) im *produzierenden Gewerbe*: örtlich getrennte Niederlassungen der Unternehmen, die sich von → Arbeitsstätten durch Einbeziehung von nahe gelegenen Verwaltungs-, Reparatur- und Hilfsabteilungen unterscheiden. – b) im *Baugewerbe*: örtliche Einheiten (i.d.R. nicht Baustellen) mit Schwerpunkt im Baubereich. – c) in der *Land- und Forstwirtschaft*: technisch-wirtschaftliche Einheit, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung untersteht und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt. – 2. *Erfassung*: Je nach der im Einzelfall anzutreffenden Kombination charakteristischer Merkmale können in der tabellarischen Aufbereitung technische Einheiten oder örtlich selbstständige Einzelbetriebe dargestellt werden: Vertikal als Haupt- und Nebenbetrieb oder horizontal als Haupt- und Zweigbetriebe einander zugeordnete Einheiten. Besonderheiten sind gemeindlich oder bezirklich nach dem Belegenheitsprinzip getrennt erfasste Betriebe, wenn sie als unvollständige Betriebe (nicht nach der organisatorischen Zusammengehörigkeit der Einheiten) dargestellt werden.

V. Recht: 1. *Allgemein*: Rechtsstellung verschieden, je nach Eigenart der betrieblichen Arbeit der einzelnen Wirtschaftszweige (z.B. Handel, Landwirtschaft und Bergbau). – *Gewerbebetrieb*: allg. Vorschriften über den Betrieb eines stehenden Gewerbes in der Gewerbeordnung (GewO) geregelt. Ausgenommen Bereiche in § 6 GewO geregelt. – *öffentlich-rechtliche Unternehmen*: öffentliche Unternehmen. – 2. *Arbeitsrecht*: Betrieb ist die organisatorische Einheit, innerhalb derer der Arbeitgeber mit seinen Arbeitnehmern durch Einsatz technischer und immaterieller Mittel bestimmte arbeitstechnische Zwecke fortgesetzt verfolgt, die sich nicht in der Befriedigung von Eigenbedarf erschöpfen (Fremdbedarfsdeckung). Durch die arbeitstechnische Zweckbestimmung der organisatorischen Einheit unterscheidet sich der Betrieb von dem weiter gefassten Begriff des Unternehmens; mehrere Unternehmen können jedoch einen gemeinsamen Betrieb bilden; ein Unternehmen kann aber auch mehrere Betriebe umfassen. Arbeitsrechtliche Vorschriften und Gesetze (Betriebsverfassung, Kündigungsschutz) beziehen sich vielfach auf den Betrieb und seine Größe (Kleinbetrieb). – 3. *Steuerrecht* (v.a. BewG): a) *Allgemeines*: Der Betriebsbegriff wird in vielfältiger Form verwendet. Teilweise steht und fällt die Anwendbarkeit von bestimmten (oft: günstigen) Sondervorschriften daran, dass die Voraussetzungen für das Vorliegen eines Betriebes oder einer bestimmten Sonderform von Betrieben erfüllt sind; werden sie (ggf. knapp) verfehlt, kommen u.U. ganz andere Bestimmungen auf den Sachverhalt zur Anwendung. Das macht die genaue Kenntnis der steuerlichen Betriebsbegriffe für die Praxis bes. wichtig, können geringfügige Fehlbeurteilungen doch erhebliche steuerliche Mehrbelastungen auslösen. – b) *Im Einzelnen sind v.a. zu unterscheiden*: (1) *Land- und forstwirtschaftlicher Betrieb*: die Bearbeitung und Nutzung von Grund und Boden zur Gewinnung organischer Erzeugnisse einschließlich ihrer unmittelbaren Verwertung, steuerliche Folge: teilweise günstige Gewinnberechnungsvorschriften. (2) *Gewerblicher Betrieb*: jede selbstständige, nachhaltige Betätigung, die mit Gewinnerzielungsabsicht unternommen wird und sich als Beteiligung am allg. wirtschaftlichen Verkehr darstellt, sofern die Betätigung nicht als Land- und Forstwirtschaft oder freier Beruf anzusehen ist und keine reine Vermögensverwaltung darstellt (§ 15 EStG). Steuerliche Folge: meist auch Gewerbesteuerpflicht. (3) *Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb*: gemäß § 14 AO der Oberbegriff für Betriebe, Gegensatz: Vermögensverwaltung. Steuerliche Folge: Betätigungen einer steuerfreien Körperschaft sind, soweit sie einen solchen Geschäftsbetrieb bilden, grundsätzlich von der Steuerfreiheit ausgenommen. (4) V.a. im Rahmen der Regelungen über Betriebsaufgabe und im Umwandlungssteuerrecht von Bedeutung ist der Begriff des → *Teilbetriebes*. (5) → Betriebe gewerblicher Art sind der einzige Bereich, mit dem juristische Personen des öffentlichen Rechts der → Körperschaftsteuer unterliegen (§ 1 I Nr.6 KStG), wenn sie nicht ohnehin in

bes. privatrechtliche Unternehmungsform gekleidet sind, wie z.B. Sparkassen (Die Eigenbetriebe der öffentlichen Hand in der Unternehmungsform einer Kapitalgesellschaft sind ohnehin unbeschränkt steuerpflichtig.). – c) *Umsatzsteuerlich* spricht man nicht vom „Betrieb“ des Unternehmers, sondern vom „Unternehmen“, in speziellen Zusammenhängen auch vom „Geschäftsbetrieb im Ganzen“ (§ 1a UStG); der unterschiedliche Sprachgebrauch hebt hervor, dass die Abgrenzung, wann ein solcher Organismus vorliegt und wann nicht, im Umsatzsteuerrecht (das auf europäisch einheitliche Vorgaben zurückgreift) und im Ertragsteuerrecht (das weitgehend national autonom geprägt ist) unterschiedlich sein kann.

Betrieb gewerblicher Art – steuerrechtlicher Begriff für Einrichtungen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen oder anderen wirtschaftlichen Vorteilen außerhalb der → Land- und Forstwirtschaft dienen und die sich innerhalb der Gesamttätigkeit der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. Nicht erforderlich ist Gewinnerzielungsabsicht und Beteiligung am allg. wirtschaftlichen Verkehr. – *Kein* Betrieb gewerblicher Art ist ein → Hoheitsbetrieb. – Einzelheiten: § 4 KStG, Körperschaftsteuer-Richtlinien zu § 4 KStG.

Betriebsabwicklung → Abwicklung.

Betriebsanalyse – zu einem bestimmten Zeitpunkt vorgenommene Analyse des Betriebes oder seiner Teilbereiche mit den einzelnen Funktionen auf Zustand und Zweckmäßigkeit in Ausstattung, Besetzung, Arbeitsablauf, Kostenstruktur, Wirtschaftlichkeit, Kapazität, Leistungserfolg und Konkurrenzfähigkeit sowie auf organisatorische Tatbestände (Gemeinkostenwertanalyse, Wertanalyse, Organisationsmethodik). Die Betriebsanalyse ist zusammen mit der Produktanalyse potenzieller Ausgangspunkt für die Arbeitsvorbereitung, das Organisationsmanagement sowie das Marketing. – Vgl. auch Betriebsvergleich.

Betriebsaufgabe – 1. *Begriff*: Form der Beendigung eines land- und forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebs oder der selbstständigen Tätigkeit. Eine Betriebsaufgabe ist anzunehmen, wenn (1) aufgrund eines Entschlusses des Steuerpflichtigen, den Betrieb aufzugeben, (2) die Tätigkeit endgültig eingestellt wird (sonst Betriebsunterbrechung), (3) die wesentlichen Betriebsgrundlagen (4) in einem einheitlichen Vorgang (d.h. innerhalb eines kurzen Zeitraums; sonst: → Abwicklung) (5) entweder an verschiedene Abnehmer verkauft oder ins → Privatvermögen überführt oder teilweise veräußert werden und (6) dadurch der Betrieb als selbstständiger Organismus des Wirtschaftslebens zu bestehen aufhört. – *Gegensatz*: Betriebsveräußerung, Betriebsverlagerung. – 2. *Besonderheiten* bei Aufgabe der selbstständigen Tätigkeit (R 18.3 III EStR). – 3. *Steuerliche*

Behandlung: a) *Einkommensteuerlich* gilt Betriebsaufgabe als Betriebsveräußerung (§§ 14, 14a III, 16 III, 18 III EStG). Durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 gilt der Betrieb so lange als fortgeführt, bis der Steuerpflichtige die Aufgabe erklärt hat. Der im Zuge der Betriebsaufgabe erzielte Gewinn (§§ 16 und 18 III EStG i.V. mit § 34 EStG, § 52 XLVII EStG) unterliegt als → außerordentliche Einkünfte der Einkommensteuer ggf. unter Gewährung eines → Freibetrags und Anwendung eines ermäßigten Steuersatzes (→ Veräußerungsgewinn). Sowohl der Freibetrag als auch der ermäßigte Steuersatz werden jeweils nur einmal im Leben gewährt, daher ist für die Gewährung jeweils ein entsprechender Antrag erforderlich (§§ 16 IV, 34 III EStG). Zur Ermittlung des Aufgabegewinns sind veräußerte Wirtschaftsgüter mit erzielten Veräußerungspreisen, nicht veräußerte mit dem → gemeinen Wert im Zeitpunkt der Betriebsaufgabe anzusetzen und dem Buchwert des → Betriebsvermögens im Zeitpunkt der Betriebsaufgabe gegenüberzustellen. – b) Der im Zuge der Betriebsaufgabe erzielte Gewinn unterliegt bei natürlichen Personen nicht der → Gewerbesteuer, weil die Gewerbesteuer bei natürlichen Personen auf den Gewinn nur aus einem „stehenden“ (= aktiven) Gewerbebetrieb erhoben wird, dies aber auf den Aufgabegewinn nicht zutrifft. Dagegen wird bei den meisten juristischen Personen der Gewinn schon aufgrund der Rechtsform als gewerblich angesehen (§ 2 III GewStG, insbesondere bei AG und GmbH), was zur Folge hat, dass auch der Gewinn aus der Aufgabe des Betriebes ebenfalls noch automatisch als gewerblich i.S.d. Gewerbesteuergesetzes gilt und daher steuerpflichtig wird. Entsprechend diesen Grundsätzen ist bei einer Personengesellschaft der Aufgabegewinn gewerbesteuerfrei nur, soweit er auf einen Gesellschafter entfällt, der eine natürliche Person ist. – c) Die im Rahmen der Betriebsaufgabe getätigten Verkäufe unterliegen als Lieferung oder sonstige Leistungen, die Überführungen von Wirtschaftsgütern in das Privatvermögen als der Lieferung gegen Entgelt gleichgestellte Entnahme (→ unentgeltliche Wertabgaben) der → Umsatzsteuer. Die Befreiungen in § 4 UStG sind zu beachten. Nicht der Umsatzsteuer unterliegt jedoch die Veräußerung eines in der Gliederung des Unternehmens gesondert geführten Betriebs, wenn sie an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen erfolgt (§ 1a UStG, → Geschäftsveräußerung im Ganzen).

Betriebsaufspaltung – *Betriebsspaltung, Betriebsteilung* (Doppelgesellschaft). 1. *Begriff*: Trennung eines → Gewerbebetriebs in zwei rechtlich getrennte Unternehmungen. – 2. *Zweck*: z.B. außersteuerliche Gründe (z.B. Haftungsbeschränkung für die das Risiko tragende Betriebsgesellschaft, Nachfolgeregelung). Minderung der Gewerbeertragsteuerbelastung gegenüber einer Personengesellschaft durch Abschluss schuldrechtlicher Verträge zwischen der Kapitalgesellschaft und ihren Gesellschaftern (Geschäftsführungs-, Beratungs- und

Darlehensverträge). – 3. *Formen*: a) Aufteilung in *Besitz- und Betriebsgesellschaft*, wobei letztere i.d.R. eine Kapitalgesellschaft und erstere eine Personenunternehmung ist. – b) Aufteilung in *Produktions- und Vertriebsgesellschaft*. – c) *Echte Betriebsaufspaltung*: Aufteilung eines bisher einheitlichen Unternehmens auf zwei rechtlich selbstständige Unternehmungen. – d) *Unechte Betriebsaufspaltung*: Zwei rechtlich selbstständige Unternehmungen werden durch sachliche und personelle Verflechtung verbunden. – e) *Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung*: Besitz- und Betriebsgesellschaft sind Personengesellschaften. – 4. *Voraussetzungen*: a) *Sachliche Verflechtung*: Der Betriebsgesellschaft muss durch das Besitzunternehmen mind. eine wesentliche Betriebsgrundlage zur Nutzung überlassen werden. – b) *Personelle Verflechtung*: Die hinter beiden Unternehmungen stehenden Personen müssen einen einheitlichen geschäftlichen Betätigungswillen haben. Dieser ist gegeben, wenn die Person/Personen, die das Besitzunternehmen tatsächlich beherrschen, in der Lage sind, auch in der Betriebsgesellschaft ihren Willen durchzusetzen. – 5. *Rechtsfolgen*: a) Die Begründung der Betriebsaufspaltung erfolgt Gewinn neutral. – b) Die ihrer Art nach vermögensverwaltende (→ Vermögensverwaltung) und damit an sich nicht gewerbliche Tätigkeit der Besitzunternehmung wird als → Gewerbebetrieb qualifiziert. – c) Die Anteile an der Betriebskapitalgesellschaft sind notwendiges → Betriebsvermögen bzw. → Sonderbetriebsvermögen. – d) Veränderungen in den Voraussetzungen durch bestimmte Handlungen oder Geschehnisse (z.B. Erbfall) können zum Fortfall der Betriebsaufspaltung führen. Dieser ist als → Betriebsaufgabe, mit der Folge der Gewinnrealisierung, zu beurteilen, es sei denn, es finden anschließend die Grundsätze der Betriebsverpachtung (→ Pacht) Anwendung. – 6. Dem zwischen beiden Gesellschaften geschlossenen Pachtvertrag kann die *steuerliche Anerkennung* nur versagt werden, wenn einzelne Teile der Vereinbarung so ungewöhnlich sind, dass an der Ernsthaftigkeit der Betriebsüberlassung aufgrund des Pachtvertrages Zweifel bestehen. – Vgl. auch Spaltung von Kapitalgesellschaften.

Betriebsausgabe – 1. Einkommensteuerrechtlicher Begriff für Aufwendungen, die durch den Betrieb des Steuerpflichtigen veranlasst sind (§ 4 IV EStG). Keine Betriebsausgaben sind: Aufwendungen zur Förderung staatspolitischer Zwecke (§ 4 VI EStG), Aufwendungen für die Wege zwischen Wohnung und Betriebsstätte und für Familienheimfahrten (§ 5a EStG), Aufwendungen für die Gewerbesteuer und die darauf entfallenden Nebenleistungen (§ 5b EStG). Bei Schuldzinsen wird durch das Gesetz näher geregelt, welche als betrieblich anzuerkennen sind (§ 4 IVa EStG; Schuldzinsenabzug). – 2. Betriebsausgaben mindern bei der Gewinnermittlung den Gewinn, es sei denn, es handelt sich um nichtabzugsfähige Betriebsausgaben. – 3. *Nichtabzugsfähige Betriebsausgaben* (§ 4 V EStG) sind: (1) Aufwendungen für

Geschenke an Personen, die nicht Arbeitnehmer des Steuerpflichtigen sind, es sei denn, dass die Anschaffungskosten/Herstellungskosten der dem Empfänger im Wirtschaftsjahr zugewendeten Gegenstände insgesamt 35 Euro (ab Veranlagungszeitraum 2004) nicht übersteigen; (2) Aufwendungen für die Bewirtung von Personen aus geschäftlichem Anlass, soweit sie 70 Prozent der Aufwendungen übersteigen, die nach der allg. Verkehrsauffassung als angemessen anzusehen sind und deren Höhe und betriebliche Veranlassung nachgewiesen sind (→ Geschäftsfreundebewirtung); (3) Aufwendungen für Gastehäuser, die sich außerhalb des Ortes eines Betriebs des Steuerpflichtigen befinden; (4) Aufwendungen für Jagd, Fischerei, Segel- oder Motorjachten sowie für ähnliche Zwecke und für die damit zusammenhängenden Bewirtungen; (5) → Mehraufwendungen für Verpflegung, soweit sie die festgelegten Pauschbeträge übersteigen; (6) Aufwendung für ein häusliches Arbeitszimmer und dessen Ausstattung; keine Beschränkung besteht, wenn das Arbeitszimmer Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit ist; (7) andere als die in (1) bis (6) aufgeführten Aufwendungen, die die Lebensführung des Steuerpflichtigen oder anderer Personen berühren, soweit sie nach allg. Verkehrsauffassung als unangemessen anzusehen sind; (8) von einem Gericht oder einer Behörde oder von Organen der EU festgesetzte Geldbußen, Ordnungs- und Verwarnungsgelder; (9) Zinsen auf hinterzogene Steuern; (10) Ausgleichszahlungen, die bei Bestehen einer Körperschaftsteuerlichen → Organschaft an außen stehende Anteilseigner geleistet werden; (11) Zuwendung von Vorteilen, wenn dies eine rechtswidrige Handlung darstellt, die nach Gesetz mit einer Geldbuße geahndet wird; (12) seit dem Veranlagungszeitraum 2007 auch Zuschläge nach § 162 IV AO; (13) seit dem Veranlagungszeitraum 2008 stellt die Gewerbesteuer und die darauf entfallenden Nebenleistungen keine Betriebsausgaben mehr dar. – 4. *Pauschbeträge für Betriebsausgaben*: Sie sind für bestimmte Berufsgruppen oder Aufwendungsarten möglich (→ Pauschbeträge). – *Gegensatz*: → Betriebseinnahmen.

Betriebsausgabenpauschale – 1. *Begriff*: bei der Körperschaftsteuer ein Pauschalbetrag in Höhe von 5 Prozent der in einem Jahr von einer Körperschaft bezogenen → Dividenden (§ 8b II KStG) zzgl. 5 Prozent der in einem Jahr realisierten Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer anderen Körperschaft (§ 8b III KStG). – 2. *Steuerliche Behandlung*: Bei der Gewinnermittlung der Körperschaft werden in Höhe der fünfprozentigen Betriebsausgabenpauschale nichtabziehbare Betriebsausgaben unterstellt. – 3. *Hintergründe*: a) *Zweck der Regelung*: Nach allg. Prinzipien sind bei der Einkommensbesteuerung Ausgaben häufig nicht abzugsfähig, wenn die zugehörigen Einnahmen steuerfrei sind (vgl. § 3c EStG). Nach diesem Prinzip müssten Ausgaben einer Körperschaft, die in Zusammenhang mit dem Bezug von

Dividenden aus anderen Körperschaften stehen, eigentlich vom Abzug bei der Gewinnermittlung ausgeschlossen sein, z.B. Verwaltungskosten in Zusammenhang mit der Verwaltung der Beteiligung an den Tochtergesellschaften oder Zinskosten für die Fremdfinanzierung einer Beteiligung, anteilige Managementkosten der Obergesellschaft etc. Da die exakte Berechnung dieser Kosten jedoch aufwendig wäre, trägt das Körperschaftsteuergesetz den Zusammenhängen dadurch Rechnung, dass der Nichtabziehbarkeit dieser Kosten jedes Jahr, unabhängig von der wirklichen Höhe, durch einen Pauschalbetrag – eben durch die Betriebsausgabenpauschale – Rechnung getragen wird und im Gegenzug die wirklich angefallenen Kosten regulär abzugsfähige Kosten bleiben (§ 8b V Satz 2 KStG). – b) *Gründe für die Art der Berechnung*: Dadurch, dass sich die Pauschale sowohl auf laufende Dividenden bezieht (§ 8b II KStG) als auch auf Veräußerungsgewinne (§ 8b III KStG), wird verhindert, dass sich die Pauschalierung durch Thesaurierung der Gewinne in der Tochtergesellschaft umgehen lässt. Bei dem heutigen System der Betriebsausgabenpauschale wird nämlich für einen in der Tochter entstandenen Gewinn die fünfprozentige Pauschale in jedem Fall fällig; bei Ausschüttung sofort, bei Thesaurierung spätestens bei der Veräußerung der Anteile (weil durch eine Thesaurierung der Wert der Anteile entsprechend steigt und dadurch auch die spätere 5 Prozentpauschale auf den Veräußerungsgewinn entsprechend erhöht wird).

Betriebseinnahmen – einkommensteuerrechtlicher Begriff. Betriebseinnahmen sind alle Zugänge in Geld oder Geldeswert, die durch den Betrieb veranlasst sind. – Keine Betriebseinnahmen sind → Einlagen. – *Gegensatz*: → Betriebsausgaben.

Betriebseröffnung – *Geschäftseröffnung*. 1. *Allgemein*: Gewerbeanmeldung. – 2. *Steuerrecht*: Die Betriebseröffnung muss dem Finanzamt bzw. der Gemeinde, in dessen Bezirk die Betriebseröffnung erfolgt, nach amtlichen Vordruck angezeigt werden (§ 138 I AO). – Begründung von → Betriebsvermögen: Bewertung in der Eröffnungsbilanz nach § 6 I Nr. 6 EStG.

Betriebsfinanzamt → Finanzamt, in dessen Bezirk sich bei einem inländischen gewerblichen Betrieb die Geschäftsleitung befindet oder bei ausländischen gewerblichen Betrieben eine Betriebsstätte (bei mehreren Betriebsstätten die wirtschaftlich bedeutendste) unterhalten wird (§ 18 I 2 AO). Das Betriebsfinanzamt ist insbesondere *örtlich zuständig* für die gesonderten Feststellungen.

Betriebsgebäude – alle Baulichkeiten, die ihrer Anlage nach für Betriebszwecke erbaut wurden, wie z.B. Fabrikhallen, Werkstätten, Lagerschuppen und Verwaltungsgebäude. – *Steuerliche Behandlung*: Betriebsgebäude gehören steuerlich bei Nutzung für den eigenen Betrieb zum → Betriebsvermögen. Eigenbetrieblich genutzte Gebäudeteile, deren Wert im Verhältnis

zum ganzen Gebäude von untergeordneter Bedeutung ist, sind nicht → notwendiges Betriebsvermögen. Aufwendungen und → Absetzungen für Abnutzung (AfA) für Betriebsgebäude sind steuerlich → Betriebsausgaben. – Vgl. auch → Betriebsgrundstück, → Betriebsvorrichtungen.

Betriebsgesellschaft → Betriebsaufspaltung.

betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer – 1. *Allgemein*: Zeitraum, in dem ein → Wirtschaftsgut voraussichtlich seiner Zweckbestimmung nach benutzt werden kann; bei gebraucht angeschafften Wirtschaftsgütern die voraussichtliche Restnutzungsdauer. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer ist unter Berücksichtigung der bes. Verhältnisse zu schätzen. Dabei ist die subjektive Ansicht der Bilanzierenden zu berücksichtigen, soweit sie nicht der allg. Erfahrung widerspricht. – 2. In der Kostenrechnung bestimmt die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer direkt den Abschreibungszeitraum. – 3. *Anders*: Technische Nutzungsdauer (Zeitraum bis zum körperlichen Verschleiß), wirtschaftliche Nutzungsdauer (Zeitraum der rentablen Nutzung) und rechtliche Nutzungsdauer (Zeitraum, in dem das Wirtschaftsgut genutzt werden darf). – Vgl. auch → Absetzung für Abnutzung (AfA), → AfA-Tabellen.

Betriebsgrößenklassifikation – Einteilung der steuerlichen Betriebe für die → Außenprüfung. – 1. *Rechtsgrundlage*: BMF-Schreiben vom 22.6.2012 IV A 4 – S 1450/09/10001; DOK 2012/0493846 (BStBl. I 689) gemäß § 3 BpO 2000. – 2. *Änderungen der Abgrenzungsmerkmale*: Mit Wirkung vom 1.1.2013 wurden die Abgrenzungsmerkmale aktualisiert. Es sind z.B. für die Einstufung als Kleinbetrieb 170.000 Euro statt bisher 160.000 Euro Umsatz erforderlich bzw. 36.000 Euro statt bisher 34.000 Euro Gewinn. Zu beachten ist die Einstufung als sog. Einkommensmilliönär. Wird von dieser Personengruppe eine Summe von positiven Überschusseinkünften von über 500.000 Euro erwirtschaftet, werden diese als Großbetriebe eingestuft. Liegt das Jahresgehalt darunter, entscheidet die Finanzverwaltung über den Anlass einer Prüfung nach eigenem Ermessen, wenn ein Aufklärungsbedürfnis besteht. Konkrete Anhaltspunkte sind hierzu nicht erforderlich. Ausreichend ist die Vermutung, die eingereichte Steuererklärung sei nicht vollständig. Gleiches gilt, wenn die Steuerklärung einen Verweis auf eine umfangreiche Belegsammlung enthält. – 3. *Bedeutung*: Die Zuordnung entscheidet u.a. über den zeitlichen Umfang der Außenprüfung. Großbetriebe werden zeitlich (fast) lückenlos, d.h. zu 80 bis 90 Prozent, geprüft, d.h. ein Prüfungszeitraum schließt an den vorangehenden an. Für die übrigen Betriebe soll der Prüfungszeitraum i.d.R. nicht über drei Besteuerungszeiträume zurückreichen (§§ 3, 4 BpO 2000).

Betriebsgrundstück – Grundsätzlich stellt ein Betriebsgrundstück zwei Wirtschaftsgüter dar: → Grund und Boden und Gebäude

(→ Gebäudewert). Bebauter Grund und Boden teilt grundsätzlich das Schicksal des Gebäudes als → Betriebsvermögen oder → Privatvermögen: Grundstücke oder Grundstücksteile, die ausschließlich und unmittelbar für eigenbetriebliche Zwecke verwendet werden, gehören zum → notwendigen Betriebsvermögen. Sind noch andere Personen Miteigentümer, so sind Grundstücke und Grundstücksteile nur insoweit notwendiges Betriebsvermögen, als sie dem Betriebsinhaber gehören. Eigenbetrieblich genutzte Grundstücksteile brauchen nicht als → Betriebsvermögen behandelt zu werden, wenn ihr Wert im Verhältnis zum Wert des ganzen Grundstücks von untergeordneter Bedeutung ist (weder mehr als 1/5 des Wertes noch mehr als 20.500 Euro) (R 4.2 VIII EStR). Bei Gewinnermittlung durch → Betriebsvermögensvergleich können Grundstücke und Grundstücksteile, die nicht eigenbetrieblich genutzt werden und nicht eigenen Wohnzwecken dienen, als → gewillkürtes Betriebsvermögen behandelt werden, wenn

sie in einem objektiven Zusammenhang mit dem Betrieb stehen und ihn zu fördern bestimmt und geeignet sind.

Bewertungsgesetz: 1. *Begriff:* der zu einem gewerblichen Betrieb gehörende → Grundbesitz, soweit er, losgelöst von seiner Zugehörigkeit zu dem gewerblichen Betrieb, (1) zum Grundvermögen gehört oder (2) einen Betrieb der Land- und Forstwirtschaft bilden würde (§ 99 BewG), (nicht zu verwechseln mit → Geschäftsgrundstücken). Betriebsgrundstücke sind bei der Bewertung des → Betriebsvermögens zu erfassen (→ Einheitswert). – 2. *Zuordnung zum Betriebsvermögen:* Die Zuordnung von Grundstücken zum Betriebsvermögen folgt nach Einführung der → verlängerten Maßgeblichkeit der ertragsteuerlichen Behandlung (§ 95 I BewG). – 3. *Bewertung:* Betriebsgrundstücke werden unter Beachtung gewisser Sonderermittlungsvorschriften und grundsätzlich unter Beachtung der tatsächlichen Verhältnisse zum Besteuerungszeitpunkt bewertet. Bis zum 31.12.2006

Abgrenzungsmerkmale für den 21. Prüfungsturnus (Merkmale für den Stichtag 1.1.2013)

| Betriebsart ¹⁾ | Bemessungsgrundlage (€) | Größenklassen | | |
|---|--|----------------------------------|---------------------------------|--------------------------------|
| | Betriebsmerkmale | Großbetriebe (G) | Mittelbetriebe (M) | Kleinbetriebe (K) |
| Handelsbetriebe (H) | Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn | über 7.300.000 über 280.000 | über 900.000 über 56.000 | über 170.000 über 36.000 |
| Fertigungsbetriebe (F) | Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn | über 4.300.000 über 250.000 | über 510.000 über 56.000 | über 170.000 über 36.000 |
| Freie Berufe (FB) | Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn | über 4.700.000 über 580.000 | über 830.000 über 130.000 | über 170.000 über 36.000 |
| Andere Leistungsbetriebe (AL) | Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn | über 5.600.000 über 330.000 | über 760.000 über 63.000 | über 170.000 über 36.000 |
| Kreditinstitute (K) | Aktivvermögen oder steuerlicher Gewinn | über 140.000.000 über 560.000 | über 35.000.000 über 190.000 | über 11.000.000 über 46.000 |
| Versicherungsunternehmen, Pensionskassen (V) | Jahresprämieinnahmen | über 30.000.000 | über 5.000.000 | über 1.800.000 |
| Unterstützungskassen (U) | | – | – | alle |
| Land- und forstwirtschaftliche Betriebe (LuF) | Wirtschaftswert der selbstbewirtschafteten Fläche oder steuerlicher Gewinn | über 230.000 über 125.000 | über 105.000 über 65.000 | über 105.000 über 65.000 |
| sonstige Fallart (soweit nicht unter den Betriebsarten erfasst) | Erfassungsmerkmale | Erfassung als Großbetrieb | | |
| Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG) | Personenzusammenschlüsse und Gesamtobjekte i.S.d. Nrn. 1.2 und 1.3 des BMF-Schreibens vom 13.7.1992 IV A 5 - S 0361 - 19/92 (BStBl. I 404) | alle | | |
| Bedeutende steuerbegünstigte Körperschaften und Berufsverbände (BKÖ) | Summe der Einnahmen | über 6.000.000 | | |
| Fälle mit bedeutenden Einkünften (bE) | Summe der positiven Einkünfte gem. § 2 I Nrn. 4-7 EStG (keine Saldierung mit negativen Einkünften) | über 500.000 | | |

¹⁾ Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe, die zugleich die Voraussetzungen für die Behandlung als sonstige Fallart erfüllen, sind nur dort zu erfassen.

bestand ein sog. Einheitswert, der auf den Wertverhältnissen von 1964 beruht. Die Anwendung der Einheitswerte ist wegen der Ungleichbehandlung gegenüber anderen Vermögensarten als verfassungswidrig eingestuft worden. Für die Grundsteuer können die Einheitswerte jedoch weiterhin angewendet werden. Im Einheitswert des Betriebsvermögens sind Betriebsgrundstücke aber mit 140 Prozent ihres festgestellten Einheitswertes anzusetzen (§121a BewG).

Betriebskindergarten – Stellt ein Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern unentgeltlich einen Betriebskindergarten zur Verfügung, so liegt darin ein geldwerter Vorteil für den Arbeitnehmer, der zum Arbeitslohn hinzugezählt werden müsste. Jedoch ist die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung von nicht schulpflichtigen Kindern in Betriebskindergärten oder ähnlichen Einrichtungen durch gesetzliche Sonderregelung steuerfrei (§ 3 Nr. 33 EStG).

Betriebsmittel – Unterschieden werden bei der Einheitsbewertung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe nach § 33 BewG: (1) Stehende Betriebsmittel: Anlagegegenstände; (2) umlaufende Betriebsmittel: Verbrauchsgüter. Sämtliche Betriebsmittel sind im Normalfall mit der Ermittlung des Ertragswerts nach dem vergleichenden Verfahren (→ land- und forstwirtschaftliches Vermögen, → Wirtschaftswert) abgegolten.

Betriebsprüfung → Außenprüfung.

Betriebsrente – betriebliche Altersversorgung (bAV) in Form einer Alters-, Invaliden- oder Hinterbliebenenrente.

Betriebsschulden – Begriff des Bewertungsgesetzes: Geldschulden und Lasten, die eine geldwerte Verpflichtung auf Sachleistungen darstellen, auch in Form von → Rückstellungen. – Betriebsschulden sind bereits bei *Ermittlung des Einheitswerts* des gewerblichen Betriebs vom Rohvermögen abzugsfähig, wenn sie in der → Steuerbilanz ausgewiesen werden (§ 103 I BewG). – *Gegensatz*: Privatschulden (→ Schulden); diese dürfen erst bei der Ermittlung des → Gesamtvermögens abgezogen werden (§ 10 ErbStG). – Zur *Bewertung der Betriebsschulden* vgl. §§ 10, 12 BewG.

Betriebsspaltung → Betriebsaufspaltung.

Betriebsstätte – I. Allgemeines: Eine Betriebsstätte ist eine feste Geschäftseinrichtung oder Anlage, die dem Betrieb eines Unternehmens dient. Der Begriff findet sich sowohl in nationalen dt. Steuergesetzen als auch in den Doppelbesteuerungsabkommen. Was im Einzelnen gemeint ist, bestimmt sich bei nationalen dt. Gesetzen einheitlich nach einer Definition in der AO (§ 12 AO), bei den Texten der Doppelbesteuerungsabkommen dagegen nach den im Abkommen selbst vereinbarten Definitionen (Art. 5 OECD-MA und die ihm folgenden Abgrenzungen in den konkreten Doppelbesteuerungsabkommen Deutschlands mit anderen Ländern).

II. Nationales deutsches Recht: 1. *Begriff*: Jede feste Geschäftseinrichtung oder Anlage, die der Tätigkeit eines Unternehmens dient (§ 12 Satz 1 AO). Als Betriebsstätten gelten bes. (§ 12 Satz 2 AO): (1) Stätten, an denen sich die Geschäftsleitung befindet; (2) Zweigniederlassungen, Fabrikationsstätten, Warenlager, Ein- und Verkaufsstellen, Bergwerke, Steinbrüche, Bauausführungen oder Montagen, Landungsbrücken, Kontore und sonstige Geschäftseinrichtungen, die dem Unternehmer oder Mitunternehmer oder seinem ständigen Vertreter (z.B. einem Prokuristen) zur Ausübung des Gewerbes dienen. – 2. *Gewerbesteuerliche Bedeutung*: a) *Steuerpflicht*: Betriebsstätten im Inland unterliegen der → Gewerbesteuer. Bauausführungen und Montagen begründen auch gewerbesteuerrechtlich eine Betriebsstätte, wenn sie in einer Gemeinde länger als sechs Monate bestehen; entsprechend auch bei Straßen- und Kanalbauten sowie bergbaulichen Arbeiten. Die Sechsmonatsfrist kann den Erhebungszeitraum überschreiten. – b) *Zerlegung*: Der Gewerbesteuermessbetrag eines Unternehmens, das in Deutschland mehrere Betriebsstätten besitzt, wird durch Zerlegung auf die Gemeinden, in denen sich diese Betriebsstätten befinden, verteilt, Maßstab ist in den allermeisten Fällen das Verhältnis der Arbeitslöhne (§§ 28, 29 GewStG, Ausnahme für Betriebe mit Windkraftanlagen). – Vgl. auch → mehrgemeindliche Betriebsstätte, → ausländische Betriebsstätte. – 3. *Lohnsteuerliche Bedeutung*: Jeder Arbeitgeber, der im Inland eine Betriebsstätte unterhält, ist inländischer Arbeitgeber (§ 38 EStG) und unterliegt den Arbeitgeberpflichten im Lohnsteuerverfahren. Für das Lohnsteuerverfahren gilt ein eigener, weiter als § 12 AO gehender Betriebsstättenbegriff (§ 41 II EStG). Danach ist Betriebsstätte der Betrieb oder Teil des Betriebes, in dem der für die Durchführung des Lohnsteuerabzugs maßgebliche Arbeitslohn ermittelt wird. – 4. *Einkommensteuerliche Bedeutung im Rahmen der unbeschränkten Steuerpflicht*: Gewinne aus ausländischen Betriebsstätten eines gewerblichen Unternehmens sind als (hinreichend) → ausländische Einkünfte anerkannt, um zur Anrechnung ausländischer Steuern auf die inländische Steuerschuld zu berechtigen, auch wenn kein Doppelbesteuerungsabkommen existiert (§ 34c EStG, Anrechnungsmethode). Verluste aus einer Betriebsstätte eines gewerblichen Unternehmens, die in einem ausländischen Staat außerhalb der EU und des EWR unterhalten wird, sind unter bestimmten Bedingungen nicht mit dem Rest des Welteinkommens ausgleichbar und können dann auf zukünftige Gewinne aus demselben Staat vorgetragen werden (§ 2a EStG; → Auslandsverluste). Durch das Jahressteuergesetz 2009 gilt das Verlustverrechnungsverbot des § 2a EStG nur noch für Drittstaaten. Außerdem ist der positive und negative Progressionsvorbehalt nicht mehr bei bestimmten Einkünften aus Vermietung und Verpachtung aus EU- und EWR-Ländern anzuwenden, das kann sich in Ausnahmefällen auch einmal auf Einkünfte aus ausländischen Betriebsstätten

beziehen. Die Möglichkeit, nach früherem ESt-Recht einmal steuermindernd im Inland abgezogene Betriebsstättenverluste bei zwischenzeitlich (insgesamt) positiven Einkünften wieder hinzurechnen (§ 2a IV EStG), ist über den Veranlagungszeitraum 2008 hinaus verlängert worden; diese Regelung kann jedoch nur noch eine begrenzte Anzahl von Fällen (Altfälle) betreffen, die früher einmal den seinerzeitigen § 2a III EStG für sich nutzen konnten. – 5. *Einkommensteuerliche Bedeutung im Rahmen der beschränkten Steuerpflicht*: Gewinne, die ein ausländisches gewerbliches Unternehmen durch Geschäfte mit dt. Kunden oder anderweitig im Inland macht, werden i.d.R. der beschränkten Steuerpflicht nur dann unterworfen, wenn dieses Unternehmen diese Geschäfte durch eine inländische Betriebsstätte macht (§ 49 I Nr. 2 a EStG).

III. Internationales Steuerrecht: Einkünfte aus gewerblichen Betrieben sind nach dem Doppelbesteuerungsabkommen i.d.R. nur dann im Quellenstaat zu versteuern, wenn dort eine Betriebsstätte besteht, aus der diese Einkünfte stammen (→ Betriebsstättenprinzip). Der Begriff der Betriebsstätte wird in diesem Zusammenhang meist enger definiert als im nationalen Recht.

Betriebsstättenfinanzamt – Finanzamt, in dessen Bezirk sich die → Betriebsstätte befindet.

Betriebsstättenprinzip – 1. *Begriff*: Der Grundsatz, dass Gewinne eines international Unternehmens aus Tätigkeiten, die mit einer Betriebsstätte in einem bestimmten Land zu tun haben, in dem Land dieser Betriebsstätte zu versteuern sind. Der Grundsatz betrifft nur die → direkten Steuern. Das Betriebsstättenprinzip impliziert zwei wesentliche Punkte: (1) dass ein Staat die Gewinne, die ein ausländisches Unternehmen in dem Gebiet dieses Staates erwirtschaftet, normalerweise *nur* besteuert, wenn das Unternehmen hier eine Betriebsstätte unterhält; (2) dass ein Staat, wenn ein ausländisches Unternehmen eine Betriebsstätte in seinem Gebiet Land unterhält, für die Gewinne aus dieser Betriebsstätte aber auch regelmäßig einen Steueranspruch erheben wird. – 2. *Rechtsgrundlagen und Hintergründe*: Da die Staaten bei ihrer Steuergesetzgebung im Grundsatz souverän sind, ist kein Staat rechtlich zwingend an das Betriebsstättenprinzip gebunden. Es hat sich jedoch als zweckmäßig herausgestellt, da es den Sachzwängen im internationalen Wirtschaftsverkehr optimal Rechnung trägt: a) Es wäre unpraktisch, von ausländischen Unternehmen zu verlangen, für den Gewinn aus einzelnen geschäftlichen Aktivitäten im Verkehr mit dem Inland die Erfüllung ertragsteuerlicher Verpflichtungen zu verlangen (z.B. für die Lieferung einzelner Waren vom Ausland aus ins Inland die Ermittlung eines steuerlichen Gewinns zu verlangen). – b) Andererseits kann sich aus wirtschaftspolitischen Gründen kein Staat leisten, feste Niederlassungen ausländischer Unternehmen in seinem Gebiet, die vor Ort in direkter Konkurrenz zu seinen heimatischen Unternehmen stehen,

unbesteuert zu lassen, da die Unternehmen in ausländischer Hand sonst möglicherweise gravierende Wettbewerbsvorteile haben könnten. Das Betriebsstättenprinzip ist der gebotene Kompromiss zwischen diesen beiden Sachzwängen. Daher wird das Betriebsstättenprinzip auch regelmäßig in den → Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) als Grundsatz für die Behandlung der Unternehmensgewinne vereinbart (vgl. Art. 7 → OECD-Musterabkommen → zur Vermeidung der Doppelbesteuerung). – 3. *Einzelheiten*: a) *Umfang des Steueranspruchs*: Der Steueranspruch des Landes, in dem eine Betriebsstätte liegt, erstreckt sich regelmäßig nur auf die Gewinne, die mit der Tätigkeit dieser Betriebsstätte zu tun haben; liefert also z.B. zusätzlich auch das Stammhaus des Unternehmens vom Ausland aus Waren oder Dienstleistungen in das betreffende Land, so werden die Gewinne hieraus nach dem Betriebsstättenprinzip nicht im Land der Betriebsstätte besteuert, weil sie nichts mit der örtlichen Betriebsstätte zu tun haben. – b) *Relevanter Betriebsstättenbegriff*: Was als → Betriebsstätte gilt, kann jedes Land in seiner eigenen Gesetzgebung typischerweise selbst festlegen (in Deutschland: § 12 AO). Lediglich in internationalen Verträgen, in denen es auf eine einheitliche Sichtweise zweier Vertragspartner ankommt (Doppelbesteuerungsabkommen), müssen sich die betroffenen Vertragspartner für die Anwendung des betreffenden Vertrages dann auf eine gemeinsame Sichtweise verständigen (vgl. Art. 5 OECD-MA); diese gilt dann aber auch nur für die Lektüre des jeweiligen Abkommenstextes. In der Praxis vertreten die meisten Länder jedoch einen weitgehend ähnlichen Betriebsstättenbegriff. – c) *Ausnahmen*: Wo es wirtschaftlich nötig erscheint, machen sowohl die einzelnen Staaten als auch die Doppelbesteuerungsabkommen Ausnahmen vom Betriebsstättenprinzip. So werden bspw. im dt. EStG auch einzelne Auftritte ausländischer Künstler und die zugehörigen Gewinne der Veranstalter der Steuer unterworfen, obwohl bei einem solchen Auftritt gerade keine Betriebsstätte im Inland existiert.

Betriebsstättensteuersatz – bis 1998 geltender bes. Steuersatz bei der → Körperschaftsteuer für alle Körperschaften, die nicht in das → körperschaftsteuerliche Anrechnungsverfahren einbezogen waren. Galt in der Praxis v.a. für Betriebsstätten ausländischer Kapitalgesellschaften und wurde daher inoffiziell als Betriebsstättensteuersatz bezeichnet. Grundidee des Betriebsstättensteuersatzes war ursprünglich, für Gewinne solcher Körperschaften eine Belastungssituation herzustellen, wie sie sich ergeben hätte, wenn eine anrechnungsberechtigte Körperschaft 50 Prozent der Gewinne einbehalten und die anderen 50 Prozent an ihre Gesellschafter ausgeschüttet hätte. Von dieser Grundidee entfernte man sich bei verschiedenen Steuersenkungen jedoch immer weiter, bis sich der Betriebsstättensteuersatz dem Thesaurierungssteuersatz bei normalen Kapitalgesellschaften so weit angeglichen hatte, dass ab 1999 auf einen

bes. Betriebsstättensteuersatz verzichtet wurde. Der EuGH bestätigte später (Urteil vom 23.2.2006), dass es eine Diskriminierung von ausländischen Gesellschaften aus anderen EU-Staaten darstellte, diese dem bes. Betriebsstättensteuersatz zu unterwerfen; richtig wäre es gewesen, stattdessen keinen höheren Steuersatz vorzusehen als denjenigen, der bei Gründung einer inländischen Tochterkapitalgesellschaft, die all ihre Gewinne voll ausschüttet, zu tragen gewesen wäre. Nach einer Folgeentscheidung des BFH hätte dies einem Satz von 33,5 Prozent entsprochen. Die Frage betrifft allerdings wegen des Wegfalles des Betriebsstättensteuersatzes nur noch Altfälle, und auch diese nur, soweit noch nicht Verjährung eingetreten ist.

Betriebstätte → Betriebsstätte.

Betriebsteilung → Betriebsaufspaltung.

Betriebsteuer – Die Bezeichnung wird mit zwei unterschiedlichen Inhalten verwendet: 1. *Einkommensteuergesetz*: Aus einkommensteuerlicher Perspektive sind Betriebssteuern Steuern, die durch die Existenz eines Betriebes verursacht bzw. durch die betrieblichen Aktivitäten ausgelöst werden. *Beispiele*: → Grundsteuer für betriebliche Grundstücke, → Kraftfahrzeugsteuer für betriebliche Fahrzeuge. – Betriebssteuern können daher einkommensteuerlich i.d.R. als → Betriebsausgaben geltend gemacht werden (§ 4 IV EStG). Eine Ausnahme bildet die Gewerbesteuer, die zwar eindeutig nur deswegen entsteht, weil ein Gewerbebetrieb unterhalten wird, d.h. eine Betriebsteuer darstellt, aber nach gesetzlicher Fiktion heute keine Betriebsausgabe mehr darstellt (§ 4 Vb EStG). Gegensatz zum Begriff der Betriebsteuer in diesem Sinne ist die → Personensteuer. – 2. *Betriebswirtschaftslehre*: eine Steuer, bei der der Gewinn eines Betriebes unabhängig von den persönlichen Eigenschaften seiner Eigentümer, d.h. insbesondere auch unabhängig von der Rechtsform, stets gleich hoch besteuert wird. Steuersubjekt wäre also nicht mehr der Unternehmer, sondern der Betrieb selbst. Die Umstellung der Gewinnbesteuerung auf das Konzept einer Betriebsteuer wird gefordert, weil dies Wettbewerbsneutralität sichern soll, wenn von gleichen Bruttogewinnen stets gleiche Nettoerträge verbleiben. Angesichts des gegenwärtigen → Körperschaftsteuersystems in Deutschland, bei dem der Satz der → Körperschaftsteuer erheblich unter dem Spitzensteuersatz der Einkommensteuer liegt, müsste die Einführung einer Betriebsteuer vermutlich mit niedrigen Steuersätzen in ähnlicher Höhe wie die heutigen Körperschaftsteuersätze einhergehen, und der Transfer der Gewinne aus dem betrieblichen in den privaten Bereich der Eigentümer, sei es durch Entnahme, sei es durch Dividendenausschüttungen, ebenfalls nach gleichen Regeln besteuert werden. Als Argument gegen die Einführung eines Betriebsteuerkonzepts wird meist auf steuerrechtliche Schwierigkeiten verwiesen; solche würden v.a. im Bereich der Personengesellschaften auftreten. Da

eine Betriebsteuer außerdem auch mit einer Steuerpflicht selbst für solche Betriebsgewinne einhergehen würde, deren Eigentümer insgesamt kein höheres Einkommen als den Grundfreibetrag erwirtschaften können, würde das Konzept auch Schwierigkeiten in Bezug auf den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit aufwerfen. Dennoch wird eine Einführung sporadisch immer wieder diskutiert. – Mit der *Unternehmensteuerreform 2008* wird in das dt. EStG ein Modell eingeführt, bei dem Personenunternehmen ihre Gewinne vor der Ausschüttung zunächst nach einem festen Steuersatz versteuern lassen können, der einer grob geschätzten Standardbelastung der Gewinne bei einer Körperschaft entspricht, und bei einer späteren Entnahme der Gewinne ins Privatvermögen der Eigentümer muss der entnommene Betrag dann wie eine Dividende besteuert werden (§ 34a EStG). Dieses Konzept verwirklicht zwar Teile der Konzeption einer Betriebsteuer, unterscheidet sich davon aber insoweit wesentlich, als diese Form der Besteuerung für Personenunternehmen nicht zwingend ist, sondern lediglich wahlweise angeboten wird. – Vgl. auch Unternehmensbesteuerung.

Betriebs- und Geschäftsgeheimnis – Nicht offenkundiger betrieblicher Vorgang, an dem der Betriebinhaber Geheimhaltungswillen hat, der auf einem schutzwürdigen wirtschaftlichen Interesse beruht. Dem Geheimnisschutz zugänglich sind sonderrechtlich nicht geschützte technische Leistungen (Konstruktionszeichnungen, Rezepturen, Verfahrensabläufe etc.) sowie kaufmännische Geschäftsunterlagen (Kundenlisten, Kalkulationsunterlagen, Vertragsunterlagen etc.). Sie sind nicht offenkundig, wenn sie nur einem begrenzten und verschwiegene(n) (ggf. zur Verschwiegenheit verpflichteten) Personenkreis zugänglich und vom Fachmann nur in mühsamer Untersuchung zu ermitteln sind. – *Betriebsgeheimnis* (*Dienstgeheimnis, Fabrikationsgeheimnis*): Erfindungen jeder Art (gesetzlich geschützt oder nicht), Verfahrensmethoden, Rezeptvorschriften, bes. technische Handgriffe etc. – *Geschäftsgeheimnis*: Bezugsquellenverzeichnisse, Kunden- und Preislisen, Preisberechnungen, Kalkulationen, Umsatzzahlen, Angebote, Auskünfte, technische Daten von Maschinen etc.

Betriebsveranstaltungen – 1. *Steuerliche Problematik*: Richtet der Arbeitgeber für seine Arbeitnehmer eine Veranstaltung aus, stellt sich grundsätzlich aus steuerlichem Blickwinkel die Grundsatzfrage, ob er damit seinen Arbeitnehmern einen geldwerten Vorteil zuwendet (d.h. ob die Veranstaltung einer Bezahlung gleichsteht, indem für die Arbeitnehmer eine Dienstleistung erbracht wird) oder nicht. Es liegt dabei auf der Hand, dass von einer Lohnzahlung durch Abhaltung einer Veranstaltung jedenfalls dann keine Rede sein kann, wenn die Veranstaltung ganz überwiegend den eigenen betrieblichen Zwecken des Arbeitgebers dient. Abgrenzungsprobleme

stellen sich daher insbesondere dort, wo eine Veranstaltung auch geselligen Charakter hat (Weihnachtsfeier, im Unterschied zu z.B. einer Fortbildungsveranstaltung wesentlich weniger eindeutig!). – 2. *Steuerlicher Sprachgebrauch*: Wird von „Betriebsveranstaltung“ gesprochen, sind damit jene Veranstaltungen gemeint, von denen anerkannt werden kann, dass sie keine Einnahme des Arbeitnehmers darstellen, sondern vom Arbeitgeber im überwiegend eigenen Interesse ausgerichtet werden. Zuwendungen des Arbeitgebers aus Anlass von Betriebsveranstaltungen gehören daher als Leistungen im (ganz) überwiegend eigenen betrieblichen Interesse i.d.R. nicht zum → Arbeitslohn. – 3. *Anerkennung der Betriebsveranstaltung* (statt als Dienstleistung für die eigenen Arbeitnehmer) jedoch als solche nur unproblematisch, wenn: (1) Möglichkeit der Teilnahme für alle Betriebsangehörige gleichermaßen, wobei eine Durchführung nur für eine – ganze – Abteilung unschädlich ist, (2) i.d.R. eintägige Dauer, (3) höchstens zwei Veranstaltungen jährlich und (4) Beschränkung auf Gewährung der üblichen Zuwendungen, z.B. Abgabe von Speisen und Getränken, Kosten für Unterhaltungsprogramm. – Betragen die Aufwendungen des Arbeitgebers inkl. USt insgesamt mehr als 110 Euro je Arbeitnehmer und Veranstaltung, so spricht dies nach Verwaltungsmeinung für eine Einstufung als Leistung an den Arbeitnehmer (geldwerten Vorteil), also sind die Aufwendungen dann dem Arbeitslohn in voller Höhe hinzuzurechnen. – *Regelung*: R 19.5 LStR 2008.

Betriebsvermögen – I. Steuerbilanzrecht: 1. Der *Begriff* Betriebsvermögen ist gesetzlich nicht definiert. Unter Betriebsvermögen wird die Summe aller dem Unternehmer zuzurechnenden → Wirtschaftsgüter verstanden, die in einem tatsächlichen oder wirtschaftlichen Förderungszusammenhang zum Betrieb gestellt sind. Die Betriebsvermögeenseigenschaft ist für jedes einzelne Wirtschaftsgut gesondert zu prüfen. – 2. Das Betriebsvermögen *dient* bei den → Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit als Grundlage für die Gewinnermittlung durch → Betriebsvermögensvergleich. – 3. *Zu unterscheiden*: a) → Notwendiges Betriebsvermögen: Wirtschaftsgüter, die ihrer Art und Beschaffenheit nach objektiv erkennbar zum unmittelbaren Einsatz im Betrieb bestimmt sind, z.B. Fabrikgebäude, Maschinen, Lastkraftwagen. – b) → Gewillkürtes Betriebsvermögen: Wirtschaftsgüter, die weder notwendiges Betriebsvermögen noch → notwendiges Privatvermögen sind, z.B. Grundstücke, Wertpapiere, Beteiligungen, wenn sie objektiv geeignet und bestimmt sind, den Betrieb zu fördern. Aufnahme in das Betriebsvermögen nach subjektivem Ermessen des Steuerpflichtigen durch → Einlage. Gewillkürtes Betriebsvermögen ist nach neuerer Rechtsprechung auch für Steuerpflichtige möglich, die ihren Gewinn nicht durch Bilanzierung, sondern durch → Einnahmen-Überschuss-Rechnung ermitteln (§ 4

III EStG). Dagegen entfällt die Unterscheidung bei Kapitalgesellschaften, da Kapitalgesellschaften begrifflich kein Privatvermögen haben können. – 4. Besonderheit bei *Personengesellschaften*: a) Wirtschaftsgüter im Gesellschaftseigentum bzw. im Gesamthandseigentum sind stets notwendiges Betriebsvermögen – *Ausnahmen*: Wirtschaftsgüter, die ihrer Art nach nicht zur unmittelbaren betrieblichen Nutzung bestimmt sind und deren Erwerb nicht betrieblich veranlasst war, sowie Wirtschaftsgüter, die ausschließlich oder fast ausschließlich der privaten Lebensführung eines, mehrerer oder aller Gesellschafter dienen. Gewillkürtes Betriebsvermögen im Bereich des Gesellschaftsvermögens ist nicht möglich. – b) Wirtschaftsgüter im Eigentum der Gesellschafter sind notwendiges Sonderbetriebsvermögen, wenn sie bestimmt sind, dem Betrieb der Personengesellschaft oder der Beteiligung an der Personengesellschaft zu dienen. Bildung gewillkürten Sonderbetriebsvermögens ist möglich (→ Sonderbetriebsvermögen).

II. *Bewertungsgesetz*: 1. *Begriff*: Das Betriebsvermögen stellt eine der drei → Vermögensarten dar, die das Bewertungsgesetz unterscheidet (§ 18 Nr. 3 BewG). – 2. *Umfang*: Zum Betriebsvermögen gehören alle → Wirtschaftsgüter, die einem gewerblichen Betrieb als Hauptzweck dienen und dem Betriebinhaber wirtschaftlich (u.U. unabhängig von der zivilrechtlichen Beurteilung, § 39 II AO) zuzuordnen sind. Bei Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften sind die Wirtschaftsgüter auch ohne gewerbliche Nutzung deren Betriebsvermögen zuzurechnen; zum Betriebsvermögen einer Personengesellschaft gehört auch das → Sonderbetriebsvermögen der Gesellschafter (§§ 95, 97 BewG). – 3. *Bewertung*: Das Betriebsvermögen ist grundsätzlich mit dem gemeinen Wert anzusetzen (§§ 109, 11 II BewG).

Betriebsvermögensfreibetrag → Erbschaftsteuer.

Betriebsvermögensvergleich – steuerrechtlicher Begriff für eine Art der Gewinnermittlung (→ Einkünftermittlung); vgl. § 4 I EStG. Gewinn ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem → Betriebsvermögen am Schluss des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der → Entnahmen und vermindert um den Wert der → Einlagen. Wer nach Handelsrecht Bücher führen muss, muss den Betriebsvermögensvergleich nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung vornehmen (§ 5 I EStG; → Maßgeblichkeitsprinzip). Für alle anderen Steuerpflichtigen schreibt § 141 AO vor, welche Mindeststandards beim Betriebsvermögensvergleich zu beachten sind.

Betriebsvorrichtungen – 1. *Begriff*: Alle Vorrichtungen einer Betriebsanlage, die in so enger Beziehung zu einem Gewerbebetrieb stehen, dass dieser unmittelbar mit ihnen betrieben wird (z.B. Fabrik-schornsteine, Arbeitsbühnen zur Bedienung von Maschinen, Ziegelbrennöfen, Öltanks einer Raffinerie,

Lastenaufzüge). – 2. *Zuordnung und Bewertung* nach BewG: a) Betriebsvorrichtungen werden, auch wenn sie wesentliche Bestandteile des Grundstücks sind, nicht in das → Grundvermögen einbezogen (§ 68 II BewG), sondern gehören i.d.R. zu den Wirtschaftsgütern des → Betriebsvermögens. Das hat zur Folge, dass Betriebsvorrichtungen nicht zur Bemessungsgrundlage der Grundsteuer gehören, wohl aber bei der Erbschaftsteuer neben den → Grundbesitzwerten als → Betriebsvermögen berücksichtigt werden. – *Ausnahme:* Betriebsvorrichtungen im → land- und forstwirtschaftlichen Vermögen. – b) Die Bewertung erfolgt für das Betriebsvermögen mit dem Steuerbilanzwert (§ 109 I BewG). – Vgl. auch → verlängerte Maßgeblichkeit.

Betriebswohnung → Werkswohnung.

Bevollmächtigter – 1. *Erlaubnis:* Zu unbeschränkten, geschäftsmäßigen Hilfeleistungen in Steuersachen sind → Steuerberater, → Steuerbevollmächtigte, → Steuerberatungsgesellschaften, Rechtsanwälte, → Wirtschaftsprüfer (WP), → Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, → Vereidigte Buchprüfer und → Buchprüfungsgesellschaften befugt (§ 3 Nr. 1 StBerG). Zu beschränkter geschäftsmäßiger Hilfeleistung in Steuersachen sind u.a. Notare, Patentanwälte, Lohnsteuerhilfevereine, → Arbeitgeber etc. befugt (§ 4 StBerG). – 2. *Bestellung:* Bevollmächtigter kann sich im Steuerveranlagungsverfahren zur Erfüllung seiner Pflichten derjenige bestellen, der durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, diese Pflichten zu erfüllen (§ 80 AO). Im Rechtsmittelverfahren kann sich dagegen jeder Rechtsmittelführer durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen und sich in der mündlichen Verhandlung eines Beistandes bedienen (§ 62 FGO). Die Vollmacht ermächtigt den Bevollmächtigten nicht zum Empfang von Steuererstattungen und -vergütungen.

bewegliches Anlagevermögen – Teil des Sachanlagevermögens; erfasst im → Bestandsverzeichnis. Zum beweglichen Anlagevermögen gehören Maschinen einschließlich großer Spezialreserveteile, Betriebs- und Geschäftsausstattung. – Vgl. auch → Anlagevermögen. – *Beleuchtungs- und Heizungsanlagen, Fahrstühle* werden meist auf Unterkonten zu Gebäuden (unselbstständige Gebäudeteile) gebucht. – *Bilanzsteuerlich* ist die → Bewertung des beweglichen Anlagevermögens durch präzise Grundsätze geregelt (§ 6 EStG). Nur für bestimmte Personenkreise und bestimmte Teile des beweglichen Anlagevermögens besteht eine → Bewertungsfreiheit.

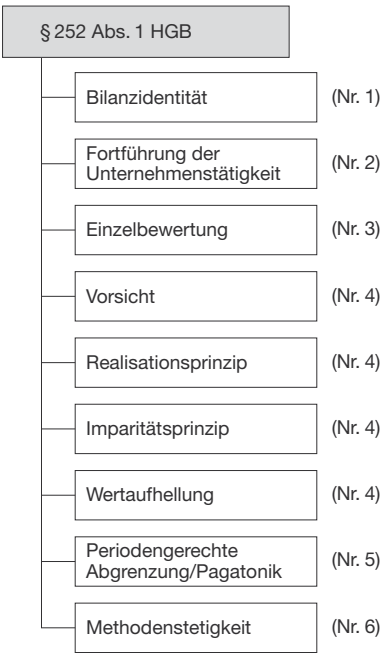
bewegte Lieferung – Begriff des Umsatzsteuerrechts: Lieferung, bei der der gelieferte Gegenstand im Zuge der Lieferung befördert oder versandt wird. Die Beförderung oder Versendung kann durch den Lieferanten oder durch den Abnehmer erfolgen (Abholung; dieser Fall war früher nicht unter einer bewegten Lieferung erfasst) oder im Auftrag einer

dieser Personen durch einen beauftragten Dritten (z.B. Spediteur). Es spielt keine Rolle, ob sie an die Adresse des Kunden geht oder an einen anderen von ihm benannten beauftragten Empfänger (z.B. Reihengeschäft). Die bewegte Lieferung ist i.d.R. nach den Vorschriften desjenigen Staates zu versteuern, in dem die Beförderung bzw. Versendung der Ware beginnt (§ 3 VI UStG).

Bewertung – Verfahren zur Bestimmung des Werts von Gütern oder Handlungsalternativen. Die Höhe des Wertansatzes richtet sich nach dem Zweck oder Anlass der Bewertung.

1. *Bewertung in der Bilanz:* Je nach den mit der Aufstellung einer Bilanz verfolgten Zielen sind bei der Bewertung der einzelnen Bilanzpositionen unterschiedliche Wertansätze zu wählen. So ist z.B. bei der Erstellung von sog. Sonderbilanzen, d.h. Bilanzen, die bei bestimmten Anlässen (z.B. Gründung, → Umwandlung, → Abwicklung, Überschuldung) aufgestellt werden, mit dem → Ertragswert, dem → Tagewert (Auseinandersetzungsbilanz) oder dem Veräußerungswert statt mit dem → Anschaffungs- oder → Herstellungskosten oder dem Nominalwert zu bewerten. 1. *Allgemeine Bewertungsgrundsätze für die Jahresbilanz* (§§ 242 ff. HGB): Sie sind bei anderen Bilanzarten unter Beachtung des jeweiligen Bilanzierungszwecks entsprechend anzuwenden. Grundsätze im Einzelnen: a) Die Bewertung hat den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) zu entsprechen (§ 243 I). *V.a. gelten:* (1) Grundsatz der *Bilanzidentität* (§ 252 I Nr. 1); (2) Grundsatz der *Unternehmensfortführung* (Going-Concern-Prinzip), d.h. es ist bei der Bewertung von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit auszugehen, wenn nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen (§ 252 I Nr. 2); (3) Prinzip der *Einzelbewertung* (§ 252 I Nr. 3) zum Abschlussstichtag (Stichtagsprinzip); (4) *Wertaufhellung* (§ 252 I Nr. 4) d.h. es sind wertbeeinflussende Tatbestände, die ihre Ursache vor oder am Abschlussstichtag haben, aber erst danach bekannt werden, zu berücksichtigen; (5) *Vorsichtsprinzip*, konkretisiert als *Realisationsprinzip* und *Imparitätsprinzip* (§ 252 I Nr. 4); (6) *Abgrenzungsprinzip*, d.h. Aufwands- und Ertragsbildung nach der wirtschaftlichen Verursachung und nicht nach dem Zahlungszeitpunkt (§ 252 I Nr. 5); (7) Grundsatz der *Bewertungsmethodenstetigkeit* (s. Bewertungsstetigkeit), (§ 252 I Nr. 6). – Vgl. tabellarische Übersicht „Bewertung – § 252 I HGB“. – b) Von den Grundsätzen (1) bis (7) darf nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden. – 2. *Bewertung in der handelsrechtlichen Jahresbilanz:* Für Vermögensgegenstände stellen die → Anschaffungskosten oder → Herstellungskosten grundsätzlich die Wertobergrenze dar (§ 253 I HGB); eingetretene Wertsteigerungen (etwa marktbedingt) bleiben grundsätzlich außer Betracht (Anschaffungswertprinzip; Realisationsprinzip). Ausnahmen bestehen für Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind

Bewertung – § 252 Abs. 1 HGB



und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen (§ 246 II HGB) sowie für Finanzinstrumente des Handelsbestands bei Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten. Nach § 340 e III HGB sind diese zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags zu bewerten. – Bei den abnutzbaren *Anlagegegenständen* sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten um planmäßige Abschreibungen zu verringern. Außerplanmäßige Abschreibungen (→ Sonderabschreibungen) sind grundsätzlich bei allen Gütern des Anlagevermögens vorzunehmen, um die Gegenstände mit dem niedrigeren Wert anzusetzen, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist. Sie sind vorzunehmen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung (§ 253 III HGB); nur bei den Vermögensgegenständen die Finanzanlagen sind, können außerplanmäßige Abschreibungen auch bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung vorgenommen werden. – Für Gegenstände des *Umlaufvermögens* gilt das (strenge) Niederstwertprinzip, d.h. von den möglichen Wertansätzen gemäß § 253 IV HGB ist der jeweils niedrigste zu wählen. Entfällt der Grund für eine außerplanmäßige Abschreibung besteht mit

Ausnahme für den entgeltlich erworbenen Geschäfts- oder Firmenwert ein Wertaufholungsgebot (§253 V HGB). 3. *Steuerrechtliche Bewertung*: Von Bedeutung ist die Bewertung in der → Steuerbilanz für Zwecke der → Ertragsteuern und in der → Vermögensaufstellung für Zwecke der → Substanzsteuern (heute praktisch nur noch → Erbschaftsteuer). Grundsätzlich bestimmt sich die steuerliche Bewertung nach den Regelungen des Bewertungsgesetzes, soweit nicht Spezialvorschriften anderer Steuergesetze vorgehen. – a) Die *ertragsteuerlichen Bewertungsvorschriften* sind in § 6 EStG geregelt und verdrängen damit die Regelungen des Bewertungsgesetzes. Zu beachten ist, dass gemäß § 5 EStG für die Steuerbilanz grundsätzlich die GoB maßgeblich sind (→ Maßgeblichkeitsprinzip). Da dies auch für die Bewertung gilt, sind, soweit § 6 EStG nicht andere Maßstäbe bestimmt, die Wertansätze der Handelsbilanz in die Steuerbilanz zu übernehmen. Als Wertmaßstab nennt § 6 EStG neben den → Anschaffungskosten bzw. → Herstellungskosten den → Teilwert. Bei den einzelnen Bilanzpositionen sind bes. folgende steuerliche Besonderheiten zu beachten: (1) *Wirtschaftsgüter*

| Bewertung – Bewertungsvorschriften des HGB | |
|--|--|
| §252 | – allgemeine Bewertungsgrundsätze |
| §253 S. 1 | – AK/HK Prinzip |
| §253 S. 2 | – Verbindlichkeiten: Erfüllungsbetrag – Rückstellungen: vernünftige kfm. Beurteilung, notwendiger Erfüllungsbetrag |
| §253 III | – im AV: Grundsatz planmäßiger Abschreibung: Abschreibung auf niedrigeren beizulegenden Wert bei voraussichtlich dauernder Wertminderung, Abschreibungswahlrecht bei voraussichtlich nicht dauerhafter Wertminderung von Finanzanlagen |
| §253 IV | – im UV: Abschreibung – auf den niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bzw. beizulegenden Wert |
| §255 I | – Umfang der AK |
| §255 II S. 2 u. 3 | – Untergrenze der HK |
| §250 III S. 2 | – planmäßige Tilgung des Disagio |
| AK = Anschaffungskosten, HK = Herstellungskosten, AV = Anlagevermögen, UV = Umlaufvermögen, VG = Vermögensgegenstand | |

des Anlagevermögens, die der Abnutzung unterliegen, sind mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um die → Absetzungen für Abnutzung (AfA) o.Ä., anzusetzen. Ist der Teilwert aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung niedriger, so kann dieser angesetzt werden. Fällt die Wertminderung später fort, muss eine entsprechende Zuschreibung vorgenommen werden. (2) *Andere Wirtschaftsgüter* (Grund und Boden, immaterielle Wirtschaftsgüter, Beteiligungen, Umlaufvermögen) sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen. Stattdessen kann der niedrigere Teilwert angesetzt werden, wenn die Wertminderung dauerhaft ist; auch hier besteht Zuschreibungspflicht bei späterem Wegfall der Wertminderung. Diese Regelung gilt sinngemäß auch für Verbindlichkeiten. Unverzinsliche Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von weniger als zwölf Monaten sind mit 5,5 Prozent abzuzinsen. (3) → Entnahmen und → Einlagen sind grundsätzlich mit dem Teilwert zu bewerten. Entsprechendes gilt für die Bewertung von *Wirtschaftsgütern bei der Eröffnung eines Betriebes*. (4) *Wirtschaftsgüter beim entgeltlichen Erwerb eines Betriebes* sind mit dem Teilwert, höchstens jedoch mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen. – b) Die → Bewertungsmaßstäbe der Vermögensaufstellung sind im Bewertungsgesetz festgelegt. Gemäß § 109 BewG werden die zu einem → Gewerbebetrieb gehörenden Wirtschaftsgüter bei Steuerpflichtigen, die ihren Gewinn nach § 4 oder § 5 EStG ermitteln (bilanzierende Kaufleute), grundsätzlich mit dem gemeinen Wert angesetzt. Die Ermittlung des gemeinen Werts wird in § 11 II BewG normiert. – c) Neuregelungen sind im Rahmen der → Erbschaftsteuerreform zu berücksichtigen, welche auf Antrag (nur für Erbfälle) bereits ab dem 1.1.2007 angewendet werden können.

II. Bewertung in ausgewählten Sonderbilanzen: → Abwicklungsbilanz, Gründungsbilanz, Insolvenzstatus, Überschuldungsbilanz, Umwandlungsbilanzen.

III. Bewertung in der Kostenrechnung: 1. Der einem betriebszweckbezogenen Gütergebrauch oder -verbrauch zuzuordnende Kostenwert hängt grundsätzlich vom *Zweck der Verwendung der Kosteninformation* ab (Auswertungsrechnung). Der Verbrauch von auf Lager liegendem Material für einen Zusatzauftrag z.B. zieht dann keine Kosten nach sich, wenn das Material bei Nichtverarbeitung verderben würde; er ist mit Wiederbeschaffungskosten zu bewerten, wenn das Lager nach der Lagerentnahme wieder auf den ursprünglichen Bestand aufgefüllt wird. – 2. Für die *laufende Kosten Erfassung* erweist sich eine derartige Bewertungsvielfalt als unpraktikabel. Als Standardwert zieht man deshalb durchweg die → Anschaffungskosten bzw. → Herstellungskosten heran (wie in der externen Rechnungslegung). Auswertungen für spezielle Rechnungszwecke erfordern dann Umbewertungen. – 3. *Bewertung als Zurechnungsproblem*: I.Allg. wird gefordert, die Bewertung (als Zuordnung

eines Geldbetrags auf ein Gut) am jeweiligen Zweck auszurichten. Das gilt bes. für den wertmäßigen Kostenbegriff. Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Zweck und Bewertung besteht jedoch nur selten. Eine Objektivierung des Rechnungswesens verlangt Preis-eindeutigkeit.

Bewertungsabschlag – 1. Für bestimmte → Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens ausländischer Herkunft, deren Preise auf dem Weltmarkt wesentlichen Schwankungen unterliegen, war bis einschließlich 1998 ein Importwarenabschlag nach § 80 EStDV vorgesehen. – 2. Bei Bewertung nach normierten Verfahren im *Bewertungsrecht* wird oft ein Bewertungsabschlag vorgenommen, um Schätzunsicherheiten Rechnung zu tragen; es soll verhindert werden, dass der Schätzwert höher ausfällt als der wirkliche Wert. – *Beispiele*: Stuttgarter Verfahren, Sachwertverfahren, Ertragswertverfahren. – Vgl. auch → Abschlag.

Bewertungsbeirat – beim Bundesminister der Finanzen (BMF) zur Durchführung der → Hauptfeststellung der Einheitswerte land- und forstwirtschaftlichen Vermögens gebildetes Organ mit der Aufgabe, dem BMF Vorschläge zu machen zur Festsetzung der → Ertragswerte, der → Vergleichszahlen und Vergleichswerte sowie der Normalwerte und Ertragswerte der forstwirtschaftlichen Nutzungen. Aufgegliedert in je eine landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche Abteilung, Weinbau- und Gartenbauabteilung (§§ 63 ff. BewG).

Bewertungsfreiheit – *Bewertungswahlrecht*. 1. *Begriff* des Einkommensteuerrechts für die Möglichkeit, zwischen mehreren zulässigen Wertansätzen für Zwecke der steuerlichen Gewinnermittlung zu wählen. – 2. *Bewertungsfreiheiten sind bes.:* (1) die Regelung der geringwertigen Wirtschaftsgütern, wonach die → Anschaffungskosten oder → Herstellungskosten bis zu einer bestimmten Höchstgrenze im Jahr der Anschaffung, Herstellung oder Einlage des Wirtschaftsguts oder der Betriebseröffnung in voller Höhe als → Betriebsausgaben abgesetzt werden können (§ 6 II EStG); (2) *Steuervergünstigungen* in Form von → Sonderabschreibungen i.e.S.

Bewertungsgesetz (BewG) – 1. *Begriff*: Gesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 1.2.1991 mit zahlreichen späteren Änderungen. Neben der → Abgabenordnung (AO) ist das Bewertungsgesetz (BewG) früher einmal das wichtigste Steuergesetz gewesen, in dem alle steuerlichen Bewertungsfragen geregelt waren, und das nur insoweit nicht anzuwenden war, als spezielle Steuergesetze (bes. Einkommensteuergesetze) eigene Bewertungsvorschriften aufweisen. Es hat jedoch an Bedeutung verloren, weil ein Großteil der Substanzsteuern heute abgeschafft ist (z.B. Gewerbesteuer), nicht mehr erhoben wird (Vermögensteuer) oder sich bei der Wertermittlung an der → Steuerbilanz orientiert (→ verlängerte Maßgeblichkeit; → Erbschaftsteuer). Deshalb

ist das Bewertungsgesetz heute fast nur noch für die → Grundsteuer von zentraler Bedeutung. Ergänzend gelten: (1) *Durchführungsverordnung* vom 2.2.1935 (BewDV) mit zahlreichen späteren Änderungen. (2) Bestimmungen zur Gewährleistung einer einheitlichen Rechtsanwendung enthielten früher Vermögenssteuer-Richtlinien, heute die *Erbschaftsteuer-Richtlinien*. – 2. *Ziel/Bedeutung*: Das Bewertungsgesetz (BewG) sollte für die → Substanzsteuern einheitliche Werte festsetzen, daher der Begriff → Einheitswert. Bis zum Erlass des Bewertungsgesetzes (BewG) bestand die Einheitlichkeit der Steuerwerte nicht; da die neuen → Bedarfswerte für Grundvermögen bei der Grundsteuer nicht gelten, ist die Einheitlichkeit der Bewertungsregeln heute aufgegeben. – 3. *Aufbau/Inhalt*: Das Bewertungsgesetz besteht aus drei Teilen und 26 Anlagen. – a) Der erste Teil enthält *allgemeine Bewertungsvorschriften* (§§ 1–16 BewG) und gilt für alle öffentlich-rechtlichen Abgaben, die durch Bundesrecht geregelt sind, soweit sie durch Bundes- oder Landesfinanzbehörden verwaltet werden; von untergeordneter Bedeutung, wenn sich aus anderen Steuergesetzen oder aus dem zweiten Teil des Bewertungsgesetzes eine andere Bewertung ergibt (§ 1 BewG). – *Beispiele* für abweichende Bewertungsansätze: §§ 6, 7 EStG (spezielle Bewertungsvorschriften für die Bewertung in der → Steuerbilanz); § 10 IV UStG (Bewertung des Eigenverbrauchs). – b) Der zweite Teil enthält *bes. Bewertungsvorschriften* (§§ 17–203): aa) Bewertung und Erfassung der zu bewertenden Einheiten mittels der Einheitsbewertung, die für das → land- und forstwirtschaftliche Vermögen, → Grundvermögen und → Betriebsvermögen durchgeführt wird (§§ 19–109a); gilt für Grund-, Gewerbe-, Erbschaft- und Grunderwerbsteuer, soweit in den betreffenden Steuergesetzen nichts Abweichendes bestimmt ist. – Die einheitliche Bewertung für verschiedene Steuerarten erfordert ein bes. Ermittlungsverfahren (*Einheitswertverfahren*), durch das die Einheitswerte festgestellt werden. – bb) Sondervorschriften (§§ 110–124). – cc) Bewertung von Vermögen (§§ 125–137). – dd) Grundbesitzbewertung für die Grunderwerbsteuer (§§ 138–150). – ee) Vorschriften zu gesonderten Feststellungen (§§ 152–156 BewG). – ff) Bewertung von Grundbesitz, von nicht notierten Anteilen an Kapitalgesellschaften und von Betriebsvermögen für die Erbschaftsteuer (ab 1.1.2009) (§§ 157–203 BewG). – 3. Der dritte Teil enthält *Schlussbestimmungen* (§§ 204–205) und die *Anlagen zum Bewertungsgesetz*: z.B. (1) Tabellen zur Umrechnung von Tierbeständen in Vieheinheiten; (2) Vervielfältiger zur Ermittlung des Wertes von Grundstücken nach dem Ertragswertverfahren (→ Ertragswert), zur Berechnung von Kapitalwerten lebenslänglicher Nutzungen oder Leistungen und zur Berechnung von Pensionsverpflichtungen. – 4. Das Bewertungsgesetz ist durch die → Erbschaftsteuerreform (Gesetzesänderung vom 24.12.2008) in größerem Umfang geändert bzw. ergänzt worden. Die Änderungen betreffen insbesondere die Bewertung

von Land- und Forstwirtschaft, Betriebsvermögen, Grundvermögen. Auf Antrag können die Neuregelungen für Erbfälle bereits ab dem 1.1.2007 angewendet werden.

Bewertungsmaßstab – 1. Aufgrund des → Maßgeblichkeitsprinzips sind die zentralen handelsrechtlichen Bewertungsmaßstäbe Anschaffungs- und Herstellungskosten auch steuerrechtlich verbindlich. Allerdings ist zu beachten, dass stets einkommensteuerliche Vorschriften bzw. übergeordnete Bewertungsgrundsätze als Spezialvorschriften dem Maßgeblichkeitsgrundsatz vorangehen (Bewertungsvorbehalt). – 2. Wesentlichster sekundärer Bewertungsmaßstab ist der → Teilwert, der darüber hinaus im Regelfall auch für die Bewertung von Einlagen und Entnahmen zum Zuge kommt. – 3. Bei der Bewertung von Verbindlichkeiten und Rückstellungen gelten seit 1999 Besonderheiten gegenüber dem Handelsrecht, die auch mit Inkrafttreten des BilMoG grundsätzlich fortbestehen: (1) Verbindlichkeiten und Rückstellungen sind unter bestimmten Bedingungen abzuzinsen (5,5 Prozent; § 6 I Nr. 3, 3a EStG). (2) Bei gleichartigen Verpflichtungen ist zu berücksichtigen, wenn der Verpflichtete wahrscheinlich nicht für alle davon voll in Anspruch genommen wird. (3) Sachleistungsverpflichtungen sind mit Vollkosten anzusetzen. (4) Bestimmte Rückstellungen sind zeitanteilig in Raten anzusammeln (§ 6 I Nr. 3a Buchstabe d EStG).

Bewertungsstützpunkte – Begriff des Bewertungsgesetzes: Zur Sicherung einer gleichmäßigen Bewertung des → land- und forstwirtschaftlichen Vermögens werden in einzelnen typischen Betrieben mit ortsüblichen Ertragsbedingungen (*Vergleichs- bzw. Richtbetriebe*) vorweg die → Vergleichszahlen oder (für forstwirtschaftliche Nutzungen und für sonstige land- und forstwirtschaftliche Nutzungen unmittelbar) die → Vergleichswerte der Nutzungen und Nutzungsteile ermittelt (*Hauptbewertungsstützpunkte*), durch den → Bewertungsbeirat vorgeschlagen und durch Rechtsverordnung festgesetzt (§ 39 BewG).

Bewertungswahlrecht → Bewertungsfreiheit.

Bewertungskosten → Geschäftsfreundbewertung, → Betriebsausgaben.

BFF – früher gebräuchliche Abk. für → *Bundesamt für Finanzen*, also die Vorläuferinstitution des Bundeszentralamtes für Steuern.

BFH – Abk. für → Bundesfinanzhof.

Bierlager – Steuerlager für Bier i.S.d. Biersteuergesetzes.

Biersteuer – Verbrauchsteuer auf Bier. – 1. *Rechtsgrundlage*: Biersteuergesetz 1993 vom 21.12.1992 (BGBl. I 2150) m.spät.Änd. und die Verordnung zur Durchführung des Biersteuergesetzes (BierStV). Erhebung und Verwaltung liegen beim Bund (Art. 108 I 1 GG), der Ertrag steht den Ländern zu (Art. 106 II Nr. 5 GG). – 2. *Steuergegenstand*: Bier und

Mischungen von Bier mit nichtalkoholischen Getränken im Sinn der Alkoholstrukturrichtlinie. Besteuert wird die Herstellung und Einfuhr aus Drittstaaten von Bier im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, aber ohne Büsingen und Helgoland. Bier, das ins Ausland gelangt, ist steuerfrei. – 3. **Steuersatz:** Die Höhe der Biersteuer bestimmt sich nach dem Stammwürzegehalt des Bieres in Gramm je 100 Gramm Bier (Grad Plato); dabei werden die Nachkommastellen des gemessenen Grades Plato außer Betracht gelassen. Der reguläre Steuersatz (2008) beträgt 0,787 Euro je Grad Plato. Ermäßigte Steuersätze sind vorgesehen für kleine unabhängige Brauereien (Gesamterzeugnismenge jährlich unter 200.000 hl Bier). Die Belastung beträgt für eine Jahresproduktion von weniger als 5.000 hl nur 56 Prozent des regulären Steuersatzes, danach steigt der Steuersatz in Stufen allmählich an (bei 40.000 hl Jahresproduktion werden 84 Prozent des regulären Steuersatzes erreicht). Es gibt auf EU-Ebene Bestrebungen, die Mindeststeuer auf Bier (derzeit 0,748 Euro/Liter) anzuheben. Dieser Wert wurde im Oktober 1992 festgelegt. – 4. **Aufkommen:** 757 Mio. Euro (2007), 779 Mio. Euro (2006), 785,9 Mio. Euro (2003), 811,5 Mio. Euro (2002), 828,5 Mio. Euro (2001), 843,5 Mio. Euro (2000), 909,5 Mio. Euro (1995), 722,5 Mio. Euro (1990), 641 Mio. Euro (1985), 645 Mio. Euro (1980), 652 Mio. Euro (1975), 601 Mio. Euro (1970), 501 Mio. Euro (1965), 358 Mio. Euro (1960), 225 Mio. Euro (1955), 178 Mio. Euro (1950).

Big Four – Der Berufsstand der → Wirtschaftsprüfer (WP) ist geprägt durch eine erhebliche Konzentration auf wenige weltweit agierende Prüfungsgesellschaften. Die umsatzstärksten vier Gesellschaften sind Ernst & Young, Deloitte & Touche, KPMG und Price Waterhouse Coopers.

Bilanzänderung – Bei der → Bewertung in der → Steuerbilanz der Ersatz eines zulässigen Bilanzansatzes durch einen anderen ebenfalls zulässigen Ansatz (R 4.4 EStR). Nach Einreichung der Bilanz ist eine Bilanzänderung mittlerweile nur noch möglich, um die Auswirkungen einer notwendigen → Bilanzberichtigung zu kompensieren. Voraussetzung ist allerdings, dass die Bilanzänderung in engem zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit der Bilanzberichtigung vorgenommen wird. Der Anfang 1999 unternommene Versuch, die Möglichkeit zur Bilanzänderung ganz abzuschaffen, ist durch das Steuerbereinigungsgesetz 1999 wieder aufgehoben worden. – *Anders:* → Bilanzberichtigung.

Bilanzberichtigung – 1. **Begriff:** der Ersatz unrichtiger Bilanzansätze durch zulässige (R 4.4 EStR). Unrichtig sind Werte, die gegen zwingende Vorschriften des Einkommensteuerrechts oder Handelsrechts oder gegen die einkommensteuerlich relevanten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) verstoßen. – Der Steuerpflichtige muss eine Bilanzberichtigung vornehmen, wenn er nachträglich erkennt, dass er falsche Bilanzansätze vorgenommen hat und

es hierdurch zu einer Verkürzung der Steuern kommen könnte (§ 153 AO). – In anderen Fällen, in denen die Bilanz unrichtig ist, darf der Steuerpflichtige auch nach Einreichung beim Finanzamt Änderungen vornehmen (§ 4 II EStG). – Bilanzberichtigungen werden außerdem notwendig, wenn nicht der Steuerpflichtige, sondern die Finanzverwaltung Werte v.a. im Rahmen einer Außenprüfung in der Bilanz als unrichtig erkennt. – Die Bilanzberichtigung erfolgt möglichst rückwirkend in dem Jahr, in dem der Fehler passiert ist; hat der Fehler Auswirkungen auf Folgejahre, so werden diese entsprechend berichtigt. Ist die Steuerfestsetzung für das Jahr, in dem der Fehler unterlaufen ist, verjährt (→ Festsetzungsverjährung), erfolgt eine Berichtigung i.d.R. in der ersten Bilanz, in der die Fehlerberichtigung sich steuerlich auswirken kann. – *Anders:* → Bilanzänderung.

Bilanzbündeltheorie – *Bündeltheorie*; ehemals herrschende Auffassung des Steuerrechts, die besagt, dass die Bilanz (Gesamtbilanz) einer Personengesellschaft als Bündel der Einzelbilanzen (Sonderbilanzen) der Mitunternehmer angesehen wird. Gewinnermittlung findet danach für jeden einzelnen Gesellschafter statt (vom BFH 1985 aufgegeben).

Bilanzmanipulation – Bilanzmanipulation meint illegale Maßnahmen (hauptsächlich in Form von Scheingeschäften), die dem Zweck dienen, Jahresabschluss und Lagebericht (i.d.R.) durch Ausschaltung des internen Kontrollsystems so zu gestalten, damit (häufig sehr früh) propagierte Ziele z.B. zu Umsatz und Ergebnis von einem unter *Erfolgsdruck* stehenden Management *unter allen Umständen* erreicht werden.

Bilanzprüfer → Abschlussprüfer.

Bilanzprüfung → Jahresabschlussprüfung.

Bilanzsteuerrecht – rechtliche Vorschriften zur Erstellung der → Steuerbilanz.

Billigkeitserlass → Steuererlass.

Blindenumsatz – 1. Soweit Blinden-Beschäftigungswerkstätten, Blindenanstalten, Blindenvereine und ähnliche *Einrichtungen der Blindenfürsorge* Sachen liefern, die die von ihnen betreuten Blinden hergestellt haben (Blindenwaren), sind diese Umsätze sowie die Lieferung von Zusatzwaren und die sonstigen durch die Blinden getätigten Leistungen umsatzsteuerfrei; desgleichen die Umsätze des Bundes der Kriegsblinden Deutschland e. V. – 2. Für die Umsatzsteuerfreiheit des *Betriebs eines Blinden* ist Voraussetzung, dass nicht mehr als zwei Arbeitnehmer beschäftigt werden. – Die Ehefrau, minderjährige Abkömmlinge und Eltern des Blinden sowie Auszubildende gelten in diesem Sinn nicht als Arbeitnehmer. Ein → Verzicht auf Steuerbefreiung ist möglich (§ 9 UStG); damit kann das Recht auf den → Vorsteuerabzug erreicht werden. – 3. **Rechtsgrundlagen:** § 4 Nr. 19 UStG, Anhang X Teil B Ziff. 5 der → Mehrwertsteuersystemrichtlinie.

Bodenbonitierung – *Bodenschätzung*: Einteilung des Bodens in Bonitätsklassen (Beschaffenheit, Ertragsfähigkeit und Verwendungszweck) auf Basis des Gesetzes zur Schätzung des landwirtschaftlichen Kulturbodens bzw. Bodenschätzungsgesetzes (BodenschätzG) von 1934 (neugefasst 2007). Man unterscheidet zwei Arten von Bodenbonitierung: (1) die *Schätzung des Ackerlandes* und (2) die *des Garten- und Grünlandes*. Die Schätzungen werden dabei nach dem Ackerschätzungsrahmen bzw. dem Schätzungsrahmen für Grünland (= Bodenbewertungstabelle zum Ablesen der durch die Bodenbeschaffenheit bedingten, relativen Reinertragsunterschiede für verschiedene Ackerböden sowie Garten- und Grünland) durchgeführt. – Die Festlegung der Bodengüte ist wichtige Grundlage für die Ermittlung des → Einheitswertes landwirtschaftlicher Betriebe sowie für die Wirtschaftspolitik und zu Kreditzwecken.

Bodenschätzung → Bodenbonitierung.

Bodenwert – 1. *Bewertungsgesetz*: Bei unbebauten Grundstücken ist der Bodenwert (§ 84 BewG) neben dem Wert der → Außenanlagen, bei bebauten Grundstücken zusätzlich neben dem Gebäudewert ein Element des nach dem Sachwertverfahren (→ Sachwert) für unbebaute bzw. bebaute Grundstücke ermittelten → Einheitswerts (→ Ausgangswert). Die Bewertung erfolgt mit dem → gemeinen Wert (→ Grundstücksbewertung). – Erlangt auch Bedeutung hinsichtlich des Mindestwertes, mit dem bebaute Grundstücke anzusetzen sind (§ 77 BewG). – 2. *Bodenschätzungsgesetz*: → Bodenbonitierung.

Bonitierung → Bodenbonitierung.

Börsenumsatzsteuer – eine → Kapitalverkehrssteuer, besteuerte bes., die dem Ersterwerb folgenden Umsätze von Gesellschaftsrechten an Kapitalgesellschaften (z.B. Aktienwerb an Börsen, Erwerb von GmbH-Anteilen vom Vorbesitzer). Zur Beseitigung des Wettbewerbsnachteils der dt. Finanzmärkte wurde die Börsenumsatzsteuer zum 1.1.1991 abgeschafft. In den USA und in anderen Staaten besteht die Börsenumsatzsteuer weiterhin. Das Aufkommen der Börsenumsatzsteuer betrug 1990 (umgerechnet) 422,3 Mio. Euro.

Branntweinsteuer – im Rahmen des Branntweinmonopols durch die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein festgesetzte Verbrauchssteuer, die dem Bund zufließt. Rechtsgrundlage für die Erhebung ist das Gesetz über das Branntweinmonopol. Das Branntweinsteuerrecht ist das Ergebnis des über Jahrzehnte bestehenden Branntweinmonopols in Deutschland. Die Branntweinsteuer gehört (neben der Schaumwein-, der Zwischenerzeugnis- und der Biersteuer) zu den innerhalb der EG harmonisierten Verbrauchsteuern und unterliegt der länderübergreifenden, EG-einheitlichen Überwachung. Der Regelsteuersatz für den von den Ablieferern übernommenen und an den Verwender verkauften Alkohol beträgt 1.303 Euro je hl reinen Alkohol (gemessen

bei 20 °C). Ermäßigte Steuersätze u.U. für Branntwein aus Abfindungs- bzw. Verschlusskleinbrennereien (§ 131 BranntwMonG). – Keine Steuer wird erhoben auf Branntwein, der ausgeführt, zu Treibstoff verarbeitet, zu Putz-, Heizungs- und ähnlichen Zwecken verwendet oder der zur Herstellung von Arzneimitteln oder Essig benötigt wird. – *Gesetzliche Regelung*: §§ 130 ff. BranntwMonG. – *Aufkommen*: 1.900 Mio Euro (2010), rd. 2 Mrd. Euro (2007), 2.100 Mio. Euro (2005), 2.204,4 Mio. Euro (2003), 2.149,1 Mio. Euro (2002), 2.142,6 Mio. Euro (2001), 2.150,8 Mio. Euro (2000), 2.473 Mio. Euro (1995), 2.162,3 Mio. Euro (1990), 2.123 Mio. Euro (1985), 1.986 Mio. Euro (1980), 1.596 Mio. Euro (1975), 1.139 Mio. Euro (1970), 771 Mio Euro (1965), 523 Mio. Euro (1960), 296 Mio. Euro (1955), 254 Mio. Euro (1950) (bis 1970 unter der Bezeichnung Branntweinmonopol, bis 1985 Abgabe auf Branntwein).

Briffkastengesellschaft → Basisgesellschaft.

Bruttodividende – Begriff des → körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens von 1977 bis 2000; → Dividende, die im Gegensatz zur Bardividende den körperschaftsteuerlichen Anrechnungsanspruch einschließt. Bei einer Bardividende von 70 und einem Anrechnungsanspruch von 3/7 betrug die Bruttodividende also 100.

Bruttoumsatzsteuer → Umsatzsteuer, die in einem bestimmten Prozentsatz vom gesamten Entgelt, d.h. vom kumulierten Umsatzwert (eigener Umsatz + Umsatz der Vorstufen), geschuldet wird. – *Gegensatz*: → Nettoumsatzsteuer. – Vgl. auch Umsatzbesteuerung.

Buchführungspflicht – 1. *Ertrags- und Substanzsteuern*: Buchführungspflicht für Zwecke der Besteuerung erheblich erweitert. – a) Grundsätzlich gilt, dass derjenige, der bereits nach anderen Gesetzen als den Steuergesetzen Bücher und Aufzeichnungen zu führen hat (v.a. nach § 238 HGB), diese Verpflichtung auch im Interesse der Besteuerung zu erfüllen hat (*abgeleitete oder derivative Buchführungspflicht*; § 140 AO). – b) *Originäre Buchführungspflicht* und Verpflichtung, regelmäßige Abschlüsse aufgrund jährlicher Bestandsaufnahmen zu erstellen, besteht darüber hinaus nach § 141 AO für alle Land- und Forstwirte sowie Gewerbetreibende, die nach der letzten Veranlagung eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen: (1) Einen Gesamtumsatz (einschließlich des steuerfreien Umsatzes) von mehr als 500.000 Euro im Kalenderjahr; (2) selbstbewirtschaftete land- und forstwirtschaftliche Flächen mit Wirtschaftswert über 25.000 Euro; (3) einen Gewinn aus Gewerbebetrieb von mehr als EUR 50.000 Euro im Wirtschaftsjahr; (4) Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft von mehr als 50.000 Euro im Kalenderjahr. Als Mindestaufzeichnungspflicht ergibt sich für alle gewerblichen Unternehmer die Führung des → Wareneingangsbuches (§ 143 AO) und des → Warenausgangsbuches (§ 144 AO). – c) *Beginn der*

Buchführungspflicht: nach Mitteilung durch das Finanzamt ab dem folgenden Wirtschaftsjahr. – d) *Ende der Buchführungspflicht:* mit Ablauf des Wirtschaftsjahrs, das auf das Wirtschaftsjahr folgt, in dem die Finanzbehörde feststellt, dass die Voraussetzungen für eine Buchführungspflicht nicht mehr vorliegen. – 2. *Umsatzsteuer:* → Aufzeichnungspflicht.

buchmäßiger Nachweis → Buchnachweis.

Buchnachweis – 1. *Begriff:* Der Nachweis des Geschehens durch ordnungsmäßige Verbuchung in den Geschäftsbüchern. – 2. *Umsatzsteuerliche Bedeutung:* a) Buchnachweis ist neben dem → Ausfuhrnachweis (Belegnachweis) Voraussetzung für die Gewährung der Umsatzsteuerfreiheit von → Ausfuhrlieferungen und → Lohnveredelungen. Die Bücher sind im Inland zu führen, soweit gesetzlich nichts anderes erlaubt ist. I.d.R. sind aufzuzeichnen: die Menge mit handelsüblicher Bezeichnung des Liefergegenstandes oder der Umfang der Lohnveredelung, Tag der Lieferung oder Lohnveredelung, Name und Anschrift des Abnehmers oder Auftraggebers, das vereinbarte oder vereinnahmte → Entgelt sowie die Ausfuhr (§ 13 UStDV). – b) Buchnachweis ist weiterhin Voraussetzung für die Umsatzsteuerbefreiung von → innergemeinschaftlichen Lieferungen. Buchmäßig nachzuweisen sind dabei bes. die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Abnehmers sowie die Beförderung oder Versendung in das übrige Gemeinschaftsgebiet; darüber hinaus Aufzeichnung entsprechend Punkt 1.

Buchprüfer → vereidigter Buchprüfer.

Buchprüfungsgesellschaft – gesetzlich geschützte Bezeichnung für die nach den Vorschriften der → Wirtschaftsprüferordnung (WPO) als Buchprüfungsgesellschaft anerkannte Prüfungsgesellschaft (§ 133 i.V. mit § 128 I 2 WPO). Eine Buchprüfungsgesellschaft hat die Bezeichnung „Buchprüfungsgesellschaft“ zu führen (§ 128 II 1 WPO). Auf Buchprüfungsgesellschaften finden die Vorschriften der WPO über die Anerkennung und die berufliche Niederlassung von → Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die Abschnitte über Bestellung, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, allg. Vorschriften für das Verwaltungsverfahren, das Berufsregister und das verwaltungsgerichtliche Verfahren sowie des Teils über die Rechte und Pflichten der Wirtschaftsprüfer entsprechende Anwendung (§ 130 II WPO). Buchprüfungsgesellschaften dürfen nach Einführung der Prüfungspflicht für bestimmte GmbHs → Jahresabschlussprüfungen als → Abschlussprüfer in beschränktem Umfang vornehmen (§ 129 I WPO).

Buch- und Betriebsprüfung – v.a. früher übliche Bezeichnung für die turnusmäßige → Außenprüfung des Finanzamts.

Buchwertfortführung – 1. *Begriff* aus dem Ertragsteuerrecht: Bewertung eines Wirtschaftsgutes bei seinem Erwerb nicht mit dem Marktwert, sondern mit dem Buchwert des Rechtsvorgängers. – 2. *Zielsetzung:* Buchwertfortführung dient stets dazu,

vorhandene stille Reserven zu einem späteren Termin noch besteuern zu können, wenn bei einem Eigentumsübergang auf Aufdeckung und Versteuerung stiller Reserven verzichtet wurde. Daher nur bei bestimmten Vermögensübergängen möglich, bei denen das Gesetz diese Vorgehensweise ausdrücklich vorseht: Erbschaft oder Schenkung (§ 6 III EStG), Umwandlung, Fusion, Einbringung, Spaltung (Umwandlungssteuergesetz, Fusionsrichtlinie). – 3. *Ähnlich:* → Buchwertverknüpfung.

Buchwertverknüpfung – 1. *Begriff* aus dem Ertragsteuerrecht, relevant v.a. im Umwandlungssteuerrecht: Die Verpflichtung, bei Hingabe eines Wirtschaftsgutes gegen ein anderes für das neu erworbene Wirtschaftsgut den Buchwert anzusetzen, mit dem vorher das bisherige Wirtschaftsgut angesetzt war. – 2. *Zielsetzung:* Zielsetzung der Buchwertverknüpfung ist es regelmäßig, dafür zu sorgen, dass der Austausch des betreffenden Wirtschaftsgutes gegen das andere steuerlich für den Besitzer keinen Gewinn abwirft (der Zufluss des „neuen“ Wirtschaftsgutes wird mit demselben Wert eingebucht wie der Abfluss des „alten“!), zugleich aber sichergestellt wird, dass die stillen Reserven, die zu diesem Zeitpunkt in dem Wirtschaftsgut vorhanden sind, später noch steuerlich erfasst werden können. – 3. *Beispiel:* Ein Wirtschaftsgut mit einem aktuellen Wert von 100 und einem steuerlichen Buchwert von 10 wird gegen ein anderes ausgetauscht. Dieses wird vernünftigerweise ebenfalls einen wirklichen Wert nahe 100 haben; es wird aber jetzt mit 10 bilanziert, weil dies der Buchwert des „Vorgänger-Wirtschaftsgutes“ war. Wird das neue Wirtschaftsgut im Anschluss daran verkauft, entsteht buchhalterisch automatisch ein Gewinn von $100 - 10 = 90$, d.h. die seinerzeit verschonten stillen Reserven werden jetzt buchhalterisch automatisch aufgedeckt und der Versteuerung zugeführt. – 4. *Anwendungsgebiete:* Eine Buchwertverknüpfung ist nur zulässig, sofern sie gesetzlich ausdrücklich zugelassen bzw. angeordnet ist. Das geschieht in einigen wenigen Fällen, einschlägig ist v.a. das Umwandlungssteuergesetz. Denkbare Anwendungsgebiete sind bspw. Einbringung (→ Einbringung in eine Kapitalgesellschaft) von Unternehmensteilen und → Anteilstausch. – 5. *Unterschied zur Buchwertfortführung:* Die Technik der Buchwertverknüpfung sichert, dass der Eigentümer des alten Wirtschaftsgutes nicht durch den Ersatz des alten Wirtschaftsgutes durch das neue und anschließenden Verkauf des „neuen“ Wirtschaftsgutes stille Reserven realisieren kann, ohne dass sie sich in seiner steuerlichen Gewinnermittlung zeigen und versteuert werden müssen. Eine alternative Technik, die → Buchwertfortführung, sichert dagegen, dass die stillen Reserven in dem „alten“ Wirtschaftsgut nicht durch Verkauf des alten Wirtschaftsgutes bei dem neuen Eigentümer realisiert werden können, ohne dass dieser sie versteuern muss; dies geschieht dadurch, dass der neue Eigentümer den Buchwert des alten Wirtschaftsgutes beim Voreigentümer

übernehmen muss. Auch diese Technik ist unter bestimmten Umständen zur Verhinderung von Missbräuchen vorgeschrieben. – 6. *Problematick*: Schreibt der Gesetzgeber beide Techniken -Buchwertverknüpfung und Buchwertfortführung – kumulativ vor, um wirklich jeglichen Missbrauch auszuschließen, so werden die ursprünglich vorhandenen stillen Reserven anschließend bei zwei Steuerpflichtigen gleichzeitig erfasst; diese Verdoppelung der stillen Reserven bei gleichzeitiger Anwendung beider Techniken widerspricht dem eigentlichen Sinn beider Techniken, Vorgänge steuernneutral zu gestalten, und verstößt, wie der Europäische Gerichtshof mittlerweile bestätigt hat, in den durch die EG-Fusionsrichtlinie geregelten Fällen gegen die europäischen Vorgaben. – 7. *Abweichender Sprachgebrauch*: Teilweise verwenden einzelne Literaturquellen die Ausdrücke Buchwertfortführung und Buchwertverknüpfung im jeweils genau umgekehrten Sinne.

Bund der Steuerzahler e.V. (BdSt) – 1949 durch Karl Bräuer gegründete unpolitische, überparteiliche Vereinigung mit derzeit ca. 400.000 Mitgliedern; Sitz früher in Wiesbaden, nun in Berlin. – *Organisation*: Im Präsidium des BdSt sind fünfzehn Landesverbände zusammengefasst. Präsidium und Landesverbände sind eingetragene Vereine, durch die Finanzbehörden als gemeinnützig anerkannt. – *Ziele*: Ein einfacheres → Steuersystem, die Verringerung der und die wirtschaftlichere Verwendung der Steuergelder, Wiederherstellung und Sicherung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Staat und Steuerzahlern, Durchführung einer organischen Finanz- und Steuerverfassung der Bundesrepublik Deutschland, Zusammenarbeit mit den Fachleuten des Finanz- und Steuerwesens in den Parlamenten und Behörden. Unterrichtung der Öffentlichkeit durch Veranstaltung von Steuerforen, Herausgabe von Presseinformationen, Rundfunksendungen. Er ist jedoch nicht berechtigt, Steuerberatung zu leisten. – *Publikationen*: Zeitschrift „Der Steuerzahler“ (monatlich) mit einer Auflage von ca. 450.000 Exemplaren , daneben Denkschriften, Einzeldarstellungen, eine Schriftenreihe sowie das Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“. – Am 11.7.1965 wurde ein eigenes wissenschaftliches Institut gegründet, das → Karl-Bräuer-Institut.

Bündeltheorie → Bilanzbündeltheorie.

Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfa) – Zweck: informiert als Servicestelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die aktuelle Situation auf ausländischen Märkten. Sie war entstanden aus der Bundesstelle für Außenhandelsinformation und unterstützte in deren Nachfolge seit 1951 dt. Unternehmen auf dem Weg ins Auslands-geschäft. Die Zentrale war in Köln. – Wurde zum 1.1.2009 mit der Invest in Germany GmbH fusioniert zur Germany Trade and Invest.

Bundesamt für Finanzen (Bff) – ehem. dt. Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF). Das Bundesamt für Finanzen wurde am 3.9.1971 gegründet und am 30.12.2005 aufgelöst; Sitz war in Bonn. – *Die Hauptaufgaben waren*: Mitwirkung an Außenprüfungen der Landesfinanzbehörde, die Unterstützung von Finanzämtern bei der Besteuerung von Deutschen mit Auslandseinkünften, insbesondere die Entlastung von dt. Abzugsteuern bes. aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen, die Entlastung bei dt. Besitz- oder Verkehrsteuern gegenüber internationalen und supranationalen Organisationen, ausländischen Missionen und deren Mitgliedern, steuerliche Auslandsbeziehungen. Vergütung von Körperschaftsteuern und Erstattung der Kapitalertragsteuer an nichtveranlagte Steuerpflichtige, Kontrolle von Freistellungsaufträgen im Rahmen der Zinsabschlagsteuer, die Vergütung von Vorsteuern an ausländische Unternehmer in bes. Fällen, die Vergabe von Umsatzsteuer-Identifikationsnummern. – *Mit Wirkung zum 1.1.2006* werden die Aufgaben des Bundesamts für Finanzen von den folgenden drei Behörden wahrgenommen: (1) dem Bundeszentralamt für Steuern (BZSt), dessen Zuständigkeit alle Aufgaben der ehemaligen Abteilungen Steuern und Bundesbetriebsprüfung des Bundesamtes für Finanzen beinhaltet; (2) dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV), dessen Zuständigkeit alle Aufgaben der ehemaligen Abteilung Dienstleistungszentrum des Bundesamtes für Finanzen umfasst; (3) dem Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik (ZIVIT), dessen Zuständigkeit alle Aufgaben der ehemaligen Abteilung Informationsverarbeitung des Bundesamtes für Finanzen beinhaltet. – Die Nachfolgebehörden sind wie das ehemalige Bundesamt für Finanzen direkt dem Bundesministerium unterstellt.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) – Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV); bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts; Sitz in Bonn. Zum 1.1.1995 errichtet durch das Gesetz vom 2.8.1994 (BGBl. I 198) durch Zusammenlegung der ehemaligen Bundesanstalt für Landwirtschaftliche Marktordnung (BALM) und des ehemaligen Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft (BEF). – 1. *Aufgaben*: Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung ist → Marktordnungsstelle für die in der EU bestehenden seit 2007 gemeinsamen Organisationen für die Agrarmärkte (Getreide, Reis, Zucker, Trockenfutter, Saatgut, Hopfen, Olivenöl und Tafeloliven, Flachs und Hanf, Obst und Gemüse, verarbeitetes Obst und Gemüse, Bananen, Wein, lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels, Rind-, Schweine- Schaf- und Ziegenfleisch, Milch und Milchzeugnisse, Eier, Geflügelfleisch sowie sonstige Erzeugnisse). Als Marktordnungsstelle ist sie bes. bei der Intervention von Waren, bei der privaten

Lagerhaltung und bei Beihilfemaßnahmen tätig. Zur Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik nimmt die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Kassenkredite auf, auch soweit sie für die Durchführung der Maßnahmen selbst nicht zuständig ist. Aufgrund des Ernährungssicherstellungsgesetzes und des Ernährungsvorsorgegesetzes wird die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung bei der zentralen Planung und Feststellung von Erzeugung, Beständen und Verbrauch tätig. Im Rahmen einer allg. Vorratshaltung sowie der Zivilen Notfallreserve werden Vorräte an Ernährungsgütern und Futtermitteln beschafft, verwaltet und verwertet. – 2. *Lizenzen*: Als Genehmigungsstelle für den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr mit Erzeugnissen der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft erteilt die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen sowie -genehmigungen. – 3. *Sonstiges*: Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung überwacht Embargomaßnahmen und die Einhaltung von Kontingentregelungen. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung erhebt Abgaben nach dem Holzabsatzfonds-gesetz. Darüber hinaus wird der Klärschlamm-Entschädigungsfonds verwaltet. Sie überwacht die Seefischerei außerhalb der Küstengewässer und die Einhaltung der von ihr verwalteten Fischfangquoten; nach § 3 des Seefischereigesetzes erteilt sie Fangerlaubnisse an die dt. Fischereiflotte. Die Fischereischuttsboote und Fischereiforschungsschiffe des Bundes werden durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung bereedert.

Bundesanteil – Anteil des Bundes am Gesamtaufkommen der → Gemeinschaftsteuern.

Bundesfinanzakademie – aufgrund eines Bund-Länder-Abkommens gegründete verwaltungsinterne Einrichtung des Bundes, die beim Bundesminister der Finanzen ressortiert, und der Ausbildung (ergänzende Studien) sowie der Fortbildung (fortführende Studien) der Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes der Steuerverwaltungen der Länder dient; Sitz in Brühl. – *Gesetzliche Grundlage*: §§ 5 und 7 des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes i.d.F. vom 23.6.1993 BGBl. I 944.

Bundesfinanzbehörden → Finanzverwaltung.

Bundesfinanzdirektion – die Mittelbehörde der → Finanzverwaltung des Bundes für ihren Bezirk, soweit sie eingerichtet ist (§§ 1, 7, 8 FVG).

Bundesfinanzhof (BFH) – oberster Gerichtshof des Bundes für die → Finanzgerichtsbarkeit mit Sitz in München (§ 2 FGO), bestehend aus dem Präsidenten, den Vorsitzenden Richtern und weiteren Richtern. – 1. *Organisation/Entscheidungsbefugnisse*: Er entscheidet durch *Senate* in der Besetzung von fünf Richtern, bei Beschlüssen außerhalb der mündlichen Verhandlung mit drei Richtern. Neben den einzelnen Senaten besteht ein *Großer Senat*, der sich aus dem Präsidenten und sechs Richtern der einzelnen

Senate zusammensetzt. Er entscheidet, wenn (1) in einer Rechtsfrage ein Senat von der Entscheidung eines anderen Senats oder des Großen Senats abweichen will oder (2) der die betreffende Rechtssache bearbeitende Senat wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung die Entscheidung des Großen Senats herbeiführen möchte, weil nach seiner Auffassung die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung es fordern (§ 11 FGO). – 2. *Sachliche Zuständigkeit*: Der Bundesfinanzhof entscheidet als Rechtsmittelinstanz über (1) die → Revision gegen Urteile der → Finanzgerichte und gegen Entscheidungen, die Urteilen der Finanzgerichte gleichstehen, (2) die → Beschwerden gegen andere Entscheidungen des Finanzgerichts oder des Vorsitzenden des Senats (§ 36 FGO). – 3. *Bedeutung*: BFH-Entscheidungen binden nur die Beteiligten und ihre Rechtsnachfolger insoweit, als über den Streitgegenstand entschieden worden ist (§ 110 I FGO). Dennoch haben sie bes. Bedeutung für die Rechtsauslegung und für die Anwendung auf parallel liegende Fälle, daher Veröffentlichung der wichtigsten Entscheidungen im → Bundessteuerblatt (BStBl), Teil II. Die Finanzbehörden halten jedoch auch nicht veröffentlichte Entscheidungen dem Steuerpflichtigen entgegen. Die Entscheidungen des früheren Reichsfinanzhofs (RFH) werden bis zur Gegenwart rechtsauslegend angewandt, soweit sie nicht durch neuere BFH-Rechtsprechung überholt sind.

Bundesknappschaft (BKN) – bundesunmittelbare rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung; Sitz der Hauptverwaltung in Bochum; seit 1.10.2005 in der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See aufgegangen. – *Aufgaben*: (1) ursprünglich nur Träger der gesetzlichen Rentenversicherung, Krankenversicherung und Pflegeversicherung der im Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer. Seit 1.10.2005 Erweiterung der Aufgaben auch für die allg. Rentenversicherung. – (2) Seit dem Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt am 1.1.2003 ist die BKN ferner zuständige Stelle für das Meldeverfahren und den Einzug der einheitlichen Steuerpauschale für Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Mini-Jobs); zuständig ist die Verwaltungsstelle Cottbus der BKN.

Bundessteuerblatt (BStBl) – herausgegeben vom Bundesministerium der Finanzen (BMF); erscheint nach Bedarf in zwangloser Folge. – In zwei *Teile* gegliedert: *Teil I* enthält die Veröffentlichungen von steuerlichen Rechtsvorschriften und Verwaltungsanweisungen des Bundesministeriums der Finanzen und der obersten Finanzbehörden der Länder; *Teil II* ausgewählte Entscheidungen des Bundesfinanzhofs. Durch die Veröffentlichung von Urteilen und Beschlüssen des BFH im Bundessteuerblatt weist der Bundesfinanzminister die Finanzämter an, diese Entscheidungen in vergleichbaren Fällen anzuwenden. Dies ist deshalb

wichtig, weil die im Verfahren vor dem BFH ergangenen Urteile grundsätzlich nur die Parteien des konkreten Rechtsstreits binden (§ 110 FGO).

Bundesverband der vereidigten Buchprüfer e.V. (BvB) – Fachorganisation und berufsständische Vertretung der → vereidigten Buchprüfer und → Buchprüfungsgesellschaften, Sitz in Berlin; 1986 wieder gegründet. – *Aufgaben:* Der Bundesverband der vereidigten Buchprüfer vertritt die beruflichen und fachlichen Interessen der vereidigten Buchprüfer und Buchprüfungsgesellschaften und hat für die fachliche Förderung seiner Mitglieder und des beruflichen Nachwuchses zu sorgen. Zudem tritt er für einheitliche Grundsätze der unabhängigen, eigenverantwortlichen und fachgerechten Berufsausübung sowie deren Einhaltung durch die Mitglieder ein. – *Zusammenarbeit mit anderen Organisationen*, v.a. mit dem → Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW).

Bundeszentralamt für Steuern – ist eine Bundesoberbehörde (→ Finanzverwaltung); ersetzt seit dem 1.1.2006 das Bundesamt für Finanzen. Dem Bundeszentralamt für Steuern sind eine Vielzahl von Zuständigkeiten zugewiesen (vgl. im Einzelnen § 5 FVG), u.a. (1) die Mitwirkung an Außenprüfungen, (2) die Koordination von grenz- und länderübergreifenden Umsatzsteuerprüfungen, (3) die Entlastung von dt. Abzugssteuern (Erstattungen und Freistellungen) in den Fällen der §§ 43b, 50g EStG, (4) bestimmte Befugnisse auf dem Gebiet des Rechts- und Amtshilfeverkehrs mit ausländischen Behörden, (5) die Vergütung der Vorsteuerbeträge an nicht im Erhebungsgebiet ansässige Unternehmer, (6) die Durchführung des Familienleistungsausgleichs nach §§ 31, 62 bis 78 EStG, (7) die Gewährung der Altersvorsorgezulage nach §§ 79 ff. EStG, (8) die Vergabe und Verwaltung des → Identifikationsmerkmals nach §§ 139a bis 139c AO, (9) die Vergabe der → Umsatzsteuer-Identifikationsnummer, Steueridentifikationsnummer (IdNr), (10) die zentrale Sammlung und Auswertung verschiedener Informationen und Unterlagen (z.B. über Auslandsbeziehungen, Umsatzsteuer-Betrugsfälle, Verwaltung der

Versicherung- und Feuerschutzsteuer, branchenbezogene Kennzahlen, Konzernübersichten), (11) der → Kontenabruf nach § 93b AO, § 24c I KWG, (12) die Beobachtung des elektronischen Handels zur Unterstützung der Umsatzbesteuerung.

Butterfahrten – 1. *Begriff:* übliche Bezeichnung für die (früher häufig anzutreffende) Erscheinung, dass für Passagiere eine Ausflugsfahrt mit einem Schiff organisiert wurde und der hauptsächliche Zweck dieser Fahrt nur darin bestand, nach dem Verlassen der Hoheitsgewässer den Passagieren Waren verkaufen zu können, ohne dass dieser Verkauf im Inland steuerbar war. Dahinter stand der Gedanke, dass die Passagiere nach ihrer Rückkehr ins Inland die gekauften Waren im Rahmen bestimmter Freimengen steuerlich unbelastet als persönliches Reisegepäck einführen konnten, der Einkauf also endgültig unbelastet blieb. – 2. *Gründe für die heute geringe Bedeutung:* Die Butterfahrten verloren ihre Attraktivität, als mit der EG-weiten Einführung einer Neuregelung über den → Ort der Lieferung von Waren an Bord eines Schiffes in den 1990er-Jahren vorgeschrieben wurde, dass alle während einer Fahrt eines Schiffes ausgeführten Lieferungen in dem Land zu versteuern sind, in dem die Fahrt begonnen hat, wenn die Fahrt des Schiffes in der EU beginnt und auch wieder in der EU endet (§ 3e UStG, Art. 37 der → Mehrwertsteuersystemrichtlinie). Seitdem brauchen nämlich Verkäufe während einer Fahrt, die in der EU beginnt und wieder in der EU endet, nur dann nicht mehr versteuert zu werden, wenn das Schiff zum Zeitpunkt des Verkaufs der Waren in einem Drittland im Hafen liegt oder sich in den Hoheitsgewässern eines Drittlandes befindet (Rechtsprechung des EuGH, vgl. Abschn. 42-I UStR). Das aber macht i.d.R. zu lange Fahrtstrecken erforderlich, als dass sich die Veranstaltung der Fahrten allein zum Zwecke des steuerlich unbelasteten Verkaufs noch lohnen könnte; außerdem besteht die Gefahr, dass bei einem Verkauf in den Hoheitsgebieten des Drittlandes das Umsatzsteuerrecht dieses Landes zu beachten wäre. – Für eine andere Gestaltung, die steuerfreies Einkaufen ermöglichen sollte, aber ebenfalls beachtlich an Attraktivität verloren hat, vgl. → Duty-Free-Shop.

Kompakt-Lexikon Steuerlehre und Wirtschaftsprüfung

2.400 Begriffe nachschlagen, verstehen, anwenden

Springer Fachmedien Wiesbaden (Hrsg.)

2013, XI, 534 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-03022-3